

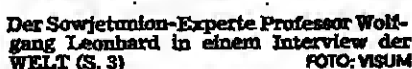
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10
Wichtige Telefonnummern der WLF: Zentralredaktion Bonn (02
384-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1. — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

POLITIK

Hente: Kanzler Kohl nach Oslo

[illegible]

ZITAT DES TAGES



WIRTSCHAFT

KULTUR

SPORT

AUS ALLER WELT

Anßerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

und Stand in Mittel- und Südamerika. Von W. Thomas	S. 8	zur Reaktion	S. I bis IV
--	------	--------------	-------------

zur Reaktion S. I bis IV

Appell an Ärzte: Arznei „nur im medizinisch notwendigen Maß“ verschreiben

Diese Marschrichtung wird gemeinsam vom Bundesarbeitsministerium, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden getragen. In einer Neuaufflage der Konzentrierten Aktion am 4. September in Berlin bekräftigten Blüm, Arbeitgeberpräsident Otto Esser, DGB-Chef Ernst Breit und der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt, „rasche und eindeutige Entscheidungen zur Kostendämpfung“ seien notwendig, um die Be-

Bereiche Arzneimittel sowie Zahnersatz und Kieferorthopädie hinweisen.“

Nach Informationen der WELT sind in den einzelnen Leistungsbereichen der Krankenkassen die Ausgaben wie folgt gestiegen (1. Halbjahr 1984):

- ärztliche Behandlung und zahnärztliche Behandlung jeweils um 7,3 Prozent
- tragsgast in den nächsten 50 Jahren von jetzt 11,4 Prozent um ungefähr 30 Prozent angehoben werde. Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland habe die Ausgabenexplosion in den USA besser kontrolliert werden können. Offensichtlich habe dort die im Durchschnitt bei 25 Prozent liegende Eigenbeteiligungsquote „das Bewußtsein für eine sparsamere Inanspruchnahme medizinischer Leistungen geschärft“.

Honecker spricht von offenen Fragen

„Ich möchte den Besuch in der Bundesrepublik abstaten“ / Äußerungen vor Japanern

SEITE 2:

SEITE 3:

Diebstahl in Ost-Berlin. An dem Gespräch der Japaner mit dem SED-Chef und Staatsratsvorsitzenden nahm auch "DDR"-Außenminister Oskar Fischer teil. Honcker verließ das Gespräch, nachdem er sich mit Bundesstaatsabgeordneten, die sich gegen seinen Besuch ausgesprochen hätten.

Die Regierung reagierte auch auf ein Interview des SPD-Abgeordneten Egon Bahr in NDR, für den Fall eines "DDR"-Besuchs durch den Bundespräsidenten oder den Bundeskanzler sollte es eine Reise nach Ost-Berlin geben. Bahr hatte hinzugefügt: "Es geht gar nicht anders, und man kann unter Völkergesichtspunkten

nicht 'Biederkopf', der in der Messestadt einen Vortrag über Technologietransfer hielt: 'Das Klima, das durch diese innenpolitische Diskussion bei uns entstanden ist, sollte nicht als Einladung zum 'Biederkopf' im Westen, wurde überwiegend vermisst. Honcker habe auf Druck Moskaus abgesehen müssen."

Peres: Nächste Woche Regierungschef

Israel: Parteiblöcke machen Abstriche / Rotation an der Regierungsspitze

der Vorsitzende der Arbeiterpartei. *„Wir haben alle Meinungsverschiedenheiten überbrückt.“* In der Endphase der Regierungsverhandlungen hatte der Likud-Block dem Rotationsprinzip in der Regierungsbildung zugestimmt, die Arbeiterpartei akzeptierte einen Kompromiß mit der Siedlungspartei. Die mit der Arbeiterpartei verbundene Mapam und die nationalistische Tschira-Partei haben sich ein gemeinsames Ziel gesetzt: die Beteiligung an einer Großen Koalition ausgeschlossen.

Die Vereinbarungen zwischen Petres und Shumir besagen, daß der Chef Modai (Liku) als Finanzminister. Dem bisherigen Verteidigungsmit-

Hoher Sieg für Kanadas Konservative

Fast Zweidrittelmehrheit / Künftiger Ministerpräsident Mulroney steht stärker hinter USA

bruch: So stellen sie 58 der 74 Abgeordneten der Provinz Quebec, die als Hochburg der Liberalen galt. Von den bisherigen liberalen Ministern verloren 15 – mehr als die Hälfte des Ministerpräsident für eine Einwendung zu den USA ein. Der Politologe Stephen Clarkson von der Universität Toronto beschrieb ihn als den amerikanfreundlichsten Mann, der je

werkschafter und Unternehmen. Mulroney wird wahrscheinlich am 17. September als Ministerpräsident vereidigt werden.

Seite 2: Nach Trudeau

DER KOMMENTAR

Segen und Last

Peter Gillies

Segen und Last liegen eng beieinander. Die Menschen werden älter, gehen auch früher in den (verdienten) Ruhestand, aber auf den Aktiven lastet ein schier unzahlbarer Generationenvertrag. Baby-Baisse und Rentnerberg, wie heute fälschig formuliert wird, fordern die finanzielle Phantasie heraus. Hierbei sind das gute Herz und die soziale Gesinnung keine ausreichenden Ratgeber. Um das Sozialsystem stabil und verlässlich zu halten, bedarf es kühler Kalkulation.

Gewiß ist die Gesundheit ein hohes Gut. Es muß aber nicht zwingend mit derartigen Kosten-sparungen verbunden sein. Da Appelle an die Sparsamkeit jeden Unterhaltungswert verloren haben, gilt es, nach einem System zu suchen, das die Gesundheit wie der Kranke, der Arzt wie der Apotheker oder das Krankenhaus mit der kollektiven Masse der Versi-

Kreml-Politiker Kostandow starb in der „DDR“

DW. BOH

Der gestern während seines Aufenthalts in der „DDR“ im Alter von 69 Jahren verstorbene stellvertretende sowjetische Regierungschef Leonid Arkajewitsch Kostandow galt als einer der besten sowjetischen Kenner der deutschen Wirtschaft. Er war ein wichtiger Ansprechpartner für Politiker und Wirtschaftsfachleute. Kostandow plädierte stets dafür, die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet auch in Zeiten starker politischer Spannungen zu pflegen und auszubauen. Ende vergangener Woche hatte Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigt, er erwarte Kostandow am 24. September in Bonn.

Die Ostpremier Nachrichtenagentur ADN meldete, der 60jährige sei während seines Aufenthalts in der DDR "zu Leipzig Messe an seinem Arbeitsplatz verunglückt". Er habe an einer chronischen durch Bluthiere gekennzeichneten Herzkrankheit und an einer Herzverhärtung gelitten.

Kostowod war nach der Ernennung Nikolai Tichonows zum Ministerpräsidenten der UdSSR Ende 1980 dessen Nachfolger als einer der beiden Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission geworden. Der sowjetische Minister für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen äußerte in einem umfangreichen Beitrag, den die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ gestern veröffentlichte, Kritik

an Mängeln in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion.

Pekings Dialog mit Moskau soll wieder in Gang kommen

Die Gespräche zwischen China dpa, Peking Volksrepublik China, erklärte a
Dienstag bei einem Besuch in Japan
des Tempes des Normalisierungsr

und der Sowjetunion über eine Normalisierung ihrer zwischenstaatli-

chen Beziehungen werden in den nächsten Wochen auf zwei Ebenen wieder in Gang kommen. Wie das Pekinger Außenministerium gestern auf Anfrage bekanntgab, wird Außenminister Wu Xueqian am Rande der bevorstehenden UNO-Vollversammlung in New York mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko zusammentreffen.

Zu einem angeblich noch nicht festgelegten Termin im Oktober ist außerdem in Peking eine neue Runde der Konsultationen zwischen den Unterhändlern beider Staaten vorgesehen. Diese Gespräche sind seit März 1963 abgebrochen.

In den vergangenen Wochen ist es durch anhaltende gegenseitige Propaganda-Aktionen zu einer neuen Eskalation im Verhältnis zwischen den beiden kommunistischen Machtzentren gekommen. Li Peng, stellvertretender Ministerpräsident der

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wieder die Kurve gekriegt

Von August Graf Kageneck

Frankreich hat wieder einmal die These des deutschen Philosophen Keyserling bestätigt, daß es nach Exzessen schnell zur Mitte zurückfindet. Der Kulturkampf um die privaten Schulen, noch vor zwei Monaten wie ein drohendes Bürgerkriegsmenetekel an den sozialistischen Himmel geschrieben, ist so schnell, wie er gekommen war, wieder in die verstaubten Regale der Geschichte zurückgekehrt.

Das Volk, das am 24. Juni in den Straßen von Paris mit vier Millionen Paar Füßen gegen die von den Sozialisten anvisierte Gleichschaltung des Bildungswesens gestimmt hatte, braucht sich um keinen neuen Entschluß zu bemühen. Die Referendumspläne des Staatschefs sind geplatzt und von Schulreform ist – vorerst – keine Rede mehr.

Statt dessen will der neue Erziehungsminister Jean-Pierre Chevènement zurück zur guten alten Elementarschule des Jules Ferry aus den Anfängen unseres Jahrhunderts. Das ist zunächst einmal insofern ein neuer Treppwitz der Geschichte, als der neue Mann das progressivste Köpfchen in der Partei ist, den linken Flügel dieser Partei befehligt und im Herbst 1980 die phantastischsten Forderungen zur Schaffung eines „einheitlichen nationalen Laienschuldienstes“ in die sozialistische Wahlplattform schrieb.

Wer da weiß, welchen Stellenwert die Gleichschaltung der Hirne für einen Sozialisten von echtem Schrot und Korn hat und wer den Druck kennt, den die Lehrerlobby auf den sozialistischen Apparat ausübt, vermag das Saulus-Paulus-Syndrom des Jean-Pierre Chevènement zu ermessen. Nur übergeordnete politische und wahlstrategische Interessen des Regimes können einen derartigen Wandel herbeigeführt haben.

Chevènement ist indes ein agiler Geist und hat schon manche harte ideologische Kurve genommen, mit oder ohne Schrammen. Der hochgebildete Linksphilosoph, in der Partei seiner dunklen Haarlocke wegen „der schwarze Husar der Republik“ genannt, hat sich jetzt vorerst einmal die bewährte kartesische Maxime des „bon sens“ zu eigen gemacht. Die Anhänger der Privatschulen können nach all den Aufregungen dieses Sommers wieder tief durchatmen. Ruhig schlafen können sie freilich nicht; der Schulklassenfeind schläft nie.

Zurück ins Nest

Von Jürgen Liminski

Die Terroristen aller Länder haben ihr El Dorado wieder. Wie Sand eine Grube füllt, so läuft die von den Israelis ausgehobenen Terrorzentrale West-Beirut wieder mit PLO-Adeuten aller Schattierungen voll.

Alte, nicht entdeckte Waffenlager werden wieder geöffnet, Geheimzellen von Kadertrupps und Operationskommandos bilden sich neu, die Rotationsmaschinen des Propagandaapparats drehen sich wieder. Die gesamte Infrastruktur und Mechanik des PLO-Terrorismus, die ehemals die internationalen Verästelungen des Terrorismus versorgten, sie werden frisch geölt und neu geordnet.

Die Situation gleicht scheinbar den goldenen Tagen der PLO vor dem Einmarsch der Israelis im Sommer 1982. Aber nur scheinbar; sie ist schlimmer. Damals mußten Arafat und seine Hintermänner noch ein Eingreifen Israels befürchten, auch Amerika drohte den Terroristen.

Heute jedoch denkt man in Jerusalem fast nur noch an den Abzug aus dem Süden Libanons, und von der amerikanischen Faust ist in Richtung Beirut allenfalls nur noch ein erhobener Zeigefinger übriggeblieben. Kein Politiker im Westen würde es heute wagen, etwas gegen die neuen Terrorzentralen in West-Beirut zu unternehmen oder eine Unternehmung anzudeuten; der Gedanke an die unvermeidlichen Schlagzeilen läßt jeden zückschauern.

So bleibt dann als Fazit: Der Spielraum des internationalen Terrorismus ist größer denn je, sein Schlupfwinkel ist von unsichtbarer Hand geschützt, seine Organisationsmöglichkeiten sind unabsehbar. Das um so mehr, als sich zum PLO-Terror und zum Terroristenmäzen Khadafi heute noch der schützende Terror als neue Ausprägung des Totalitarismus gesellt. Bald werden sich in West-Beirut wohl auch wieder Terror-Azubis aus Europa und Fernost einfänden.

Der neue Gefahrenherd ist erkannt. Und erkannt hat man auch in Paris und Washington, daß es niemanden gibt, der dem Westen diesmal die Kastanien aus dem Feuer holen könnte.

Verbannung heute

Von Enno v. Loewenstern

Als die Volksversammlung um das Jahr 485 v. Chr. über den Aristides Scherbengericht hielt, hat ein Athener seinen Nachbarn, ihm doch den Namen auf die Scherbe zu kratzen; er sei des Schreibens nicht kundig. Der Nachbar tat es; daß er selber jener „Gerechte“ war und solcherart zu seiner Verbannung beitrug, offenbarte er seinem Mitbürger nicht.

Warum sollte er auch (abgesehen davon, daß das nicht seine Art war)? Ein Versuch, sich zu „rechtfertigen“, hätte keinen Sinn gehabt; der Ostrakismus diente nicht der Bestrafung von Schuldigen, sondern der Entfernung von Personen, die nach allgemeiner Meinung – wenigstens zehntausend Stimmen mußten abgegeben werden – Probleme aufwerfen könnten.

Man ging in die Fremde um des gemeinen Wohls willen und kehrte nach zehn Jahren in Ehren wieder, wenn man nicht, wie Aristides, früher zurückgeholt wurde. Das hielten die Griechen für einen guten Brauch, wie sie auch die Sklaverei für einen guten Brauch hielten. Die Staaten, die heute noch die Sklaverei pflegen, halten auch die Verbannung für einen guten Brauch. Wie viele Deutsche hat der Hitlerstaat aus dem Lande gejagt! Wie wüdelos wurde Soltschenizyn ins Flugzeug gepackt!

Die heutigen Sklavenhalter aber, das ist der Unterschied, verbannen unerwünschte Personen von Ämtern wegen, nicht mit der Stimme des Volkes. In Polen wird nun sogar in öffentlicher Schamlosigkeit über ein Gesetz beraten, wie man die Unbequemten in „gewisse Länder außerhalb Europas“ treiben kann, wenn sie „verlassen“ die Grundsätze der Gesellschaftsordnung mißachten. Freilich, so eine elende Gesellschaftsordnung sieht sich vor einem unlöslichen Dilemma: Läßt sie die Gerechten im Land reden, dann zieht sich das Scherbengericht über der Gesellschaftsordnung zusammen. Läßt sie sie nicht reden, sperrt sie sie ein, dann kann es erst recht dazu kommen.

So schieben sie das Dilemma nach außen: Nehmen die „gewissen“ Länder die Verjagten nicht auf, kann man ihnen Verweigerung der Zuflucht vorwerfen. Nehmen sie sie auf, so handeln sie als Komplizen. Was hält die UNO mit ihrer Satzung davon, wenn so ein Staat den einen seiner Bürger die Freizügigkeit nach außen und den anderen die Freizügigkeit nach innen nimmt? Die Frage sollte im Glashauss gestellt werden.



„Scargill, laß das!“

KLAUS BOHLE

Honeckers Zwangslage

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Honecker hält an seiner Absicht fest, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen. Er tut es, obwohl ihm die eigene Absage vom Dienstag schwer ramponiert. Warum sieht er sich gezwungen, die Hoffnung am Leben zu erhalten, daß er eines Tages doch noch in den anderen Teil Deutschlands fahren werde?

Gesicherte Kenntnis ist erstens, daß Ost-Berlin die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik unter gar keinen Umständen von politischen Unwettern beeinträchtigt sehen will. Dies ist ein geradezu elementares Interesse.

Gesicherte Kenntnis ist zweitens, daß sich alles Tun und Trachten Honeckers im Umgang mit Bonn auf dieses Ziel richtet: Er will es zuwege bringen, daß die Bundesrepublik Deutschland die „DDR“ als etwas Endgültiges anerkennt. Aus diesem Grund sind ihm die Protokollfragen so wichtig. Ihrer weitestgehenden Anerkennung haften in der Sicht der „DDR“ der explosive Makel an, daß Bonn die völkerrechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die deutsche Frage nicht nur rechtlich, sondern auch politisch offen. Honecker läßt seinem Ziel einen großen Schritt näher, wenn er in Bonn vom Bundespräsidenten empfangen wird, und sei es auch nur zu einem „Höflichkeitsebene“.

Gesicherte Kenntnis ist drittens, daß die Bevölkerung in der „DDR“ an eine Reise Honeckers in die Bundesrepublik – gleichgültig, wann sie wahr wird – tiefgründige Erwartungen knüpft. Die Leute drüben sagen: Er soll fahren, vielleicht kommt doch etwas dabei heraus! Damit meinen sie konkret Reiseerleichterungen für sich selbst. Dieses tiefste Hoffen ist für Honeckers Regime konstituierend. Mit den 400 000 in Mitteldeutschland stationierten Sowjet-Soldaten kann Moskau der SED die gewaltsame Beherrschung der 17 Millionen Menschen garantieren. Doch mit der Friedensbewegung hat Honecker schon ein „Stück Polen“ erlöst. Er weiß, daß seine Herrschaft auf inneren Frieden der Bevölkerung nicht in der Balance bleibt. Darum braucht er dieses dürre Prinzip Hoffnung – Hoffnung darauf, daß es Schritten für Schritten besser wird im geteilten Deutschland. Und dazu ist er unumgänglich auf Bonn angewiesen. Dieses Motiv dürfte entscheidend sein für seinen beharrlichen Reisewunsch.

Wenn dies die Situation Honeckers ist, dann sind diejenigen im Unrecht, die wie Bölling meinen, Bonn müsse „immer etwas mehr zu bieten haben, als die anderen zu leisten bereit sind“. Wäre das so, dann könnte Honecker mit einiger Geduld den Tag abwarten, an dem Bonn seine Gerau Forderungen erfüllt hat, von denen Mertes sagt, sie seien Ausdruck des dreifachen Njot der Sowjetunion zur westlichen Auffassung von der Rechtslage Deutschlands und Berlins. Die Wahrheit ist, daß Ost-Berlin – ob Honecker oder wer immer – aus eigenen Zwängen handelt, handeln muß. Und das bedeutet: Bonn ist gewiß darauf bedacht, eine Verhandlungssituation aufrechtzuerhalten; aber es hat gegenüber Ost-Berlin keine Bringschuld.

Alle Rechnungen wären jedoch ohne den Wirt gemacht, läte man so, als gäbe es die Sowjetunion nicht. Im Mai hatte die „DDR“-Regierung Bonn den 26. September als Termin für den Besuch Honeckers vorgeschlagen. Das geschah gewiß nicht ohne das Einverständnis Moskaus. Wenn Honecker jetzt diesen Termin streichen mußte, so dürfte dafür so-wjetischer Kinspruch ausschlaggebend gewesen sein.

In den Monaten seit dem Mai ist über Bonn die kommunistische Revanchismus-Kampagne herabgebrochen. Was ist in Moskau vor sich gegangen? Man kann nur die Indizien beschreiben:

1. Unter Tschernomok schottet sich die Sowjetunion nicht nur gegen We-



Und Honecker will doch kommen: Moidt, die Absage erläutern. FOTO: DPA

sten ab; sie hat auch die Verhandlungen mit China blockiert.

2. In Europa findet sich die Sowjetunion in einer Situation wieder, wie sie vergleichbar 1968 bestanden hatte, als Bundeskanzler Erhard seine Friedensnote startete. Bonn versuchte, nicht nur mit Moskau, sondern unabhängig von Moskau auch mit Warschau, Prag und jedem anderen europäischen Staat, der dies wünscht, ins Gespräch zu kommen. Damals setzten es die Sowjets durch, daß sich die Staaten des Warschauer Paktes gegenüber dieser Bonner Initiative solidarisierten. Daß sich 1984 Causescu und Schiwkow von ihrer Reise nach Bonn abhalten lassen werden, ist eher unwahrscheinlich, und auch Ungarn wird nicht ohne weiteres seine Verbindungen nach Westen kappen. Die Antwort des Kreml darauf ist das eiserner Dreieck Sowjetunion, Polen, CSSR und der Rückpfiff Honeckers. Diese Konstellation ist für die Sowjets gravierend abträglich, als der Zustand Europas am Beginn der „siebziger Jahre“. Damals schloß Bundeskanzler Brandt den Moskauer Vertrag als Generalvertrag für alle weiteren Abkommen mit europäischen Ost-Staaten. Brandt hatte gemeint, nicht zu den Schmiedchen, sondern zum Schmied gehen zu müssen.

3. In dieser Lage kehrt Moskau gegenüber Washington und Bonn zu den agitatorischen Methoden des „kalten Krieges“ zurück. Hatte Brandt seine Ostverträge nicht zu letzt auch deshalb abgeschlossen, um den „kalten Krieg“ endgültig zu überwinden? Jetzt erleben wir, daß Moskau mit den Ostverträgen die Konzeption der westlichen Seite eingesackt hat, um nunmehr ungehindert zu tun, als hätte es die Verträge nie gegeben. Das offenkundige Ziel ist es, im zweiten Durchgang die völkerrechtliche Anerkennung der widerrechtlichen Teilung Europas, eingeschlossen die Teilung Deutschlands, zu erzwingen. So erklärt sich die Kampagne gegen den Brief zur deutschen Einheit, den die Sowjetregierung bei Abschluß des Moskauer Vertrages entgegengenommen und dem Obersten Sowjet zugeleitet hat.

Im Schutz der USA kann Bundeskanzler Kohl den rauen Wind aus dem Osten standhalten. Die Frage ist, ob Honecker nicht zerrieben wird. Er hängt von Moskau ab, aber er braucht auch Bonn.

Nach Trudeau verläßt auch seine Politik die Bühne

Nun wird ganz Nordamerika konservativ regiert / Von Heinz Barth

Vom Atlantik her streicht ein neuer Westwind über Europas Küsten. Wenn Ronald Reagan am 6. November für weitere vier Jahre im Amt bestätigt wird – woran kaum jemand zweifelt – wird Nordamerika nach dem überwältigenden Wahlsieg der Konservativen in Kanada in einer besser synchronisierten Tonalität zu seinen europäischen Partnern sprechen. Zum ersten Mal seit sechzehn Jahren war Pierre Elliot Trudeau bei dieser Wahl nicht mehr die alles beherrschende Figur.

Die Ära, die seinen Namen trägt, ist zu Ende gegangen. Als er im März seine Absicht kundtat, sich ins Privatleben zurückzuziehen, ging eine Welle der Erleichterung, aber auch der ratlosen Verblüffung durch das Land, besonders aber durch die Liberale Partei, an deren Spitze er Kanada so lange und so eigenwillig geführt hatte. Der Erleichterung, weil bei den Kanadiern in den letzten Jahren zunehmende Einigkeit darüber bestand, daß sich die Zeit der Trudeau-Ma-

ney überlebt hatte, in der die soziale Experimentiererei und der Welt-erlösungsseifer des charismatischen Regierungschefs den Kurs bestimmten. Der ratlosen Verblüffung, weil Trudeau so lange eine Starrolle auf der kanadischen Szene gespielt hatte, daß sie zunächst wie leergefegt erschien.

Doch schließlich überwog die Erleichterung bei weitem. Ein Erd-rutsch sondergleichen hat die politische Geographie des zweitgrößten Flächenstaates der Erde verändert. Bisher war Ontario die ideologische Wasserscheide zwischen dem liberalen Osten und dem konservativen, aber dünn besiedelten Westen Kanadas gewesen. Die entscheidende Veränderung dieser Wahl war der tiefe Einbruch der Konservativen in der Provinz Quebec, der frankophonen Hochburg der Liberalen.

Der Eindruck könnte täuschen, daß es in dieser wechselvollen Wahlkampagne um ein Duell zwischen beiden Parteiführern ging. An Ausstrahlung war Brian Mulro-

ney dem honorigen, aber etwas hölzernen wirkenden Ministerpräsidenten John Turner, dem Nachfolger Trudeaus an der Spitze der Liberalen, deutlich überlegen. Turner hatte erst im vergangenen Juni die Regierung übernommen. Das Erbe erwies sich als zu schwer für den soliden Politiker, der sich neun Jahre zuvor mit seinem Parteifreund Trudeau überworfen und sein Amt als Finanzminister niedergelegt hatte.

Es schien von vornherein klar, daß für Kanada die Stunde der großen Wende geschlagen hatte. Wirtschaftlich ist die Hinterlassenschaft Trudeaus katastrophal. Er hatte sich mehr für die Entwicklungsländer und das Nordstidgafale in der Welt als für die Depression interessiert, in die er Kanada mit seinen Reform-Experimenten führte. Das Sozialprodukt ging 1981/82 um sechs Prozent zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg auf elf Prozent. Einen Meinungsstreit darüber, ob die kanadische Politik die Epoche der Experimente beenden und zur

IM GESPRÄCH Brian Mulroney

Der Junge aus Baie Comeau

Von Alfred v. Krusenstiern

Baie Comeau ist in Kanada gleichbedeutend mit Hinterzupfungen. Es ist eine Dreitausend-Seelen-Gemeinde am Mündungstrichter des St. Lorenz-Stroms, etwa auf halbem Wege zwischen Quebec und Labrador. Außer den Schiffen, die auf dem Strom in die große weite Welt hinausfahren, gibt es in Baie Comeau eigentlich nichts zu sehen.

Wenn ein Junge, der in Baie Comeau als eines von sechs Kindern eines armen Bauhandwerkers aufwuchs, es zum Parteiführer bringt, dann imponiert das den Kanadiern, die sich immer noch gern als Pioniere in der nordamerikanischen Wildnis sehen. Die ärmliche und provinzielle Herkunft hat der politischen Karriere von Brian Mulroney (45), dem Führer der Konservativen Partei Kanadas, nie geschadet; sein überwältigender Wahlsieg wurde gerade durch viele einfache Leute herbeigeführt, denen es nie einfallen würde, einen konservativen Patrizier zu wählen.

Der einer trischen Familie entstammende Mulroney wuchs in der frankokanadischen Provinz Quebec zweisprachig auf. Zu Hause wurde Englisch gesprochen, außerhalb des Hauses Französisch. Der aufgeweckte Junge begann schon mit sechzehn Jahren mit dem Studium an der katholischen St. Francis Xavier University und beendete sein Studium der Rechtswissenschaften an der renommierten Laval University in Montreal. Mit siebzehn schloß er sich den Konservativen an. Er empfand die Liberalen, die seit zwanzig Jahren in Ottawa regierten, als arrogant. „Ein Kerl wie ich paßte bei denen nicht hinein.“

Mulroney trat in Montreal in eine angesehenen Anwaltsfirma ein, und sobald er sich die Beiträge leisten konnte, wurde er Mitglied des exklusiven Mount Royal Tennis Clubs. Im Sommer 1972 erspähte er dort am Schwimmbecken ein lebhaftes dunkelhaariges Mädchen, die achtehnjährige Milla Pivnicki, Tochter eines aus Jugoslawien stammenden Psychiaters. Milla war zunächst mißtrauisch. „Er überredete mich immer, etwas zu unternehmen, was ich selbst gar nicht vorhatte“, beschwerte sie



Charme, Ehrgeiz und ein scharfer Verstand: Mulroney. FOTO: CAMERA PRESS

sich. Nach einem Jahr überredete er sie zur Heirat. Heute haben die Mulroneys drei Kinder zwischen vier und zehn Jahren.

Seine Jahre nach dem ersten Anlauf hatte Mulroney mehr Glück. Die Konservativen wählten ihn 1983 zum Parteichef und Premierminister-Kandidaten. Der Zeitpunkt war günstig. Die Wähler waren Trudeaus überdrüssig. John Turner übernahm das Amt des Regierungschefs und des liberalen Parteiführers und schrieb, um sich so schnell wie möglich ein Mandat zu sichern, Wahlen aus. Die Wähler aber entschieden sich für den Jungen aus Baie Comeau.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In den Zeitungen der In- und Auslandes wird überwiegend Moskau für die Verschiebung des Honecker-Besuchs verantwortlich gemacht.

schen Arbeit Honeckers. Vielleicht sogar der Anfang vom politischen Ende des SED-Generalsekretärs.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Gescheitert ist der Honecker-Besuch nicht in Bonn, sondern in Moskau. Im Kreml stemmen sich, wie man weiß, die Falken mit Vehemenz gegen neue Weichenstellungen in Richtung Tauwetter und Entspannung. ... In Moskau ist man an einer Neuaufgabe ernsthafter Ost-West-Gespräche derzeit nicht interessiert.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Doch was immer es an Ungeschiedlichkeiten auf westdeutscher Seite, was immer an Gerede gegeben hat, entscheidend für die Verschiebung waren sie wohl nicht. ... Wenn die Sowjetunion nicht mit den USA spricht, darf der Deutsche nicht freundlich mit seinem westlichen Nachbarn reden. (Essen)

Kieler Nachrichten

Dem SED-Chef fehlte ganz einfach die Besucherlaubnis, und diese wird für die höchste politische Ebene im Ostblock noch immer in Moskau ausgestellt. ... Die von Moskau erzwingende Absage des Besuchstermins ist ein kapitaler Tiefpunkt der politi-

Frankfurter Rundschau

Nun ist der Besuch Erich Honeckers endlich kaputtgeschätzt und kaputtintrigiert. Die öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über diesen Besuch war in der Tat äußerst unwürdig und ihm abträglich, da hat der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moidt, recht.

LIBERATION

Die Antikommunisten in der ganzen Welt wären echte Idioten, wenn sie gestern nicht Champagner vergossen hätten. Tatsächlich hat ihnen die Aktualität den besten Beweis in die Hand gedrückt, daß die osteuropäischen Satellitenstaaten unerbittliche Vasallen des Moskauer Lehnsherrn sind. (Paris)

The Daily Telegraph

Die Absage ist ein Schlag für Honecker in seinem Bemühen, den gerechtfertigten Ruf loszuwerden, daß er vom Kreml gegängelt werde, dies auch besonders, nachdem er gezwungen worden war, sich am Boykott der Olympischen Spiele zu beteiligen und die Stationierung neuer sowjetischer Raketen hinzunehmen. (London)

Handwritten signature: J. P. 15.9.84

Prestigeverlust für den SED-Chef – Auch im Politbüro gab es Widerstand gegen den Besuch in der Bundesrepublik

Moskau prügelte Bonn und meinte den Genossen Honecker

Von MANFRED SCHELL

Was wird jetzt aus Erich Honecker? Nachdem seine Besuchsabsage als politisches Faktum „konsumiert“ ist, rückt jetzt die Frage nach der politischen Zukunft des ersten Mannes in der SED-Führung in den Mittelpunkt. Erleidet Honecker – vielleicht nach der 35. Jahrsfeier der DDR – das Schicksal Walter Ulbrichts, den er mit Hilfe der Sowjets am 3. Mai 1971 gestürzt hat?

Es wäre gewiss voreilig, das politische Ende Honeckers vorherzusagen. Aber nach den inzwischen in Bonn vorliegenden Informationen hat jedenfalls nicht nur Moskau die Absage des vom 28. bis 30. September vorgesehenen „Arbeitsbesuchs“ in der Bundesrepublik Deutschland erzwungen. Zum Schluß, als es um die endgültige Entscheidung ging, hatte Honecker auch im SED-Politbüro eine „breite Meinungsbildung“ gegen die Besuchsabsicht. Sie wurde nicht nur von „Hardlinern“ wie Stoph, Mielke und Armeegeneral Hoffmann vorgebracht. Auch die Politbüromitglieder Neumann und Mittag, ja persönliche Mitarbeiter Honeckers, haben ihm geraten, „jetzt nicht zu fahren“. Keine Klarheit herrscht in diesem Zusammenhang in Bonn über den Stellenwert des zum Politbüromitglied aufgerückten Häber.

Honecker, das ist die durchgängige Einschätzung in Bonn, hat seinen Handlungsspielraum nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch im eigenen Apparat überschätzt. Zurück bleibt ein „Prestigeverlust“ im Warschauer Pakt. Er ist jedenfalls nicht so „souverän“ wie der Rumäne Ceausescu und der Bulgarische Schiwkow, die beide noch in diesem Herbst nach Bonn kommen wollen. Zurück bleibt auch Enttäuschung in der „DDR“-Bevölkerung, die Hoffnungen mit den Reiseabsichten Honeckers verbunden hatte, auch wenn sie nur gering waren. Alle diese Gesichtspunkte hatte Bundeskanzler Helmut Kohl im Auge, als er in den letzten Wochen, in denen das tägliche Rätselraten über die wirklichen Absichten Honeckers die Medien beherrschte, zur „Gelassenheit“ geraten hat. Kohl: „Honecker ist willkommener. Wenn er nicht kommt, wird er dies begründen müssen.“

Jenseits der von der „DDR“ genannten Gründe für die Absage greift die politische Analyse tiefer. Zum ei-

nen hatte der Bundeskanzler aus der ersten Begegnung mit Honecker, das war im Februar dieses Jahres anlässlich des Todes von Andropow in Moskau, den Eindruck gewonnen, der SED-Chef stütze seine Aktivitäten in Richtung Bonn auf das Einverständnis des neuen sowjetischen Parteichefs Tschernenko. Honecker hat dies damals durchschimmern lassen, bevor er zu einer längeren Unterredung mit Tschernenko in den Kramel gefahren ist.

Kohl hatte im Bewußtsein der Gerüchte Forderungen Honeckers aus dem Jahre 1980 dem SED-Chef geraten, künftig miteinander über das „Machbare“ zu sprechen. Nach dieser Begegnung mit Kohl hatte Honecker dann auf der Frühjahrsmesse in Leipzig in diesem Jahr gegenüber den Ministerpräsidenten Strauß und Zeyer gesagt, er wolle „im Herbst“ in die Bundesrepublik Deutschland reisen. Im Gespräch mit Lambdorff wurde er präziser und nannte dafür den „September“.

Am 8. Mai hatte dann der Ständige Vertreter der „DDR“ in Bonn, Moldt, im Bundeskanzleramt Staatsminister Jenninger ausgedacht und das Besuchsinteresse des SED-Generalsekretärs in aller Form zu Protokoll gegeben, indem er drei konkrete Aussagen machte: Der Besuch sollte vom 28. bis 30. September stattfinden, weil Honecker zuvor noch nach Äthiopien wollte und dann, im Oktober, mit den Feierlichkeiten zur „Staatsgründung“ beschäftigt sei. Der Besuch müsse „in Bonn“ stattfinden und es sollte ein „gemeinsames Kommuniqué“ erarbeitet werden.

Jenninger akzeptierte nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler den Termin und signalisierte zugleich die grundsätzliche Bereitschaft, zu einer gemeinsamen Schlussfolgerung zu gelangen. Aber er machte deutlich, daß der Charakter eines „Arbeitsbesuchs“ eingehalten werden müsse. Das bedeutete: Die Begegnung mit Kohl könne nicht in Bonn stattfinden. Dies sei auch Grundlage für die Einladung an Honecker nach dem Aufenthalt von Kanzler Schmidt am Werbellinsee und in Güstrow gewesen.

Die „DDR“ wollte, das ist inzwischen bekannt geworden, den Besuch Honeckers in Bonn mit einer Begegnung mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker beginnen

lassen. Dies wurde abgelehnt. Die Bundesregierung erklärte sich jedoch mit einem „Höflichkeitsbesuch“ bei Weizsäcker in der Mitte des Reiseprogramms einverstanden. Er sollte „am Amtssitz“ des Staatsoberhauptes stattfinden. Da die Villa Hammer-schmidt bis zum Jahresende umgebaut wird, war die Begegnung auf Schloß Falkenstein außerhalb Boms vorgesehen.

Der Fahrplan war schon genau ausgefüllt. Die „DDR“ hatte bereits in den letzten Wochen ihren Vorschlag für eine Abschlusserklärung schriftlich unterbreitet und darin auf die ausdrückliche Erwähnung der Gerüchte Forderungen Honeckers – Anerkennung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft, Regelung des Grenzverkehrs in der Elbemündung und Botschafteraustausch – verzichtet. Dies hatte die Bundesregierung zu der Einschätzung geführt, am Kommuniqué werde nichts scheitern. Zu diesem Zeitpunkt hatte jedoch schon längst die Moskauer Revanchismus-Kampagne gegen Bonn eingesetzt. Die Vorwürfe steigerten sich, wurden geradezu hysterisch, je näher der in Aussicht genommene Besuchs-termin Honeckers rückte. Bonn wollte die „DDR liquidieren“, sie „einverleiben“, in einem Beitrag war auch von dem angestrebten „Anschluß“ Österreichs die Rede. Den Gipfel erreichte diese Kampagne mit der Erklärung, aus deutschen Bierkellern dränge die „heisere Stimme des Führers“.

Wirklicher Adressat dieser Breitsseiten war von Anfang an Honecker. Es sollte ein Klima geschaffen werden, das ihm seine Reise unmöglich machte. Parallel zu dieser Begleitmusik aus Moskau gab es im SED-Führungskreis Diskussionen. Für und Wider wurden gegeneinander abgewogen. Honecker gehörte dabei offenkundig zu denen, die der Meinung waren, der Besuch wäre ein „Wert an sich“. Medienträchtig, so die Überlegung, werde er jedenfalls sein und dem Image unmittelbar vor der Gründungsfeier dienen. Außerdem würde ein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland Türen in andere westeuropäische Länder öffnen. Dagegen stand in der SED-Führung die Einschätzung, daß Honecker bei der gegebenen Ausgangslage – Kohl hatte Entgegenkommen „in prinzipiellen



Zurück bleibt Enttäuschung: Erich Honecker FOTO: STUDIO X

Fragen abschlägig beschieden – mit politischen Erfolgen nicht zurückkommen und andererseits auch die „Erwartungshaltung“ in der eigenen Bevölkerung nicht zufriedenstellen könne.

In diesen Monaten der Diskussion hatte sich zugleich eine Machtverschiebung im Kramel von Tschernenko zu Gromyko vollzogen, der seit der Niederlage der Sowjetunion in der Nachkriegsdiskussion einen kalten, abgrenzenden Kurs gegenüber dem Westen steuert. Immerhin hatten die USA und Bonn gegen massive Drohungen Moskaus diese Nachricht durchgesetzt. Tschernenko, wenn er es wirklich eine gewisse Zeit sollte, durch Krankheit entfallen.

Gleichzeitig hatten innerhalb der Unionsfraktion die kritischen Stimmen zugenommen, die vor Anbie-

derung warnten und konkrete Forderungen mit dem Honecker-Besuch verknüpften. Der SED-Generalsekretär konnte nicht mehr damit rechnen, daß er in Bad Kreuznach, Trier und Essen nur Hof halten könnte. Es wären ihm zunehmend auch kritische Fragen gestellt worden.

Dies alles zusammengekommen, aber entscheidend der Widerstand aus Moskau und die Zunahme der Skeptiker im eigenen Politbüro, haben das Blatt gewendet. Der kühle Zwei-Minuten-Besuch Honeckers an einem westdeutschen Messestand in Leipzig war das Signal für die Absage, die dann auch zwei Tage später, als Jenninger von Moldt „ein Stück Klarheit verlangte“, gekommen ist. Fragen, ob Honecker im nächsten Jahr kommt, werden im Kanzleramt mit Achselzucken beantwortet.

„Der Kreml zeigte der SED die Grenzen der Eigenständigkeit“

Die volle Verantwortung für die Absage des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik trägt nach Ansicht des bekannten Sowjet-Experten Professor Wolfgang Leonhard die Sowjetunion. Leonhard äußerte sich in einem Gespräch mit der WELT, das Herbert Kremp führte. In seinem jüngsten Buch „Dämmerung im Kreml“ (Stuttgart 1984) beschäftigt sich Professor Leonhard mit den Machtstrukturen in der Sowjetunion, über die er sich auch in diesem Interview äußert.

WELT: Wo liegt die Verantwortung für die Absage von Erich Honecker, bei den Deutschen oder bei den Sowjets?

Leonhard: Mit einem gewissen Erstaunen habe ich in den letzten zwei Tagen erlebt, daß hier in der Bundesrepublik allgemein angenommen wird, die eine oder andere, vielleicht etwas unglückliche Formulierung eines Politikers oder Publizisten sei für die Absage Honeckers verantwortlich. Davon kann nun wirklich keine Rede sein. Selbst die häufig kritisierten Äußerungen bewegten sich in völlig diplomatischen Umgangsformen und standen im krassen Widerspruch zu den scharfen Anklagen, Verdächtigungen und Verurteilungen, die man gerade in den letzten Wochen in den sowjetischen Zeitungen lesen konnte.

Nein, die Absage des Honecker-Besuchs hat nichts mit der Bundesrepublik zu tun, sondern ist ganz offensichtlich auf Anweisung der sowjetischen Führung erfolgt.

Die Mehrheit der sowjetischen Führung hat sich bereits seit Monaten gegen eine Annäherung der beiden deutschen Staaten gewandt. Die sowjetische Führung tritt gerade in der letzten Zeit für eine Verschärfung ihrer antiwestlichen Kampagne ein, für die Herausstellung von Feindbildern, ja für eine Politik des Sälberassels mit dem deutlichen Ziel, die Ost-West-Beziehungen zu verschärfen. Dafür gibt es zwei Hauptgründe:

Zum einen möchte die Führung durch die Einheit des Ostblocks festigen. So sollen die zunehmenden Selbstständigkeitsregungen einzelner mittel- und osteuropäischer Länder in der sowjetischen Machtsphäre unterbunden werden. Zum anderen soll durch das Herausstellen westlicher Feindbilder die sowjetische Bevölkerung von ihren innenpolitischen Problemen vor allem auch von den Versorgungsschwierigkeiten abgelenkt werden. Diese Politik ist es, die den Besuch Honeckers verhindert hat.

WELT: Die sowjetische Politik war ja in den letzten Wochen in den Presse-Äußerungen nicht ganz einig. Es hat verschiedene Äußerungen unterschiedlichen Inhalts gegeben. Auf welcher Machtkonstellation beruht das?

Leonhard: Zweifellos gibt es innerhalb des Politbüros und der höheren sowjetischen Führungsgremien zwei unterschiedliche Richtungen. Die gegenwärtige Mehrheitsrichtung, geführt von dem 75jährigen Außenminister Andrei Gromyko, dem 76jährigen Verteidigungsminister Dimitri Ustinow und dem immer mächtiger werdenden 61jährigen Politbüromitglied Gregori Romanow, steht

an der Spitze jenes scharfen Kurses, den ich bereits skizziert habe.

Auf der anderen Seite ist deutlich zu erkennen, daß Ministerpräsident Nicolai Tichonow und der Wirtschaftsfachmann im Politbüro, Michail Gorbatschow, durchaus eine etwas flexiblere Politik unterstützen haben und dies in der „Iswestija“ zum Ausdruck brachten, ja, indirekt aber deutlich die Honecker-Visite in der Bundesrepublik unterstützen. Diese Richtung aber befindet sich gegenwärtig in der Minderheit, wobei hinzukommt, daß durch die schwere Krankheit des Parteiführers Tschernenko eine Unsicherheit in höheren Kreml-Gremien existiert. In einer solchen Periode der Unsicherheit war es offensichtlich, daß die Mehrheit in der Lage war, den Honecker-Besuch abzusagen.

WELT: Welche Folgen wird nun die Absage für Honecker selbst haben? Leonhard: Ich glaube nicht, daß die Position Honeckers in der DDR und im gesamten Ostblock fühlbar geschwächt sein dürfte, wohl aber ist es der harten Gruppierung der Kreml-Führung gelungen, der Honecker-Führung die Grenzen ihrer Eigenständigkeit deutlich zu machen. Honecker steht an der Spitze der DDR, eines Staates, der nun einmal zum Ostblock gehört. Das bedeutet, daß in allen weitreichenden entscheidenden Fragen die Honecker-Führung die Moskauer Linie zu vertreten hat. Gewiß verfügt Honecker über einen Spielraum, den man mit etwa acht bis zwölf Prozent ansetzen kann, in einigen zweitrangigen Fragen und Einzelfragen auch die Interessen der DDR zu vertreten.

Die Absage seines Besuchs hat deutlich gemacht, wie stark der Einfluß Moskaus noch ist.

WELT: Glauben Sie, daß der Besuch nur aufgeschoben oder aufgehoben ist?

Leonhard: Vom Standpunkt der DDR-Führung ganz sicher nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben. Es ist deutlich, daß die DDR-Führung daran Interesse hat, zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verbessern. Eine drastische Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten liegt nicht im Interesse Honeckers, da jede Verschärfung des kalten Krieges eine zunehmende Unterordnung der DDR unter Moskau bedeuten würde. Auch ist der DDR-Führung bewußt, daß sie dringend auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem mit der Bundesrepublik, angewiesen ist. Man kann mit größerer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die Honecker-Führung zu einem geeigneten Zeitpunkt die Fäden wieder knüpfen und den Besuch vornehmen wird. Das Datum dieses Besuchs hängt vor allem von zwei Dingen ab: 1. Von der Lösung der gegenwärtigen Führungssituation im Kreml. 2. Vom Ausgang der amerikanischen Wahlen.

Bei der Lösung dieser beiden Probleme in den jeweiligen beiden Supermächten wird man mit Sicherheit annehmen können, daß die Honecker-Führung die Fäden für einen neuen Besuch wieder aufnimmt, der vielleicht im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden kann.

Ost-Berlin zitiert Warschau, Prag und Strauß

Von HANS-R. KARUTZ

Das Echo der Zeitungen in der „DDR“ zur Absage des Honecker-Besuchs war – wie immer bei wichtigen Angelegenheiten – einheitlich. Sie veröffentlichten lediglich die Erklärung des Ständigen Vertreters Ost-Berlins in Bonn, Ewald Moldt, sowie kritische Stimmen von Franz Josef Strauß bis Willy Brandt. Der Vorgang selbst wurde nirgends kommentiert.

Scharfe, aber indirekte Kritik an Kohl schlägt sich in der Wiedergabe von Warschauer und Prager Stimmen zur Kanzler-Rede vor den Vertriebenen nieder. Die „DDR“-Leser erfahren gestern überhaupt zum erstenmal offiziell von Honeckers Reiseabsichten in die Bundesrepublik, ohne je-

doch von dem schon verhandelten Zeitpunkt zu erfahren.

Die ausschließlich verwendete ADN-Meldung über die Äußerungen Moldts beim Verlassen des Kanzleramtes besagt lediglich, „daß der von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Termin“ für einen Besuch „nun schon nicht mehr real ist“.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und somit die gesamte „DDR“-Presse gehen nicht auf Honeckers Bemerkungen gegenüber japanischen Parlamentariern vom Dienstag in Ost-Berlin ein, wonach er an seiner prinzipiellen Reiseabsicht in die Bundesrepublik festhalte.

In diesem Sinne hatten die Gäste aus Fernost den Staatsratsvorsitzenden nach der Zusammenkunft zitiert.

ADN gibt lediglich in indirekter Rede folgende Passage aus der Honecker-Ansprache wieder: „Zur friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und zum politischen Dialog gebe es keine annehmbare Alternative.“

Die SED weicht bei der Kommentierung des Vorgangs auf das bewährte Mittel aus, andere für sich sprechen zu lassen. Sowohl das „ND“ als auch sämtliche „DDR“-Zeitungen zitieren – soweit sie die zugewiesenen ADN-Meldungen noch vor Umbruchschluß erreichten – von Jenninger bis Strauß die kritischen Äußerungen Bonner Politiker zur Absage. Die einheitlichen Überschriften der Stellungnahmen sprechen dabei für sich. Sie lau-

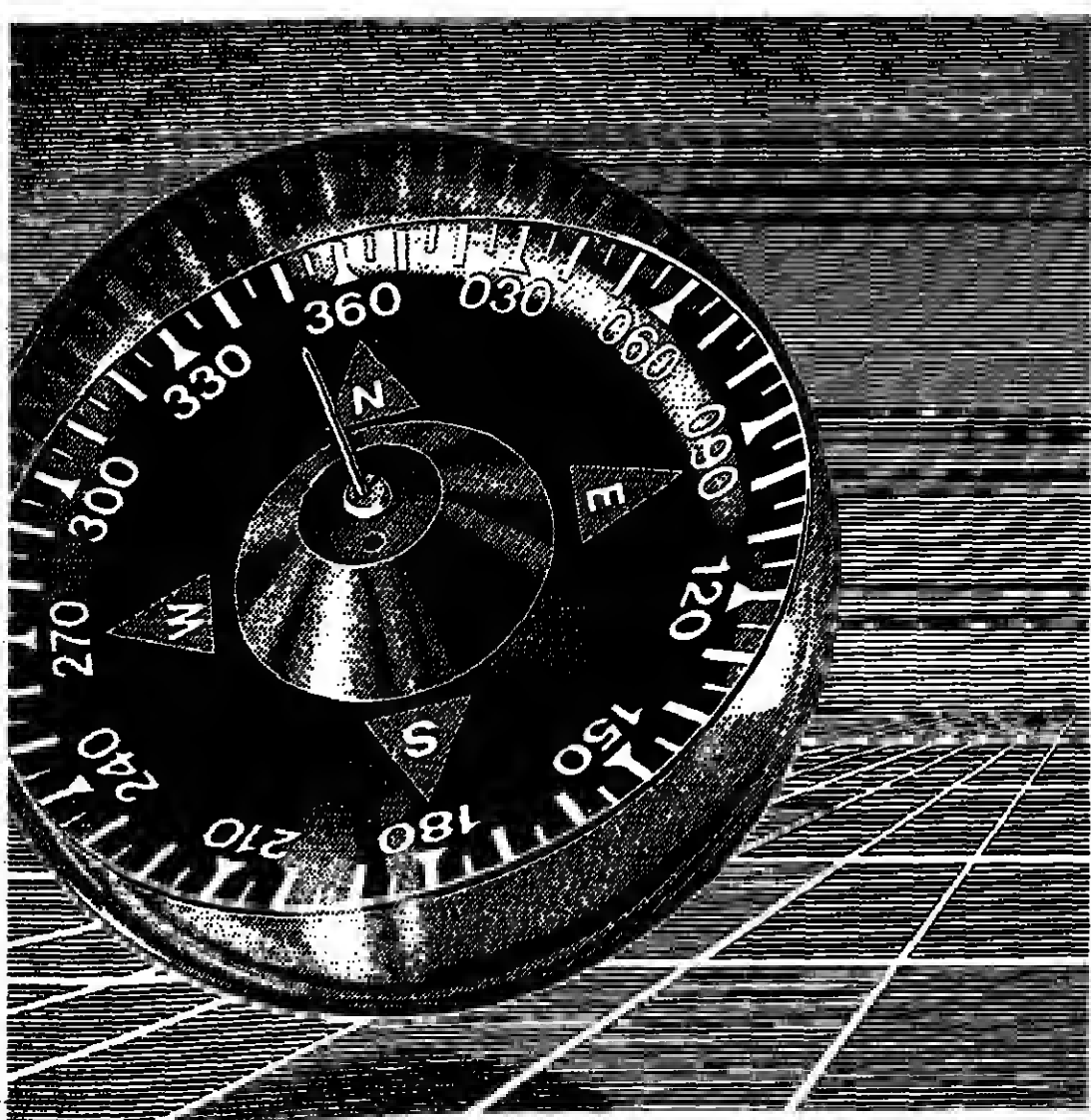
fen: „Stellungnahme von Staatsminister Jenninger“ – „Brandt kritisiert geschwätzigen Dilettantismus“ – „Vogel über die Störmanöver Dreggers“ – „Strauß: Ich habe vor schädlichem Gerede gewarnt“ – „Grüne: Ausladung mit anderen Mitteln“ und „Genscher: Belastungen vermeiden“.

Der Trend, den Kanzler bei diesem Vorgang nicht ungeschoren zu lassen, kommt in der ausgiebigen Wiedergabe von Pressestimmen aus Warschau und Prag nachdrücklich zum Ausdruck. Darin heißt es: „Seit dem Abschluß der Verträge der Bundesrepublik mit sozialistischen Ländern war es das erste Mal, daß sich der BRD-Kanzler durch seine persönliche Teil-

nahme zur revanchistischen Bewegung bekannt hat.“

Bemerkenswert ist, daß die gesamte „DDR“-Presse die ADN-Auslese aus Warschau abdruckt, die auch ein Zitat aus der Zeitung „Zycie Warszawy“ zur Wiedervereinigung enthält.

Der Text dazu lautet: „Kohl habe mehrmals die Entschlossenheit heraufgestellt, für die Sache der Wiedervereinigung zu handeln. Dabei gehe es nicht nur um das ‚Aufsaugen‘ der DDR. Zum erstenmal habe Kohl so eindeutig und klar die Idee von der Wiedervereinigung, der Wiedergewinnung von Gebieten Polens, der UdSSR und der CSSR, unterstützt.“



Ihr Kurs auf dem Aktienmarkt sollte von Ihrem persönlichen Anlageziel gesteuert werden.

Die Aktie ist ein wesentlicher Bestandteil der qualifizierten Vermögensbildung. Denn sie bietet die Möglichkeit, sich – entsprechend Ihren persönlichen Bedürfnissen und Zielen – an ausgewählten Unternehmen zu beteiligen. Sei es auf dem Gebiet der Großchemie, der Elektro- oder Anlagentechnik sowie in anderen führenden Bereichen der deutschen Wirtschaft. Die richtige Einschätzung eines Unternehmens ist die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Anlage in Aktien. Sie setzt detaillierte Markt- und Unternehmenskenntnisse voraus.

Sprechen Sie darüber mit unserem Anlageberater. Nutzen Sie die Kompetenz und Marktkennntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem schnellen und sensiblen Informationsapparat. Und der Erfahrung aus vielen Jahren der erfolgreichen partnerschaftlichen Tätigkeit im Auftrag des Kunden.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Warnung vor Abbau der Flotte

Vizeadmiral Bethge weist auf strategische Bedeutung der Handelsschiffahrt

W. WESSENDORF, Bremerhaven. Vizeadmiral Ansgar Bethge und der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), Bernd Kröger, haben vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Bremerhaven betont, daß die deutsche Handelsflotte nicht nur nötig sei, sondern ausgebaut werden müsse. Der Marineinspekteur warnte eindringlich vor der expansiven Schiffsflottenpolitik der Sowjetunion, und Kröger meinte: „Müssen wir denn auch noch die russische Flotte mitfinanzieren?“

„Seeschiffahrt muß sich wieder lohnen“, forderte Kröger. Der Umfang der deutschen Handelsflotte befindet sich gegenwärtig „bestenfalls am unteren Rande des Erforderlichen“, warnte der VDR-Geschäftsführer. Die Versorgung der Bundesrepublik sei im Ernstfall nicht gesichert, denn die deutsche Handelsflotte fahre nur 20 Prozent des seewärtigen Außenhandelsvolumens ab, elf Prozent beförderten jetzt schon die Schiffe der UdSSR. Die Bundesrepublik, die ein doppelt so hohes Außenhandelsvolumen wie die Sowjetunion habe, könne im Krisenfall nur ein Drittel ihres Öls und ein Fünftel des übrigen Imports auf eigenen Schiffen einführen.

Schiffahrt bewege sich in einem politischen Umfeld abhängig von ökonomischer Potenz, sagte Kröger weiter. Im Spannungs- und Verteidigungsfall sei das NATO-Bündnis vom Seeverkehr abhängig. Die Bundesrepublik müsse daher mit eigenen Schiffen präsent sein und sich mit ihren Partnern abstimmen. Kröger: „Wer aber dabei wenig mitbringt, hat auch wenig zu sagen“. Deshalb habe die Handelsflotte einen hohen gesamtwirtschaftlichen und strategischen Wert.

„Die Sowjetunion verfügt über ein weit größeres Schiffspotential als wir“, sagte Vizeadmiral Bethge und erkannte kein Nachlassen ihrer aggressiven Schiffsflottenpolitik. In einem Fünf-Jahres-Plan seien 50 neue Schiffe geplant. Die sowjetische Kriegs- und Handelsflotte nannte der Admiral einen geschlossenen Verband, der zur Verfolgung politischer Ziele diene. Deshalb sei für den Westen eine entsprechende Gegenstrategie unabdingbar. Bethge: „Es muß

auf strikte Gegenseitigkeit geachtet werden.“

Die deutsche Handelsflotte leiste dabei ihren Beitrag, für Europa sei der sichere Versorgungsweg über den Atlantik unverzichtbar. Eine schwache Handelsflotte vermindere deshalb nicht nur den Einfluß im eigenen NATO-Bündnis, sondern auch die Mobilitätsfähigkeit und den Abbau der Flotte schwäche zudem die Wirtschaftskraft einer ganzen Region: Werften, Zulieferer, Industrie, Versicherungen und Banken hätten darunter zu leiden. So werde die Widerstandskraft herabgesetzt und die Sowjetunion ermuntert, weiter in den deutschen Seetransportmarkt einzudringen.

„Der dramatische Abschwung der Handelsflotte in den letzten sechs Jahren hätte vermieden werden müssen“, meinte der Marineinspekteur. „Wir dürfen nicht die strategische Unabhängigkeit verlieren, die Anzahl der Schiffeinheiten muß angepaßt werden.“ Die beiden Referenten erklärten, dies sei Aufgabe der Bundesregierung, sie müsse nun schleunigst die Konsequenzen ziehen.

Schweigen zum Schicksal von Sacharow

W. K. Bonn

Mit Schweigen, so der bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU), hätten seine Gesprächspartner in Moskau auf die Frage nach dem Schicksal des Bürgerrechtlers und Nobelpreisträgers Andrej Sacharow reagiert. Maier berichtete dies der WELT bei einem Zwischenaufenthalt in Bonn nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Hauptstadt.

Der bayerische Kultusminister, der eine Ausstellung alter Meister der Münchner Alten Pinakothek eröffnete, sagte weiter, auf kultureller Ebene habe es während seines Aufenthaltes keine Probleme gegeben. Auch den Hinweis des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß im Vorwort des Katalogs, daß die seit 1977 geplante Präsentation wegen Afghanistan einmal verschoben worden sei, habe die Zensur nicht bemängelt.

Die sowjetische Gegenausstellung „Gold der Skymen“ soll am 19. September in München von dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Wladimir Semjonow, eröffnet werden.

Kujaus Buchhaltung gibt dem Gericht Rätsel auf

Keine Klarheit über die von Heidemann gezahlten Gelder

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit einem Stoßseufzer kommentierte der Vorsitzende Richter der Großen Strafkammer 11, Hans-Ulrich Schroeder, gestern vormittag im Betrugprozess um die gefälschten Hitler-Tagebücher die Buchführung des Militaria-Händlers Konrad Kujau, die nach Aufdeckung des Skandals beschlagnahmt worden war: „Das ist eine Buchhaltung, die nicht jeder lesen kann, sondern die nur in Verbindung mit ihrem Gedächtnis verständlich ist.“

An diesem sechsten Verhandlungstag kämpfte sich die Strafkammer zäh und mit immer wieder neuen Anläufen durch Kujaus umfangreiche Zettelwirtschaft – seine privaten Aufzeichnungen über die Abrechnungen der Tagebücher und Militaria-Geschäfte, die er mit dem damaligen „Stern“-Reporter und heutigen Mitangeklagten Gerd Heidemann getätigt hat. Dabei ging es unter anderem um Rechnungen für SS-Fahnen, Blutorden, Dolche, Krüge, aber auch um „echte Zigaretten“ aus der Zeit des „Dritten Reiches“, über deren Wert Kujau das Gericht belehrte: „Die sind heute sehr teuer, Herr Vorsitzender, wenn die Banderole dran ist.“

Immer wieder fragten Richter, die beiden Staatsanwälte, aber auch Heidemanns Verteidiger nach dem Wert der Kujauschen Aufzeichnungen und nach Widersprüchen, die sie in den Daten und den dubiosen Zahlungsvorgängen ausgemacht hatten. Wortreich bemühte Kujau sich darum, detailliert darzulegen, wie er wann wofür von Heidemann entweder Barzahlungen oder Geld per Postanweisung entgegengenommen oder aber mit dem Journalisten Geschäfte abgerechnet habe. Das Gericht gab sich zwar die größte Mühe, diese Vorgänge zu durchleuchten, doch der Vorsitzende konnte nicht umhin, im Hinblick auf die Resultate dieser Anstrengung festzustellen: „Es bleiben manchmal Rätsel, das ist eben so.“

Auf Kujaus Zetteln standen Beträge zwischen 25 000 bis maximal 70 000 Mark für die Lieferung der Hitler-Tagebücher an den „Stern“-Reporter. In den polizeilichen Vernehmungen hatte Heidemann demgegenüber stets angegeben, er habe an Kujau pro Band von 80 000 Mark auf-

wärts bis zu 200 000 Mark gezahlt. Insofern ging es gestern bereits um die Kernfrage dieses Strafverfahrens – wo die rund 9,34 Millionen Mark geblieben sind, die das Verlagshaus Gruner + Jahr und die illustrierte „Stern“ für die Beschaffung der angeblichen Hitler-Tagebücher aufgewendet und Heidemann zur Verfügung gestellt haben. Der Anklage zufolge soll Heidemann von diesen Beträgen 1,7 Millionen Mark für sich behalten haben. Er bestreitet das.

Am Dienstag nachmittag hatte das Gericht versucht, den Verbleib der Gelder zu durchleuchten. Die Kujau auch nach seinen eigenen Angaben von Heidemann erhalten hat. Das wesentliche Ergebnis dieser Vernehmung war, daß die wegen Hehlerei tagsübergeleitete Lebensgefährtin des Tagebuch-Fälschers, Edith Liehlang, rund 800 000 Mark in Immobilien angelegt hat. Der Vorsitzende hat sich unterdessen zu einer erläuternden Feststellung im Hinblick auf die bisherige Vernehmung Kujaus veranlaßt gesehen. Die Kammer habe es, so erklärte Richter Hans-Ulrich Schroeder zu Beginn des gestrigen Verhandlungstages, für richtig gehalten, Kujau zunächst einmal seine Version der Vorgänge schildern zu lassen, und daher im jetzigen Stadium des Verfahrens noch davon abgesehen, Kujau mit Zeugnisaussagen zu konfrontieren, die seiner Darstellung widersprechen. „Wir haben die Aussage von Herrn Kujau hingenommen, was jedoch nicht notwendigerweise etwas mit Glauben zu tun hat“, fügte der Vorsitzende hinzu.

Aus dem bisherigen Verlauf des Verfahrens läßt sich das enorme Ausmaß der Schwierigkeiten, vor denen das Gericht zunächst einmal bei der Ermittlung der tatsächlichen Sachverhalte steht, bereits abschätzen. Schon die Widersprüche in den Einlassungen allein des Mitangeklagten Kujau sind offenkundig nur sehr schwer aufzuklären. Das dürfte in einem weit größeren Maß für die Situation gelten, vor der die Kammer nach der Vernehmung Heidemanns stehen wird. Die Reaktionen seiner beiden Verteidiger Reinhard Damm und Folger K. Schröder lassen erkennen, daß der Mandant dem Gericht eine Darstellung geben wird, die der Kujaus über weite Strecken diametral entgegengesetzt sein dürfte.

Vor US-Wahlen kaum konkrete KVAE-Resultate

rmc/DW, Bonn

Bonn erwartet vor den amerikanischen Wahlen keine konkreten Ergebnisse bei der am 11. September in Stockholm beginnenden dritten Verhandlungsrunde der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). In diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt zeigte man sich allerdings optimistisch über die Aussichten für 1985. Ziel der westlichen und neutralen Staaten ist es, die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes und vor allem die Sowjetunion zu Konzessionen bei der Ankündigung militärischer Manöver und der Einleitung von Manöver-Beobachtungen zu bewegen.

Die jüngsten Manöver im Warschauer Pakt haben zur Forderung nach obligatorischer Manöverbeobachtung beigetragen. Im Gegensatz zur westlichen Praxis seien keine Beobachter eingeladen worden. Manöverankündigungen wie die der Tschechoslowakei hätten sogar die Verpflichtungen aus der Schlussakte von Helsinki ignoriert und weder eine Truppenzahl noch den Rahmen der Übungen bekanntgegeben.

Die Sommerpause ist von den 35 Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlussakte, die alle in Stockholm vertreten sind, zu intensiven Konsultationen genutzt worden. Fast unbeschadet von der Öffentlichkeit haben sich inzwischen die Vertreter der beiden Großmächte, James Goodby (USA) und Oleg Griewsky (UdSSR), in Washington getroffen. Nach dem Urteil westlicher Diplomaten zeigen diese Aktivitäten, daß auch Moskau ein Interesse an dem Fortgang der KVAE hat. Die Diplomaten weisen aber auch auf die Notwendigkeit, Geduld zu üben. Moskau wolle vor den US-Wahlen nicht den Eindruck verstärken, als sei die im Abrüstungsbereich angekündigte Eiszeit nicht angebrochen. Daher trete die Sowjetunion, obwohl ihr daran liege, den KSZE-Prozess am Leben zu halten, bei den Stockholmer Verhandlungen auf der Stelle.

OIE WELT (ISSN 093-599) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 500 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: OIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 500 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kein Geschäft mit der Westwerbung

H. RÜDIGER KARUTZ, Leipzig

Das große Devisengeschäft blieb aus: Ost-Berlin Angebot an Westfirmen, zum ersten Mal auf Leipziger Messe-Funkwellen für „Nescafé“ oder andere zu werben, stieß bisher offenbar auf taube Ohren. In Leipzig, Halle oder Magdeburg, wo „Radio DDR“ täglich neunzig Werbeminuten in den Regional-Äther strahlt, erfährt der Hörer dafür alles über Thermoplaste, Biogas-Gewinnung oder die „Hydratation von Vakuumdestillaten“. Ost-Berlin „Interwerbung“, die das Experiment startete, möchte sich in Leipzig vorerst nicht zum Thema äußern. „Wir sind noch in der Erprobungsphase“.

Die Idee lag nahe, und zum ersten Male setzte sie Ost-Berlin nun auf der Herbstmesse in Pop-Musik und Texte um, die indes den ohnedies nicht verwöhnten „DDR“-Hörer überwiegend zum Gähnen bringen. Statt der professionell auf Verbraucher-Psychologie ausgelegten und „harten“ Westwerbung, nehmen sich die Morgen- und Abend-Offerten auf der „Messe-welle International“ hier aus. Um Ost-Berlins Valutakasse aufzu-

bessern, sollen vor allem Firmen aus der Bundesrepublik für 42 bis 45 Mark pro Sendesekunde ihre auch jeden „DDR“-Bürger längst vertrauten Markennamen durch den Äther anpreisen. Diese Produkte durften jedoch nicht auf westlichen Messeständen feilgeboten werden.

Dem Leipziger Hörer, der dreimal die Reklame-Funksprüche anhört, fielen lediglich zwei Werbesignale aus dem Westen auf. Eine Aachener Schokoladenfabrik wies auf „van Houten, Trumpf, Mäxchen“ hin. Unterlegt mit Walzerklängen gab es außerdem „einen süßen Gruß aus Wien“. Auch hier ging es um Leckereien, die betuchte „DDR“-Kunden schon immer in den Läden der „Delikat“-Kette erwerben können – im Volksmund „Freiquist“ genannt.

Ansonsten gibt es – ein wenig nach westlicher Macht verkauft – die Werbung der heimischen Firmen. Da bietet, von Hubschraubergeräusch und Fanfarenstößen unterlegt, ein Baukombi beispielsweise komplette „Tagebaue und Brückentafeln“ an. Eine Spezialfirma aus Halle wirbt ein wenig unpassend

zur Frühstückszeit mit ihrem Angebot, zur „Leistungssteigerung bei der Abwasser- und Schlammbehandlung“ beizutragen. Musik im Ohr des „DDR“-Hörers ist hingegen eher die Werbung der kubanischen Staatsplantagen: „Zitrusfrüchte – gereift unter karibischer Sonne“ lautet der Merkspruch.

Für die anscheinend politisch gewollte Reihenfolge der fünf Sprachen, in denen die Sprüche auf die Werbewelle geschickt werden, ist die Auftaktansage der „Messe-Offerten“ typisch. Hier rangiert Russisch vor der Weltsprache Englisch, im besten Oxford-Akzent formuliert.

Daß man Funk auch mit Witz und ein wenig Ironie betreiben kann, beweist „Radio DDR“ am Montag: Beim Bericht über ein Country-Musik-Konzert einer Band vom Mississippi machte der jugendliche Kritiker unter dem Eindruck der Cowboy-Melodien einen flotten Mikrofonstich: „Als ich aus dem Konzert kam, wollte ich eigentlich auf mein Pferd steigen. Aber ich war ja mit dem Trabi gekommen...“

WDR weist Vorwürfe Höffners zurück

AP, Köln

Der Westdeutsche Rundfunk hat die Vorwürfe von hoher katholischer Seite an der Berichterstattung des Senders über die geplante Besetzung einer Kölner Pfarrgemeinde mit Opus-Dei-Priestern zurückgewiesen. WDR-Intendant Friedrich Wilhelm von Sell erklärte gestern, damit werde versucht, die Kritik von katholischer Seite am Opus Dei dem Sender anzulasten. Vorwürfe wie „massive Verleumdungskampagne“, die von den Opus-Dei-Obersten geäußert worden seien, oder „gehasste Sendungen“, von denen der Kölner Kardinal Joseph Höffner gesprochen habe, hielten keiner „an Wahrheit und Wirklichkeit orientierten Prüfung stand“, sagte von Sell. Der WDR habe vielmehr die tiefe Sorge vieler katholischer Eltern um ihre Kinder widergespiegelt.

Nach massiven Protesten in der Kirchengemeinde hatte der Opus Dei auf die Pfarrstelle in Köln verzichtet. Kardinal Höffner hatte diese Entscheidung bedauert und die Proteste auf eine „Hetzkampagne“ zurückgeführt (WELT v. 4. 8.).

Reduziert zur neuen Ski-Saison: DER GROSSE SKI-TEST!

34 neue Ski für Anfänger im Urteil der Weltmeister. Und das tolle: 10 dieser Test-Ski können Sie gewinnen!

Und etwas Besonderes für Ski-Fans: Die spezielle SkiMagazin-Reise. Dezember-Ski-Woche mit internationalen Spitzenfahrern in Süden. Ein Super-Erlebnis zu erstaunlichen Preisen!

SKI MAGAZIN

Wie Sie ins Schwitzen kommen

5-10 TEST-SKI ZUGEWINNEN

SkiMagazin – ein Heft voller Ski-Erlebnis. Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

„...kneift nicht, wenn's schwierig wird. Beiß Dich durch!“

Ein Ratschlag, den wir täglich hören. Einer von vielen, der zeigt, was unseren Kindern mehr und mehr verloren geht: Selbstvertrauen. Durchsetzungsvermögen. Ehrgeiz. Doch ohne diese Eigenschaften hat unsere Jugend keine Zukunftschancen. Deshalb braucht sie neue Anreize. Neue Anregungen. Und neue Aufgaben. Aufgaben, die auch ihr die Pflichten in unserer Gesellschaft und den Sinn des Miteinanders und Freiendens verständlich machen. Aufgaben, die ihr Spaß machen; die sportlich zur Eigeninitiative veran-

lassen. Aber auch Aufgaben, die ihr, wenn sie sie erfüllt hat – durch die Bestätigungen im MARTINI-PASS – Lob und Anerkennung verschaffen. Ein Ziel ist: Abbau der weltverbreiteten Resignation. Wiederbelebung und Stärkung des persönlichen Selbstbewusstseins. In allen Familien mit Kindern. Und überall dort, wo Erwachsene und Jugendliche zusammenkommen. Sie, wenn Sie uns schreiben. Oder eine Spende überweisen. Konten: Sparkasse Bonn, Kto-Nr. 123-123 (BLZ 380 500 00). Postgremium Nürnberg, Kto-Nr. 854-854 (BLZ 760 100 85).

COLLEGIUM MARTINIUM

SAUNA-Hersteller gesucht

Leistungsfähiges Fachhandelsunternehmen sucht Hersteller im Raum: Düsseldorf – Köln – Bonn.

Kontaktaufnahme unter Beifügung von umfangreichem Informationsmaterial unter S. 9158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Importeur Hotel aus Übersee

30 000 Grillbratpfannen (ohne Fett) à DM 10,90
10 000 Weidenkörbe, 50 ltr. à DM 7,95
10 000 Sägeböcke, 3-teilig, 18 ltr. à DM 18,50
15 000 Arbeits- u. Klappböcke à DM 5,90
3 000 Nirosta-Einbauspülen, 60 x 120 cm à DM 66,00
Handelsagentur Löffler
Tel. 0 40 / 6 06 19 23
od. FS 2 164 302

Wir übernehmen die Verwaltung Ihres Wohnungseigentums

Wir übernehmen Ihre Hausverwaltung. Zuverlässig – fachmännisch – preisgünstig – rechnergestützt.

LÜCKING CONCEPT
Grundstücksmakler, m. b. H.
Zweigbüro: 45, 4300 Essen 1
Tel. 02 01 / 77 89 58
Mo.-Fr. von 9.00 – 17.00 Uhr

VENTURE-CAPITAL gesucht

Selt. 3 J. bestehendes, stark wachsendes Unternehmen befindet sich zur Durchföhrung und Realisierung weiterer innovativer Techniken privates Kapital. Gedacht ist an eine Beteiligungsform als stiller Gesellschafter mit Beteiligungsprämie ab DM 30 000,- bei garantierten Rendite von 15 % p. a. (qualifizierte Ausschüttung).
Zuschr. erb. u. L 8942 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maschinen- und Wirtschafts-Ingenieur

grad. Erfahrung in der Bau-, Zement- und Mineralindustrie. Sitz in Nairobi, Kenia, in Othello, TX. Tel. vorhanden, sucht Industrievertretungen, Montagearbeiten in ostafrikanischen Raum. Bis nicht erregenden. Übernahme Auftrag auch in anderen geographischen Bereich.
Angebote u. T 8180 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als-Wintergarten-Systeme aus England und USA

Vertriebs- u. Montagefirmen ges.
Nagel KG, 3409 Hannover 1
Maschinenstraße 17
Tel. 05 11 / 88 85 55, FS 9 230 593

Buchhaltungsarbeiten

auch Überarbeiten alter Jahre, Löhne, Bilanzen, Lohnsteuerjahresausgleich erledigt schnell.
Tel. 0 40 / 36 51 47

ERFOLGREICH

sein bedeutet für uns: Wissen – Können – harte Arbeit. Wenn Sie glauben, mit uns bei diesen Anforderungen konform zu gehen, sollten wir uns baldmöglichst unterhalten. Wir suchen noch einige hochqualifizierte Damen und Herren für das

Vertriebsmanagement

im Finanzbereich. Der Höchstverdienst entspricht den sehr hohen Anforderungen. Wir erwarten Unternehmensgeist und Kapitalgeiz. Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie an:

SP Finanzkonzept Beteiligungs- und Treuhandgesellschaft mbH
Bahnhofstraße 2, 7410 Reutlingen

WINTERGÄRTEN

mit großflächiger Öffnungsmöglichkeit

LIZENZHERSTELLER gesucht, die interessiert sind, Produkte aus unseren System-Profilen herzustellen und selbst zu vertrieben.

ALL-BAU JANS GMBH
Osterrade 21a, 2050 Hamburg 80, Tel. 0 40 / 7 38 28 89

Als Handelsunternehmen beliefern wir Großküchen, Krankenanstalten und sonst. Großverbraucher mit

Reinigungs-Chemikalien

im Bereich Ulm, O'Schwaben, Allgäu.

Wir suchen ergänzende Artikel mit guter Rendite!

Ang. u. R. 9158 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

selbständige Handelsvertreter

für die Postleitzahlgebiete 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7.

Bei Vergabe der Vertretung denken wir an Herren bis 35 Jahre. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an:

Martin Schmid GmbH
Pfarstraße 11, 8195 Eglimg/München

Freiberuflich tätiger Ingenieur (Raum 7) sucht Werkvermittlung, Repräsentanz und Beratung auf dem Gebiet

Schutzraumtechnik und Selbstschutz-Ausrüstungen

Entsprechende Kenntnisse sind vorhanden.

Ang. erb. u. Z 9330 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir übernehmen die Verwaltung von Ladenzeilen, Industrie-Objekten, Wohnanlagen im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Zuverlässig, fachmännisch, rechnergestützt.

LÜCKING CONCEPT
Grundstücksmakler, m. b. H.
Zweigbüro: 45, 4300 Essen 1
Tel. 02 01 / 77 89 58
Mo.-Fr. von 9.00 – 17.00 Uhr.

Wir bitten um Hilfe für notleidende Kinder in der Dritten Welt

Hilfe für notleidende Kinder leistet die Deutsche Welthungerhilfe als Teil ihrer umfassenden Arbeit für die Armen der Armen. Wir senden Ihnen gerne Informationen über unsere Kinderprogramme zu.

Deutsche Welthungerhilfe
Adenauerallee 134, 5300 Bonn 1

Gewerbetriebl. für verschiedene PLZ-Bereiche auf selbst. Unternehmerrisiko zu vergeben

Bereich: Geschenckartikel, Garten u. Hausbau in vielen guten Ertragsbereichen. Räumlichkeiten von nur 10-15 m² als Lager erforderlich.

Kapitalbedarf für 1. Lagerausst. v. DM 8 000,- + MwSt. erf.

Lagerumschlag mind. 12x im Jahr (bei hervorragender Gewinnsituation).

Die Vertretung erfolgt sich als haupt- od. nebenberufliche Tätigkeit u. ist auch für Damen geeignet.

Zuschr. u. A. 9167 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Modeschmuck

Großhandel in Ohrclips und Broschen aus Perlmutter, Straß, Leder, Glas, Lössgerlen, Holz, Horn, Bakelit usw.

S. K. NOWLAKRA
Rothenscheidhauser 39
2008 Hamburg 13
Telefon 9 40 - 4 10 50 24

Kaufen (fast) alles, was der Preis stürzt

Handelswaren-Vertrieb Schubach GmbH
Daimlerstr. 2, 10107 Leipzig
Tel. 2 51 32, 40 43 FS 2 23 450

ATTENTION PLEASE

Very high income and growth potential for dynamic people.
Call tel. no. 0 41 64 / 43 44

Sichere Existenz

durch Aktivierung v. patentierter Energie-Spar-System (Sanitär) in geschützter Vertriebsregion, in Hotels, Restaurants, Kfz, Industrie, etc. Verwaltungen, Kommunen etc. Sehr hohe Einkommen.

Schreibweise: Achse GmbH, Hauptstr. 29, 6300 Wiesbaden

Vertretungsübernahme im Iran

Wir sind ein Ing.-u. techn. Beratungsbüro sowie Handelsvertretung f. Export u. Import. Wir arbeiten in verschiedenen Büros im Iran und möchten zwecks Verkauf Ihrer Artikel repräsentativ Sie im Iran tätig sein. Bitte an: R 9158 u. Z 9330 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

HANDELSVERTRETER

für neuartiges Funkalarmüberwachungssystem auf Provisionsbasis gesucht. Mobiles System, einrichtungslos in Deutschland, für Privat- und Industrie.

Nähere Informationen:
VETT-BERGHAUS
Funkalarmsysteme
5067 Kärnten 4
Tel. 0 20 71 / 60 46
Te. 8 673 381

Zahnmedizin

Wir vergeben ein voll. neues, patent. Produkt an erkl. Zahnärzte-Besucher. Auch überreg. Antr. Mo.-Fr., Tel.: 05 11 / 70 99 38

Ingenieurbüro

sucht Vertretung für Spezial-Anlagen, Postleitzahlbereich 1+3. Angab. u. R. 9312 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Avocado-Plantage

an der Costa del Sol... komplett angelegt...

Ferienstiz mit interessanter Rendite.

Kontaktaufnahme: Dr. W. Bonenkamp
Ruhrorter Str. 122, 4330 Mülheim/R. 14

USA - MARKETING

Wir erschließen Ihren Produkten den interessanten US-Markt und vermitteln Ihnen die richtigen Kooperationspartner.

Unternehmensberatung Dr. Pahl & Dr. Schiewind
Gr. Reichensstraße 27
2000 Hamburg 11
Tel.: 0 40 / 33 73 81
Telefax: 2 161 633 gent

Werks- oder Handelsvertretung

Halle, Fahrzeuge, Büro vorhanden - Gebiet Schlesw.-Holstein (23).
Zuschr. erb. u. Z 9106 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkäufer

im Postleitzahlgebiet 2, 3, 4, 8 für Repro-Materialien und -Geräte gesucht.

Angebote u. P. 9311 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

1 DEUTSCHE MARK 1966

1 DEUTSCHE MARK 1966

1 DEUTSCHE MARK 1966

Ihre Zukunft in Mark und Pfennig

Eine Position für einen Diplom-Kaufmann oder Diplom-Betriebswirt. Als Bereichsleiter für Finanzen, Buchhaltung und Steuern sollte er ein bilanzieller Praktiker sein, am besten aus der Branche. Ein Unternehmen der Bauindustrie braucht ihn in der Hauptverwaltung.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 8. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Jah, 100 1500

Noch 5000 Faltbetten von den „Bestarbeitern“

„DDR“-Zeitungsläden 35. Jahrestag am 7. Oktober ein

DIETER DOSE, Berlin
„Der Morgen“, Organ der Liberal-demokratischen Partei (LDPD) in der „DDR“, tanzte gestern morgen aus der Reihe. Während alle „DDR“-Zeitungsläden mit dem Aufmacher „Erich Honecker empfing japanische Parlamentarier“ oder ähnlich erschienen, stellte „Der Morgen“ die Konferenz der Parteibeauftragten der LDPD, eine Art Parteitag, an die Spitze. Honeckers „herzliches Gespräch zu aktuellen politischen Problemen“ rückte nach unten. Parteivorsitzender Manfred Gerlach bekräftigte sein Grundsatzreferat mit einer Ergebnissadresse an die SED, Redezitat aus „Der Morgen“.

Ausgehend vom 13. Parteitag, auf dem wir uns die vom X. Parteitag der SED beschlossene Generallinie der Innen- und Außenpolitik voll zu ei-

Tagesszeitung der Staatsjugend, um „Amistad“ bereichert. Mit den Amis hat das nichts zu tun – im Gegenteil. „Amistad“ ist die nicaraguanische Version für „Freundschaft“, denn FDJler stehen „fest an der Seite der Erben Sandinos“.

„Viva Nicaragua! Mit begeisterten Rufen auf das freie Nicaragua und auf die sandinistische Volksrevolution“, so die „Junge Welt“, habe in Erfurt das Treffen zwischen FDJ und den Abgesandten der sandinistischen Jugend begonnen. Was „DDR“-Jugend und Sandinisten gemeinsam haben, erläutert FDJ-Chef Eberhard Aurich: „Unsere Kampfschritte sind Tausende Kilometer voneinander entfernt, aber wir ringen mit dem gleichen Feind und streben gleiche Ziele an“.

„Jogging“ ist auch in der „DDR“

Aus der Presse von drüben

gen gemacht haben, bringen Liberaldemokraten überall ihren Fleiß und ihr Können, ihre Fähigkeiten und Talente ein, damit das 35. Jahr des Bestehens unserer Republik zum erfolgreichsten Jahr unserer Geschichte wird. Die LDPD, das kann mit Fug und Recht gesagt werden, bewährt sich in diesen Wochen und Monaten erneut als verlässlicher Partner der Arbeiterklasse, wie dies seit Anbeginn des gemeinsamen Weges Tradition ist.“

Vom „erfolgreichsten Jahr unserer Geschichte“ ist im Vorfeld der Jubiläumsfeier zum 35. Jahrestag der „DDR“ am 7. Oktober pausenlos die Rede. Zum Beispiel auf der „Bestarbeiterkonferenz“ in Ost-Berlin, in den letzten Tagen ebenfalls ein Schwerpunktthema der Berichterstattung.

Im vollen Wortlaut druckt die „Berliner Zeitung“ den Brief der Konferenzteilnehmer an Erich Honecker, und die Leser erfahren daraus, was die „Bestarbeiter“ aus Ost-Berlin noch alles in diesem Jahr vorhaben, um den Wohlstand des Normalverbrauers zu verbessern.

Originalton: „Wir verpflichten uns, bis Ende 1984 für weitere 30 Millionen Mark hochwertige Konsumgüter über den Plan herzustellen. Darin enthalten sind 11 000 Stück neu entwickelte Luftfilterhauben, 2300 Heißwasserspeicher, 5000 Stück Mäntel, Anzüge, Jacken und Hosen der Herrenoberbekleidung, 5000 Stück Faltbetten, 5000 Toaster, 1000 Stück Gasraumheizer und 500 Tonnen Dispersionsanstrichstoffe.“

So werden auch die letzten Zweifel beseitigt, daß es das „erfolgreichste Jahr“ wird... Der Wortschatz der 2,3 Millionen FDJ-Angehörigen wird in der „Jungen Welt“, der

in. Letzten Sonntag allerdings traten in vielen Städten der „DDR“ die Freizeitsportler aus Anlaß des Weltfriedensjahres zum „Friedenslauf“ an. 35 000 allein in Ost-Berlin. Die Distanz blieb jedem Teilnehmer überlassen – zwischen einer Meile und der Marathonstrecke. Und wer wollte, durfte auch das Fahrrad nehmen – Hauptsache, er strampelte für den Frieden. Das „Sport-Echo“ vergaß in seiner Berichterstattung nicht den Hinweis: „So führte der Weg der Marathonläufer durch die Straße der Befreiung, auf der im Mai 1945 die Sowjetsoldaten zur endgültigen Zerschlagung des Faschismus vordrangen.“

Der „Sozialbericht 1983“ der Brüsseler Kommission ist für verschiedene „DDR“-Zeitungsläden willkommen, um ihren Lesern die „neue Armut“ in Westeuropa vor Augen zu führen. Aber Lenin hat das ja vorausgesehen, wie Professor Jürgen Kuczynski in einem Kommentar der „Jungen Welt“ hervorhebt: „Wenn Lenin vom faulenden, vom parasitären Kapitalismus im Stadium des Imperialismus spricht, dann verdeutlichen solche Zustände wahrlich, was er damit gemeint hat.“

Auf derselben Linie liegt die „Pflichtübung“ der „DDR“-Zeitungsläden jeweils zu Beginn eines Monats: die Veröffentlichung des Berichtes der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit über den neuesten Stand der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Schließlich erfuhren sogar die Leser der sächsischen Provinzialzeitungen, was bei uns jenseits der großen Weltpolitik Schlagzeilen machte: die Pokal-Niederlage des Hamburger SV gegen die Amateure von Geislingen...

Tschernenko zeichnet drei Kosmonauten aus

DW Moskau

Die sowjetische Propaganda bemühte sich gestern, allen Spekulationen über eine ernste Erkrankung des Partei- und Staatschefs Konstantin Tschernenko ein – vorläufiges – Ende zu setzen. Die offizielle Nachrichtenagentur Tass erklärte, Tschernenko habe bei einer Feier im Kreml die Kosmonauten Swetlana Sawizkaja, Wladimir Dschanibekow und Igor Wolk für ihren Raumflug im Juli ausgezeichnet. Bilder von der Feier wurden bis zum Nachmittag nicht verbreitet, Tass stellte Aufnahmen erst später in Aussicht. Auch das Fernsehen berichtete nicht direkt von der Veranstaltung, wollte aber in den Abendnachrichten eine Aufzeichnung senden. Der erste öffentliche Auftritt des 73-jährigen Kreml-Führers seit fast zwei Monaten war am Dienstag von dem Journalisten Viktor Louis mehreren Zeitungen im Westen angekündigt worden. Louis wird von der Kreml-Führung gezielt eingesetzt, um bestimmte Informationen Moskau zu lancieren.

Ob Tschernenko seine Amtsgeschäfte tatsächlich wieder aufnehmen hat, war gestern nicht konkret zu erfahren. Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums hatte am Montag auf entsprechende Nachforschungen von westlichen Korrespondenten lediglich gesagt, das jüngste „Prawda“-Interview Tschernenkos zeuge davon, daß er seine Ämter als Generalsekretär und Staatssoberhaupt wahrnehme.

Die Nachrichtenagentur Tass meldete gestern ferner, das Politbüro-Mitglied Grigori Romanow sei nach Äthiopien gereist, um an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Sturzes von Kaiser Haile Selassie teilzunehmen. Die Reise Romanows wurde von einigen politischen Beobachtern in Moskau als Indiz dafür gewertet, daß es zumindest im Augenblick keine akute Führungskrise im Kreml gibt. In einer solchen Krise, so hieß es, wäre es unwahrscheinlich, daß ein Mitglied des Politbüros eine Auslandsreise antrete. Tschernenko war am 15. Juni in Urlaub gegangen und seitdem nicht mehr in der Öffentlichkeit erschienen.

Irak ermutigt Bonn zu einer aktiveren Rolle

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der irakische Außenminister Tariq Asis, der sich für zwei Tage in Bonn aufhielt, hat die Europäische Gemeinschaft und vor allem die Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, eine „aktivere Rolle“ in den Bemühungen zur Beendigung des Golf-Krieges zu spielen. Vor Journalisten sagte er gestern, alle Staaten sollten dazu beitragen, die Möglichkeiten Irans zur Kriegführung „zu beeinträchtigen“.

Asis, der von Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfangen worden war und Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher geführt hatte, appellierte an die EG, bei der Stabilisierung der Golf-Region zu helfen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Iran sei dabei nützlich, nur dürfe sie nicht zur militärischen Stärkung Irans beitragen.

Im Zusammenhang mit entsprechenden Vorwürfen gegen sein Land erklärte Asis, Irak habe im Golf-Krieg niemals Giftgas verwendet und werde das auch künftig nicht tun. Bagdad sei aber nicht bereit, Beauftragte der Bundesregierung zur Inspektion eines chemischen Betriebes ins Land zu lassen. In Berichten vor allem der US-Presse hatte es mehrmals geheißt, Bonn lasse den Aufbau einer aus der Bundesrepublik gelieferten Anlage in Irak zu, mit der auch chemische Waffen hergestellt werden könnten. Asis erklärte dazu, die Berichte seien unpräzise. Die Anlage diene lediglich landwirtschaftlichen Zwecken. Die irakische Firma arbeite eng mit der deutschen zusammen, „um die Behauptungen aus der Welt zu schaffen“.

Bei einem Gespräch mit führenden deutschen Unternehmern äußerte der irakische Außenminister das Interesse seines Landes am Ausbau der deutsch-irakischen Wirtschaftsbeziehungen. Konkrete Wünsche habe er dabei nicht gehabt, meinte Asis. Der Hauptzweck seines Besuchs sei politischer Natur gewesen. Er halte es aber für sinnvoll, wenn sich die deutsche Industrie zur Absicherung ihrer Exportabsichten um staatliche Hermes-Bürgschaften bemühen würde.

RWE UMWELT-BILANZ 1984 Teil 8



STROMPREIS

oder: Umweltschutz ist nicht umsonst.

Viele Milliarden Mark müssen investiert werden, um bestehende Kraftwerke noch umweltfreundlicher zu machen. Deshalb wirkt sich aktiver Umweltschutz auch auf den Strompreis aus.

Das RWE produziert Strom. Er kann Muskelkraft ersetzen. Ganz zu schweigen von seiner Fähigkeit, uns Beschleunigung, Bequemlichkeit, Behaglichkeit zu garantieren. Niemand soll darauf verzich-

ten müssen. Aber die Kraftwerke, die den Strom erzeugen, müssen immer neue Wege finden, die Umwelt dabei immer weniger zu belasten. Das erfordert nicht nur einen hohen technischen, sondern auch finanziellen Aufwand.

Sa gibt das RWE in den nächsten Jahren allein für die Entschwefelung seiner Kohlekraftwerke rund 3 Mrd. DM aus. Für den Bau neuer umweltfreundlicher Braunkohleblöcke werden weitere 5 Mrd. DM investiert.

Die Aufgaben wachsen.

Das RWE hat viel geleistet, entwickelt, geforscht. Da sich die Umweltprobleme allerdings immer weiter zuspitzen, ist selbst das Viele noch zu wenig. Wir müssen noch mehr tun. Und das kostet Geld. Auch Ihr Geld.

Gewinn für die Umwelt

Die Umweltkosten werden in den privaten Haushalten eines jeden einzelnen von uns eine Rolle spielen, aber auch in der Industrie ein gewichtiger Kostenfaktor sein. Deshalb

werden wir alles daransetzen, daß sich jeder Pfennig für unsere Umwelt auszahlt.

Wenn Sie an zusätzlichen Informationen zum Thema umweltfreundliche Stromerzeugung interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Wir halten umfangreiches Informationsmaterial für Sie bereit.

RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
4300 Essen, Kruppstraße 5

Zum Präsidenten gewählt: Mehr Macht für Botha

M. GERMANI, Johannesburg

Südafrikas bisheriger Ministerpräsident Pieter Wilhelm Botha ist gestern zum exekutiven Staatspräsidenten gemäß der neuen Verfassung gewählt worden. Botha wurde von dem Gremium, das aus weißen, farbigen und indischen Abgeordneten des neuen Drei-Kammer-Parlaments besteht, einstimmig gewählt. Seine Amtsperiode beträgt fünf Jahre.

Hatte gemäß der bisher gültigen Westminster Verfassung der Staatspräsident lediglich repräsentative Funktionen, so ist er nun, unter Abschaffung des Premierministeramtes, mit sehr weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet. Die letzten Wahlen für das weiße Parlament fanden im Mai 1981 statt. Doch ist nach der neuen Verfassung eine weitere Legislaturperiode von nochmals fünf Jahren geplant.

Für den Fall, daß alle drei Parlamente dem Präsidenten ihr Mißtrauen aussprechen, ist er gezwungen, innerhalb von zwei Wochen Wahlen anzuberaumen. Dies gilt auch, wenn er bei einer Abstimmung über Gesetze zur Staatsfinanzierung in einem der drei Parlamente unterliegt. Als Staatspräsident kann er seine Minister nach eigenem Gutdünken ernennen und entlassen, ohne dem Kabinetts Rat Rechenschaft schuldig zu sein. Schließlich kann er einen Ausnahmezustand verhängen oder einen Krieg erklären. Sowohl konservative als auch progressive Gegner sehen dieses Amt für Botha als maßgebend an.

Drei wichtige Rassengesetze werden besonders durch die farbige Arbeiterpartei, die 74 der 80 Sitze bei den Wahlen vor zwei Wochen erobert hatte, aber auch von den Indern gefordert: Abschaffung des Verbotes von gemischter Liebe und Heirat und Aufhebung getrennter Wohngebiete. Pastor Allan Hendrickse, der Führer der Arbeiterpartei, will sich für die Rechte der Schwarzen einsetzen und setzt sich dafür ein, eine Frist von fünf Jahren, andernfalls wird er, wie er sagte, seine Mitarbeit an der neuen Verfassung beenden, die er als „Übergangsstufe“ wertet. Als wichtig betrachtet er die Aufhebung des politischen Einmischungsgesetzes, das Vertretern der einzelnen Volksgruppen verbietet, einer Partei einer anderen Gruppe beizutreten.

Der Staat der Drusen gewinnt Konturen

Dschumblatts Siegesparaden und Massaker im Schuf

PETER M. RANKE, Beirut

In Tarnuniformen und mit Stahlhelmen paradierten fünftausend Mann der Drusen-Miliz in Beiteddine an Drusen-Chef Walid Dschumblatt vorbei. Vor Sowjet-Botschafter Soldatow und dem britischen Botschaftsrat Palmer zeigte Dschumblatt seine Kampfkraft: neue Lkw, schwere Artillerie und mobile Raketen-Werfer aus der Sowjetunion.

Anlaß der Parade im einst christlichen Bergstädtchen Beiteddine, wo im vorigen Jahrhundert der Bergfürst Beschir II. aus dem Hause Schehab herrschte, war der Jahrestag des „Bergkrieges“ zwischen Drusen, der Armee und den „Lebanese Forces“ der Christen. In den drei Wochen zwischen dem 4. und 25. September wurde aus der jahrhundertalten gemeinsamen Heimat von Christen und Drusen, dem Schuf-Gebirge, der „Dschebel Drus“, wie es heute heißt, in einem blutigen Gemetzel, einem der schlimmsten in der Geschichte Libanons, wurde die christliche Bevölkerung von rund hunderttausend Menschen aus dem Schuf von den Drusen ermordet und vertrieben.

„Alle Sicherheitspläne der Regierung sind verloren“, erklärte der Drusen-Chef. Er wies damit auf neuem den Plan der Regierung Karame zurück, die Armee in seinen drusischen „Kantonal-Staat“ vorzücken zu lassen. Bevor er selbst am Dienstag nach Damaskus reiste, betonte er in Beiteddine: „Syrien ist und wird immer an unserer Seite stehen“.

Vor allem der syrischen Waffenhilfe und den Freiwilligen aus der syrischen Armee und der PLO verdankt Dschumblatt heute, daß er uneingeschränkter Herr der Berge ist. Seine Milizen kassieren Wegzölle von allen Kraftfahrern auf der Küstenstraße. Die drusischen Dörfer und die verwaisten Dörfer der Christen werden von Partei-Komitees regiert, die Steuern einnehmen und sich um Polizei und Schulen kümmern. Ein „Exekutiv-Rat“ beschäftigt sich mit Fragen der Finanzen, der Verteidigung und Außenpolitik.

Der Kampf um den Schuf begann am 4. September vorigen Jahres, kurz nachdem sich die israelische Armee keineswegs unerwartet nach Süden zurückgezogen hatte. Eigentlich sollte die libanesischen Armee nachrücken, aber sie fühlte sich zu schwach

und wurde in einen blutigen mit den Drusen koordinierten Aufstand der Schiiten im Süden Beirut verwickelt. Vier Tage konnte die Christen-Miliz in Alei, einem früheren Sommerort von Beirut, dem Ansturm der Drusen und Palästinenser widerstehen. Danach kam es zu unbeschreiblichen Massakern an Zivilisten und gefangenen christlichen Milizionären. In Bhamdoun, einem Nachbarort von Alei, fand man über 200 verbrannte Leichen, in Fawara wurden sechzig gefangene Milizionäre der Christen erschlagen und erschossen, in Bmahiye wurden 14 alte Männer und Frauen zu Tode geprügelt. Überall wurden die Häuser der Christen geplündert oder gesprengt.

Der „Bergkrieg“ kostete rund 4500 Menschen das Leben, unter ihnen rund 1300 Milizionäre der Christen und Drusen. 47 christliche Dörfer sind zerstört und noch immer verwaist. Äcker und Gärten sind verwüstet. Rund hunderttausend christliche Flüchtlinge erwarten in Notunterkünften in den christlichen Gebieten Ost-Beirut, Metn und Kesrouan den zweiten Winter. Sie verweigern die Rückkehr, solange die Armee sie nicht vor den Drusen schützt.

Für die Massaker in den Bergen und die Eroberung des gesamten Schuf haben sich die Drusen eine billige Rechtfertigung zurechtgelegt: die „Lebanese Forces“ hätten während der israelischen Besetzung orthodoxe Kommandos in die christlichen Dörfer entsandt, die zusammen mit der Armee den Schuf erobern sollten. Tatsächlich waren diese Kommandos viel zu klein und schwach, wie sich im „Bergkrieg“ herausstellte, und bestanden im übrigen aus Männern, die auch im Schuf wohnten.

Die Wahrheit ist: die Dschumblatt und seine Partei ergreifen bewußt die historische Chance, den gesamten Schuf für die Drusen zu erobern und mit syrischer Hilfe eine starke Gegenposition zum Regime Gemayel in Beirut zu errichten. Mit dem Schuf gewinnen sie tatsächlich ein Fundament, einen eigenen Kanton, den sie nur gegen höchste politische Zugeständnisse der schwachen Zentralmacht teilweise heranzurücken gedanken. Der drusische „Staat“ in Libanon gewinnt Konturen. (SAD)

Suharto verordnet jedem Bürger einen Kurs in Panca Sila

Die Staatsphilosophie soll verinnerlicht werden / Abwehr gegen den radikalen Islam

dpa, Jakarta

Als Malaysia die New Yorker Philharmoniker wieder auslud, weil es die Orchesterleitung gewagt hatte, ein Werk des Schweizer Komponisten Ernst Bloch als „hebräische Rhapsodie“ anzukündigen, hieß es prompt in der indonesischen Hauptstadt Jakarta: „Wir freuen uns auf eine Gastspielreise der New Yorker.“ Indonesien und Malaysia seien nicht miteinander zu vergleichen.

Und nicht gerade schmeichelhaft für das jetzt von US-Politikern des Antisemitismus und des Rassismus beschuldigte Malaysia fügte ein Sprecher hinzu, Indonesien befolge eine maßvolle Politik und sei stolz darauf, der fanatische Islam hat in dem größten islamischen Land keine Chance. Dies manifestiert sich auch im Gegensatz zum Nachbarland Malaysia in einer gemäßigten Nahostpolitik Suhartos. Der Bitte der PLO, durch die Eröffnung einer PLO-Repräsentanz in Jakarta endlich die diplomatische Anerkennung Indonesiens zu finden, wurde bisher nicht entsprochen.

Die Suharto-Regierung, die in den zum „Hellebringer“ Khomenei in Teheran schauenden Fundamentalisten heute eine größere Gefahr für die innere Sicherheit sieht als in den klimatischen Besten der nach dem Sturz Sukarnos vor 20 Jahren rücksichtslos liquidierten kommunistischen Massenbewegung, hatte zuletzt 1982 auf Sumatra und Java Untergrundzellen fanatischer Moslems zerschlagen, die von einem „Islamischen Staat“ Indonesien träumten.

*

CHRISTEL PILZ, Jakarta

Achtzehn Jahre nach seiner Machtübernahme ist Präsident Suharto stärker als je zuvor. Niemand spekuliert mehr über rivalisierende Gruppen innerhalb der Streitkräfte, über die Frage, wie lange Suharto noch im Amt sein soll und wer sein Nachfolger sein könnte. Suharto, 63 Jahre alt, herrscht als javanischer Regent, der danach strebt, eine alte Wahrsagung zu erfüllen, als „Ratu Adil“, als „Prinz der Gerechtigkeit“, seinem Volk Glück und Frieden zu bringen.

Erst 1983 ließ sich Suharto auf weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Er

will nicht eher in den Ruhestand treten, bis er sein Ziel erreicht weiß: Indonesien als Panca-Sila-Staat verankert zu haben.

Panca Sila ist die Staatsphilosophie, die die Väter der Unabhängigkeit (von Holland) in die Präambel der Verfassung schrieben. Ursprünglich wollten sie den Islam zur Staatsreligion erheben. Doch was wäre dann aus der hart erkämpften Einheit ihrer Nation geworden, die aus unzähligen ethnisch verschiedenen Volksgruppen besteht, die ihre eigenen Kulturen und Religionen haben?

Panca Sila, was wörtlich „fünf Prinzipien“ heißt, schien eine ideale Formel zur Garantie der Einheit und der Freiheit zu sein. Jeder Bürger, gleich welcher Religion er angehört, kann ja sagen zu dem ersten Prinzip, das „Glaube an Gott“ als nationales Gebot postuliert. Dies trifft auch bei

INDONESIEN

den vier anderen Prinzipien zu, die Staat wie Bürger gleichermaßen zur nationalen Einheit, zur Humanität, zur Demokratie und zur sozialen Gerechtigkeit verpflichten.

Worte, die unter Präsident Sukarno, Suhartos Vorgänger, keine praktische Bedeutung hatten. Die Folge war ein ideologisch-religiöser Bruderkampf, der die Nation zerfiel, in politisches Chaos und um ein Haar in die Arme der Kommunisten trieb. Nie wieder, hat Suharto sich geschworen, sollen radikale Gruppen politisch aktiv werden. Noch aber ist diese Gefahr nicht gebannt.

Noch immer gibt es radikale Moslem-Gruppen, die sich seit 1945 betrogen fühlen und teils heimlich, teils offen für einen islamischen Staat agieren. Zur Zeit stehen auf der Insel Sulawesi zwei Moslems vor Gericht, die in ihren Kreisen die „Islamische Republik von Sulawesi“ proklamieren.

Während des Wahlkampfes im Jahre 1978 tauchten auf mehreren Inseln wieder „Kommandos des Heiligen Krieges“ auf, und die islamische Entwicklungspartei (PPP) drohte der Regierungspartei „Golkar“ die Mehrheit zu nehmen.

Suharto und seine Strategen griffen zur Abwehr auf Panca Sila zurück. Sie initiierten eine landesweite Kampagne zur Abhaltung von Panca-Sila-Kursen. Von Minister und General bis zum Straßenfeger und Gefreiten mußte seitdem jeder Staatsbedienstete an der Panca-Sila-Aufklärung teilnehmen. Bisher, so sagte der für Panca-Sila-Erziehung zuständige Ex-General Sarwo Edhi, haben sechs Millionen Indonesier einen solchen Kurs absolviert. Die Kurse gehen weiter für alle Gruppen der Gesellschaft, wie für Hausfrauen, Lehrer, Kirchenführer, Unternehmer, Arbeiter, Bauern oder Fischer.

Gegenwärtig sind die Studenten an den staatlichen Universitäten an der Reihe. Vor Studienbeginn steht ein hundertstündiger Panca-Sila-Kurs. Nicht als Indoktrinierung, sagt Sarwo Edhi, sondern als Aufklärung, als Plattform zur Diskussion über die Belange der Nation. Die Kurse sollen die „fünf Prinzipien“ in das Bewußtsein eines jeden Bürgers rücken. Wer gegen Panca Sila ist, so die Kunde, gilt als Feind der staatlichen Ordnung, deren oberste Wächter die Streitkräfte sind. Jeder Soldat muß seinen Eid auf Panca Sila leisten.

Wie aber kann Panca Sila mehr werden als nur ein Kodex für politische Moral? 1978 hat Suharto auch ein Institut eingerichtet, in dem Männer der Generation der Freiheitskämpfer die Staatsphilosophie konkretisieren und eine Rahmenordnung für Staat und Wirtschaft konzipieren. In seiner Rede zum 39. Unabhängigkeitstag am 17. August nannte Suharto die nationale Entwicklungsstrategie erstmals die „Anwendung der Panca Sila“ auf dem Weg zum Panca-Sila-Staat. Demnächst wird das Parlament über ein Gesetz entscheiden, das Panca Sila zum alleinigen Prinzip für alle Parteien und Massenorganisationen erklärt.

Damit kann die Entwicklungspartei (PPP) sich nicht länger eine Partei des Islam nennen, die Demokratische Partei (PDI) nicht länger eine Partei der Christen. Die Parteiführer haben diesem Gesetz zugestimmt, ihre Opposition würde nichts nützen, da die Regierungspartei Golkar die Mehrheit hat.

Paris: Qualität der Schulen hat jetzt Vorrang

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs neuer Erziehungsminister Jean-Pierre Chevènement will den Schulunterricht „modernisieren“. Sein Ziel sei es, erklärte er auf seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Amtsübernahme im Juli und zwei Tage vor der Wiedereröffnung der Schulen nach der Sommerpause, dem Bemühen des Premierministers Fabius um eine Modernisierung des Produktionsapparates „den nötigen Unterbau in der Schule“ zu geben. „Im Zentrum des internationalen Konkurrenzkampfes steht der Kampf, den jede Nation um die Bewältigung der technologischen Revolution führt“, sagte der ehemalige Industrieminister. „Wer hier versagt, geht als Volk unter. Die Erziehung unserer Jugend muß daher die Speerspitze im Kampf um die Modernisierung unserer Industrie sein.“ Chevènement nannte zum Vergleich eine Zahl: In den USA haben 77 Prozent der Industriearbeiter das Bildungsniveau Abitur, in Frankreich sind es nur 21 Prozent.

Die „Qualität“ des Unterrichtes soll Vorrang vor allen pädagogischen Experimenten haben, betonte Chevènement. Es gehe darum, wieder das Elitewußtsein zu fördern und „republikanische Spitzenleistungen“ zu erzielen. Die Schüler müßten wieder lesen und schreiben lernen, einfache Rechnungen durchführen können und sich der wichtigsten Geschichtsdaten erinnern. Hierzu seien vier Dinge erforderlich: Eine bessere Ausbildung der Lehrer, Rückkehr zur guten alten Volksschule, verstärkter technischer Unterricht und die „permanente Fortbildung“ der Schulabgänger. Der gut geschulte Lehrer müsse Vorrang haben vor dem „Sozialassistenten“, der bisher in den Klassenräumen allzu sehr das Zepter geschwungen habe.

Chevènement hat für seine erste Vorstellung in der Öffentlichkeit einhellig Lob aus allen Lagern, vor allem von Seiten der Lehrer und der katholischen Elternschaft bekommen. Letztere hofft nur, daß es nicht bei heilsvollen Absichtserklärungen bleibt und die Anhänger der Laienschulen nicht doch wieder die Oberhand gewinnen. Das heißumstrittene Reformgesetz seines Vorgängers Savary ist zurückgezogen worden, ein neues ist vorerst nicht in Sicht.

Atelier 50 km von Mailand entfernt

Verschiedene Montagearbeiten sowie ggf. Depot oder andere Formen der Mitarbeit.

Zuschriften erbitten an:
Casella Pubbliche N.751
24 100 Bergamo (Italien)

oder telefonieren
Italien 0 35 / 72 02 94

Billig-Flüge

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

Werkstoffprüfung – Ihre Chance?

Industrie-Röntgen erobert sich immer größere Einsatzbereiche. Als Verkaufsingenieur stehen Sie vor vielfältigen und interessanten Beratungsaufgaben. Gut für Sie, wenn Physik und Elektrotechnik Ihre Stärken sind. Wenn Sie außerdem Berufserfahrung in der zerstörungsfreien Werkstoffprüfung mitbringen, erwarten Sie die attraktiven Konditionen eines internationalen Unternehmens. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 8. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Sie wollen etwas Besonderes verschenken? Verschenken Sie aktuelles Weltgeschehen!

Mit den dazugehörigen Kommentaren, Hintergrundberichten und Analysen. Mit anregenden Diskussionsbeiträgen und vielfältigem Wissen. Verschenken Sie die WELT. Und Sie sagen dem Beschenkten jeden Tag wieder neu, daß Sie ihn als einen weltoffenen, vielseitig interessierten Menschen schätzen.



Das kostet ein Geschenk-Abonnement der WELT:

Bezugspreis	Inland (frei Haus durch Träger oder Post)	Ausland (normaler Postversand)	Ausland (Luftpost-Versand)
12 Monate	307,20	420,-	auf Anfrage
6 Monate	153,60	210,-	
1 Monat	25,60	35,-	

Hinweis: Sie haben das Recht, die Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein für ein WELT-Geschenk-Abonnement

Lieferung: Bitte liefern Sie die WELT ab 1. _____ 19 ____

☐ bis auf weiteres.

☐ für die Dauer von _____ Monaten

als Geschenk an:

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Der Abonnements-Preis beträgt monatlich DM 25,60 (Ausland DM 35,-, Luftpostversand auf Anfrage), entgeltliche Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Geschenkgutschein: Den Geschenkgutschein schicken Sie bitte

☐ direkt an die Anschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers

☐ an meine untenstehende Anschrift, damit ich ihn dem Beschenkten selbst übermitteln kann.

Bezahlung: Ich bezahle das obenstehend bestellte Geschenk-Abonnement im voraus

☐ monatlich ☐ für die gesamte Lieferzeit in einem Betrag

☐ vierteljährlich

☐ Ich ermächtige Sie, den Betrag abzubuchen von meinem Konto Nr. _____ bei (Geldinstitut) _____ Bankleitzahl _____

☐ Ich bitte um Rechnungstellung

Mein Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern

VOLKSBUO DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2
3500 KASSEL
POSTSHECKKONTO
FRANKFURT/M 4300-60
BLZ 500 100 60

100,00 150,00

Probezeit 14 Tage.



Probieren Sie es mal. Genau. Das Bett ist ja das wichtigste Möbel Ihrer Wohnung. Es muß schon einiges aushalten. Von tobenden Kindern bis zu wer-weiß-was.

Aber nicht nur Brautleute bekommen bei uns 14 Tage Probezeit. Das gilt natürlich für alle unsere Kunden.

Wir finden es wichtig, daß Sie erst einmal

sehen, wie die Möbel in Ihre Wohnung passen. Meistens paßt es ja, aber manchmal auch nicht.

Dann soll man selbstverständlich umtauschen können. Oder einfach das Geld zurückbekommen.

Erst wenn Sie zufrieden sind, sind wir es auch.

Herzlich willkommen bei IKEA. Hier kosten guter Geschmack und gute Qualität ein bißchen weniger.



Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhl b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Löhne-Gohfeld, Kassel-Niederrhoden, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Holheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Walldorf b. Heidelberg, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/8980.

Ein Vorbild ist der Marxismus

Genesis und Stand der Befreiungstheologie in Mittel- und Südamerika

WERNER THOMAS, Miami

Wenn der brasilianische Priester Leonardo Boff morgen dem deutschen Kardinal Joseph Ratzinger seine kontroversen Thesen erläutern muß, begegnen sich alte Bekannte. Boff vollendete vor 14 Jahren seine Doktorarbeit in München. Ratzinger, damals noch nicht Präfekt der päpstlichen Glaubenskongregation, stand ihm hilfreich zur Seite. Boff, der Deutsch mit bayerischem Akzent spricht, erwartet eine Einvernahme „in brüderlichem Geiste“.

Mag sein, daß sich die beiden Männer menschlich gut verstehen, theologisch sind sie heute Welten voneinander entfernt. Ratzinger vertritt die römisch-katholische Kirche gegen die Herausforderung der „Theologie der Befreiung“, zu deren führenden Theoretikern Leonardo Boff zählt. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962) und die lateinamerikanische Bischofskonferenz im kolumbianischen Medellín (1968) gaben die entscheidenden Impulse. Die blutigen politischen Konflikte der letzten zehn Jahre, vor allem in Mittelamerika, hatten einen raschen Radikalisierungseffekt. Viele Priester solidarisierten sich mit marxistischen Revolutionären. Der Marxismus wurde zu einem Vorbild.

Die Medellín-Konferenz war ein revolutionäres Ereignis. Es veränderte den bisherigen Stand der katholischen Klerus als Staatstraditioneller Strukturen. Der Staat und die Kirche marschierten nicht mehr im Gleichschritt. Die Kirche sollte fortan eine „Mission der Gerechtigkeit“ übernehmen, wie Evaristo Arns formuliert, der Kardinal von São Paulo, der wohl einflussreichste Vertreter der lateinamerikanischen Hierarchie.

Marcus Macgrath, der Erzbischof von Panama, erläuterte die Kurskorrektur mit einem Schuldkomplex: „Die Kluft zwischen Armen und Reichen ist so tief wie während der Kolonialzeit“ und das auf einem katholischen Kontinent. In Lateinamerika leben heute 40 Prozent der 784 Millionen Katholiken der Welt, um die Jahrhundertwende werden es 50 Prozent sein.

Als sich die Bischöfe der Region 1979 wieder im mexikanischen Puebla trafen, wollte Papst Paul Johannes II. die Schleusen des revolutionären Elans etwas schließen. „Die Kirche hat eine religiöse und keine sozialpolitische Aufgabe“, betonte er. Er kritisierte die klassenkämpferischen Elemente der Befreiungstheologie: „Die Vorstellung von Christus als einer politischen Figur, als eines Revolutionärs, als der subversive Mann aus Nazareth entspricht nicht der Glaubenslehre.“ Er setzte sich aber auch für Strukturreformen ein: „Systeme, die eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen oder den Staat erlauben, dürfen nicht geduldet werden.“

Viele Teilnehmer der Puebla-Tagung vermittelten klarere Direktiven. Oscar Arnulfo Romero, der Erzbischof von San Salvador, wertete jedoch den konzilierten Spielraum als positives Zeichen. „Man hat uns nicht gehorcht“, kommentierte er. Der Erzbischof wachte in den Monaten nach Puebla sogar die offene Konfrontation mit der Regierung seines Landes. Anfang März 1980 rief er die Soldaten zur Befehlsverweigerung auf. Wenige Tage später wurde er bei einer Seelenmesse von einem bisher nicht gefaßten Attentäter ermordet.

Da die Befreiungstheologie soziale Umwälzungen fordert, bildete sich eine Interessengemeinschaft zwischen Theologen und Marxisten. Nicaragua Kulturstern Ernesto Cardenal, einer von vier Priestern in hohen Regierungsämtern, bekennt sich offen zum Marxismus. Sergio Mendez Arceo, der frühere Erzbischof von Cuernavaca (Mexiko), glaubt wie Cardenal: „Der Marxismus ist die einzige Lösung für Lateinamerika.“ Die 70 000 Basisgemeinden Brasiliens, der vier Millionen Menschen angehören, verteilen Handbücher, die lehren: „Kommunismus bedeutet teilen. In gewisser Weise können wir sagen, daß die Kommunisten die ersten Christen waren.“ Der Peruaner Gustavo Gutiérrez, der prominenteste Rebellenpriester, der 1971 die Grundsatzfibel „Die Theologie der Befreiung“ schrieb, lehnt selbst „reformistische“ Schritte zur Veränderung der sozialen Situation ab.

Leonardo Boff, der am Franziskaner-Seminar in Petropolis bei Rio de Janeiro Theologie unterrichtet, übt in seinem letzten Buch („Kirche: Charisma und Macht“, 1981) auch Kritik an der Struktur der Kirche, die er für „autoritär und kapitalistisch“ hält. Der Priester: „Der Vatikan möchte die Kirche um den Papst und Rom zentralisieren, die Befreiungstheologie wünscht dagegen eine dezentralisierte Kirche.“

Ohgleich Boff und Gutiérrez viel Aufsehen erregten, blieb der Einfluß der radikal interpretierten Befreiungstheologie eher bescheiden. Die Männer in den meisten Schlüsselstellungen sind progressive Prälaten, die politisch vorsichtig taktieren, sich jedoch energisch für die sozialen Probleme und die Menschenrechte einsetzen. São Paulo Kardinal Arns gehört zu ihnen, auch Arturo Rivera y Damas, der neue Erzbischof von San Salvador. Rivera y Damas: „Christentum und Marxismus lassen sich nicht miteinander vereinbaren.“

Ironischerweise konnte die Amtskirche gerade in jenem Land ihre Stärke beweisen, in dem sie besonders bedroht wird: Nicaragua. Die linke „Iglesia Popular“ (Volkskirche) kam trotz der massiven Unterstützung der sandinistischen Regierung und ausländischer Sympathisanten nie über ein Peripherie-Dasein hinaus. Miguel Obando y Bravo, der charismatische Erzbischof, den der Papst nun zum Kardinal künden möchte, ist heute populärer denn je.

Die Ereignisse bei dem Besuch des Papstes Anfang März vergangenen Jahres in Managua, dem Gegen-Rom der lateinamerikanischen Linkskatholiken, haben die Offensive gegen die Befreiungstheologie ausgelöst. Der Gast war damals von sandinistischen Aktivisten mit geballten Fäusten und rhythmischen Slogans („Alte Macht dem Volk“) niedergeschrien worden. Nach dieser Reise trat Kardinal Ratzinger in Aktion.

Brasilien für tausende Grund zum bleiben.“

Uneingeschränkt begrüßt wurde das vatikanische Dokument von Jesuitengeneral Kolvenbach. Er schrieb: „Alle, die ihre ganze Kraft den Armen widmen und in letzter Zeit unter Lehrverirrungen und ideologischen Abweichungen beim christlichen Kampf für Gerechtigkeit litten, werden dieses Dokument aufheben.“ Kolvenbach hatte 1983 Pedro Arrupe abgelöst, unter dessen Ordensleitung viele Jesuiten in Lateinamerika Aktionsformen gegen Unterdrückung und Elend wählten, die nicht immer von den Bischöfen der Region und dem Vatikan gutgeheißen wurden.

In einem ZDF-Interview hatte der Erzbischof von São Paulo, Evaristo Arns, erklärt, die Theologie der Befreiung baue auf der konkreten Situation in Lateinamerika auf und werde von Europäern nur schwer verstanden. Auch Arns wandte sich gegen den Vorwurf einer marxistischen Umdeutung der christlichen Lehre.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rat zur Selbstaufgabe

Integration ist wichtiger Weg für Polen-Deutsche: WELT vom 22. August

Wenn man im Interview des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Helmut Hild liest, daß man „heute eigentlich nicht davon reden kann, daß eine Zwangspolonisierung stattfindet“, und dann noch hinzugefügt wird, daß sich die polnischen Dienststellen an die Verabredungen über die Ausreise der Deutschen halten, ist zu fragen, mit wem Kirchenpräsident Hild seine Kontakte pflegt und woher er seine „Weisheit“ bezieht. Es scheint fast so, daß er häufiger mit polnischen Offiziellen als mit den betroffenen Deutschen in Oberschlesien oder Ostpreußen zusammen-trifft.

Es hat sich nichts an der Zwangspolonisierung der Deutschen verändert: Die deutsche Sprache ist immer noch vom Gebrauch in der Öffentlichkeit ausgeschlossen; deutsche Vornamen sind nicht zugelassen; deutsch klingende Zunamen müssen polonisiert werden, deutschen Gottesdienst gibt es nicht; die Existenz von einer Million Deutschen wird geleugnet. Daß die jungen Menschen bis zum mittleren Alter von 45 Jahren kaum noch Deutsch sprechen können, nachdem sie zu uns gekommen sind, muß doch wohl einen Grund haben. Nach Kirchenpräsident Hild bestimmt nicht in der Zwangspolonisierung, dann offenbar in der Dummheit der Deutschen, wenn man dem Kirchenpräsidenten folgt.

Daß zur Zeit kaum noch Ausreisegenehmigungen für Deutsche genehmigt werden, sondern mehr und mehr Deutsche – bis zu 85 Prozent – als Besucher in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und hier bleiben, spricht nicht dafür, daß sich Polen „auch weiter an dem Geist der Verträge“ hält.

Es wäre doch anzunehmen gewesen, daß ein deutscher Kirchenmann Anwalt der Deutschen ist und nicht Anwalt der offiziellen polnischen, und das heißt nationalistischen und kommunistischen Haltung, die wir ohnehin aus vielfacher Leiderfahrung zur Genüge kennen.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU

Soll vielleicht wieder einmal die „Kammer für öffentliche Verantwortung“, die man besser „Kammer für öffentliche Besserwisserie“ benennen sollte, bemüht werden? Die ungeliebte Ostdeutsche, ein Elabrat dieser Kammer, hat die so schlecht vorbereiteten Ostverträge in Gang gebracht. Soll hier wieder eine Stellungnahme dieser Kammer in Gang gebracht werden?

Auf alle Fälle setzt sich die EKD mit diesen Auslassungen des 2. Vorsitzenden des Rates der EKD wieder einmal zwischen alle Stühle und tritt in jedes Fettnäpfchen! Die Folge dieser so einseitigen Äußerung wird eine weitere Zahl von Kirchenaustritten sein, und zwar von Gemeindegliedern, denen etwas an ihrer Kirche liegt und die sich dann nach einer anderen geistlichen Heimat umsehen müssen. Will die EKD bis zur endgültigen Auskehrung so weitermachen? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, daß die Gemeindeglieder von ihrer Kirche die reine Verkündigung des Evangeliums, die rechte Verwaltung der Sakramente und eine nachgehende Seelsorge erwarten, aber keine Politisierung aller kirchlichen Lebensäußerungen.

Konrad Feige,
Pastor i. R.
Ammerbek

Hiermit beenden wir die Diskussion

Drei Staaten

Sehr geehrte Damen und Herren, der Umfang der „deutschen Frage“ wird heute auch von Unionspolitikern nicht voll erfaßt. Wenn von freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes die Rede ist, kann das Thema Österreich nicht unerwähnt bleiben. Noch im Deutschen Bund bis 1866 war es selbstverständlicher Teil Deutschlands. Im 20. Jahrhundert hat Österreich sich zweimal für Deutschland entschieden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der gewünschte Anschluß von den Siegern verboten. Wegen der unglücklichen Folgen des dann erfolgten Anschlusses an das „Dritte Reich“ wird heute gern vergessen, daß bei der Volksbefragung in Österreich, nach dem Einmarsch deutscher Truppen, eine große Mehrheit für die Vereinigung mit Deutschland gestimmt hat. Wer sich ernsthaft mit der „deutschen Frage“ befaßt, wird erkennen müssen, daß aus dem „Dritten Reich“ faktisch drei deutsche Staaten hervorgegangen sind. Bruno Kreisky hat das schon vor Jahren formuliert.

Hochschichtsvoll
V. Kohn,
Düsseldorf

Wort des Tages

„Es ist im ganzen nicht zu glauben, wie schlaue und erfinderische Menschen sind, um Entscheidungen aus dem Weg zu gehen.“

Sören Kierkegaard, dän. Theologe und Philosoph (1813-1855)

Arbeitsteilung

Siebt zwischen BGS und Zoll um den Grenzschutz: WELT vom 16. August

Die Äußerungen des Vorsitzenden des BGS-Verbandes Pfeffer, man könne unter Abzug des Zolls von der innerdeutschen Grenze die Grenzsicherungs- und Überwachungsaufgaben allein durch den BGS ohne Personalvermehrung wahrnehmen, zeugen von einer erstaunlichen Unkenntnis hinsichtlich des Standpunktes, den sein eigenes Ministerium zu dem Nebeneinander von BGS und Zoll an der innerdeutschen Grenze einnimmt. Das Bundesinnenministerium hat erst vor kurzem gegenüber dem Bundesrechnungshof dargelegt, daß jede der beteiligten Behörden – BGS und Grenzaufsichtsdienst des Zolls – sinnvoll in ein arbeitsteiliges System aufgeteilt sind. Dieses arbeitsteilige System habe sich in der Zusammenarbeit mit dem Zoll sowohl im Bereich des Grenzschutzes als auch im Bereich des Grenzschutzes bewährt.

Im Falle des Abzugs der Beamten des Grenzaufsichtsdienstes des Zolls müsse dem BGS für die Aufgaben, die z. Zt. der Zoll wahrnimmt, Personal zugeführt werden. Abgesehen von den Auswirkungen auf das sensible deutsch-deutsche Verhältnis würde die Herauslösung des Zolls aus der Wahrnehmung seiner Aufgaben an der innerdeutschen Grenze die vielfach auch von Politikern geforderte Intensivierung der Grenzsicherungsaufgaben in diesem Bereich gänzlich unmöglich machen.

Was will also Herr Pfeffer, wenn er die alleinige Aufgabenwahrnehmung an der innerdeutschen Grenze durch den BGS unter Abzug der dort dienstverrichtenden Zollbeamten des Aufsichtsdienstes fordert? Wahrscheinlich sich bei den BGS-Kommandeuren beliebt machen. Seine Mitglieder arbeiten bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben mit dem Zollbeamten vertrauensvoll zusammen. Dabei sollte es bleiben.

R. Müller,
Bundesvorsitzender des Bundes
der Deutschen Zollbeamten
- Gewerkschaft Zoll und Finanzen -

Schutzwesten

Die Bundeswehr soll laut Heeresinspekteur General Glanz neue Tarnuniformen bekommen.

Dazu ist zu sagen: Meinem Sohn sind im „Léo“ im Winter fast die Füße erfroren, weil die Panzersoldaten kein richtiges Schuhwerk haben. Und wo bleiben endlich die Schutzwesten? Wir liefern 30 000 an Syrien, aber die Bundeswehr hat noch immer nicht die oft lebensrettenden Schutzwesten, wie sie Israelis, Amerikaner und Franzosen in Beirut tragen.

General Glanz sollte sich einmal in Tel Aviv erkundigen, wie man Soldaten durch diese Schutzwesten gegen Splitter und Geschosse schützt. Unsere Panzerkommandanten haben auch keine geeigneten Stahlhelme. Sie fahren im Barett durch die Gegend, ein Wahnsinn, wenn man an die Erfahrungen im Libanon-Krieg und anderen Nahost-Kriegen denkt. Bloß General Glanz müßte sich darum kümmern.

Stefan Kühne,
Athen

Personalien

ABSCHIED

„Der Heilige Vater hatte eine glückliche Hand, als er Sie mit der Leitung einer der bedeutendsten Nuntiatoren betraute“. Mit diesen Worten würdigte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Hilmar, den scheidenden Apostolischen Nuntius, Erzbischof Guido Del Mestri. Als „Verbindungsoffizier des Papstes“ habe der 76jährige in seiner 10jährigen Tätigkeit in Bonn die Interessen des Heiligen Vaters „überzeugend vertreten“, erklärte Hilmar bei der Verabschiedung Del Mestris in der Nuntiat in Bonn.

Zuvor hatte der Nuntius Abschiedsbesuche bei Bundeskanzler Helmut Kohl und bei Außenminister Hans-Dietrich Genscher gemacht. Mitternachts hatte ihn Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Kreis von Politikern und den Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinz-Georg Böhmer, zum Essen empfangen. Anschließend verlieh er Del Mestri das Großkreuz des Verdienstordens, die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland.

Am abendlichen Empfang nahmen Vertreter fast aller ausländischen Botschaften, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der frühere Bundespräsident Karl Carstens, die Minister für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, der Minister für Bauwesen und Städtebau, Oscar Schneider, sowie der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, und der bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Hans Maier, teil. Die Deutsche Bischofskonferenz war durch mehr als 20 Bischöfe und Weihbischöfe vertreten.

BERUFUNGEN

Der deutsche Völkerrechtler Karl-Heinz Böckstiegel ist an das Internationale Gericht berufen worden, vor dem die Vereinigten Staaten und Iran ihre im Gefolge der Geiselkrise entstandenen Streitigkeiten lösen wollen. Der 48jährige Direktor des Instituts für Luft- und Weltraumrecht an der Universität Köln löst den Schweden Gunnar Lagergren ab, der zum 1. Oktober ausscheidet. Der Gerichtshof geht auf das zur Beendigung der Geiselaffäre 1981 zwischen den Vereinigten Staaten und Iran ausgehandelte Abkommen von Algier zurück. Dem Gremium gehören drei amerikanische, drei iranische und drei neutrale Richter an.

Der neue Generalsekretär der Deutschen Seemannsmission, Pastor Ulrich Wahl, wird am heutigen Donnerstag um 17.00 Uhr in der Bremer Sankt-Stephani-Kirche in seinem Amt eingeführt. Die Zeremonie nimmt Bischof Dr. Hans-Joachim Harnack aus Oldenburg vor. Ein Empfang im Bremer Seemannsheim schließt sich an. Die Deutsche Seemannsmission hat ihren Sitz in der Hansestadt. Sie betreut von hier aus Seeleute in aller Welt.

**Wer bietet
anspruchs-
vollen
Zeitungslesern
rosarote
Extra-Seiten?**



Gratis-Leseprobe: Postfach 24 72 · 54 Koblenz 1

NACHRICHTEN

Heimliche Hochzeit

München (dpa) - Die beiden deutschen Slalom-Spezialisten Maria Eppler (25) und Florian Beck (26) haben vor einer Woche in aller Stille geheiratet. Ex-Weltmeisterin Maria Eppler: Wir wollten vor der Saison keinen Rummel.

Eine Million für Lemond

Paris (UPI) - Der amerikanische Ex-Weltmeister der Radprofis, Greg Lemond, hat einen Vertrag bei einem französischen Lebensmittelhersteller unterschrieben. Der Kontrakt bringt Lemond innerhalb eines Jahres eine Gage von einer Million Mark ein.

Wiederholungsspiele

Hannover (dpa) - Die Termine für die Pokal-Wiederholungsspiele der ersten Hauptrunde wurden vom DFB so festgelegt: VfL Bochum - TSV Havelse (25. September) und MSV Duisburg - Fortuna Köln (2. Oktober). Die Begegnungen zuvor waren nach Verlängerung jeweils unentschieden ausgegangen.

Hrubesch operiert

Lüttich (sid) - Der frühere deutsche Fußball-Nationalist Horst Hrubesch (Standard Lüttich) wurde in Henstedt-Ulzburg am linken Knie operiert. Hrubesch hatte sich beim Spiel gegen Anderlecht einen Bandenriss zugezogen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal London - Newcastle 2:0, Everton - Ipswich 1:1, Luton - Liverpool 1:2, Sheffield Wednesday - Southampton 2:1, Sunderland - Tottenham 1:0, West Ham - Coventry 3:1.

EISHOCKEY

Canada-Cup, 2. Spieltag: Deutschland - CSSR 4:4 (3:0, 1:3, 0:1), UdSSR - Schweden 3:2 (1:0, 1:1, 1:1). Tabelle: 1. UdSSR 6:2 Tore/4:0 Punkte, 2. USA 11:5/3:1, 3. Kanada 11:8/3:1, 4. CSSR 4:7/1:3, 5. Deutschland 6:11/1:3, 6. Schweden 3:10/0:4.

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren, vierte Runde: McEnroe - Green (beide USA) 6:3, 6:2, 6:2, Lloyd (England) - Sundström (Schweden) 6:6, 6:4, 6:2, Wilander (Schweden) - Mayotte (USA) 6:4, 6:4, 7:5, 6:3, Connors (USA) - Nyström (Schweden) 7:5, 6:3, 6:3 - Damen, vierte Runde: Hanika (Deutschland) - Huber (Österreich) 6:4, 7:5, Hanika trifft im Viertelfinale auf Chris Evert-Lloyd (USA).

FUSSBALL / 22 000 Zuschauer kamen zum Abschiedsspiel von Rainer Bonhof auf den Bökelberg

Nach der Aussprache sagte Schumacher brav: „Franz, mit mir kriegst du keine Probleme mehr“

BERND WEBER, Köln

„Den Toni Schumacher“, schrieb Paul Breitner gestern in einer Kolumne für die Kölner Boulevardzeitung „Express“, „halte ich für den besten Torwart der Welt.“ Gleichwohl gab Breitner dem Schlussmann eine ernste Warnung mit auf den Weg: Der müsse einsehen, daß er nicht ständig durch provokierende öffentliche Äußerungen seine eigene Personalpolitik betreiben könne. Andernfalls würde Schumacher beim neuen Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer sehr schnell ins Abseits geraten.

Was den ersten Teil der Ausführungen des Ex-Weltmeisters betrifft, da gibt es wohl wirklich keine Zweifel: Schumacher ist die absolute Ausnahmeerscheinung zwischen den Pfosten. Am Dienstagabend beim Kölner Nachholspiel gegen Arminia Bielefeld hatte er es wieder einmal eindrucksvoll bewiesen. Hinter einer zum Teil erheblich desolaten FC-Abrwehr verbrachte der Fußballer des Jahres wahre Wunderdinge. Vereitelt vier Bielefelder Chancen und sorgte somit dafür, daß die Gastgeber wenigstens nur mit einem blauen Auge, nämlich mit einem enttäuschenden 1:1, davorkamen.

Daß ausgerechnet Breitner dem

Torhüter vorhielt, er würde seine eigene Personalpolitik betreiben, mag manchen hingegen eher als echter Treppwitz vorkommen - nichts anderes hatte Breitner während seiner gesamten Karriere betrieben. Immerhin kann man Breitner natürlich zugute halten, daß er deshalb wusste, wovon er sprach. Und tatsächlich hat Schumacher ja auch Franz Beckenbauer durch einige Sprüche („Ich sag nun einmal, was ich denke“, „Daß Felix Magath in die Nationalmannschaft zurückkehrt, beweist, daß weiter gewürstelt wird“) sehr verärgert. Das Thema kann jedoch als abgehackt gelten. Nach dem Spiel in Köln brauste Schumacher nach Mönchengladbach, um an der Feier des Rainer-Bonhof-Abschiedsspiels (eine international verstärkte Borussia schlug die WM-Mannschaft von 1974 vor 22 000 begeisterten Zuschauern mit 8:3) teilzunehmen.

Zu weit vorgerückter Stunde kam es zu einer Aussprache zwischen Beckenbauer und Schumacher. Mit dem Ergebnis, daß der Teamchef und der Torhüter übereinstimmend erklärten, alle Verständigungsschwierigkeiten seien aus dem Weg geräumt. Beckenbauer zur WELT: „Ich habe dem Toni klargemacht, daß ich

ihm in keiner Weise einen Maulkorb umhängen will. Er soll seine Meinung so offen sagen wie bisher, er soll es aber im Nationalmannschafts-Kreis tun und nicht in der Öffentlichkeit.“ Schumacher zur WELT: „Ich habe Vertrauen zum Franz. Er wird keine Schwierigkeiten mehr mit mir bekommen.“

Auch an anderer Front scheinen



Abschied mit Blumen: Rainer Bonhof und Gladbachs Präsident Beyer

sich die Wogen einer zunächst mittel-schweren Erregung zu glätten. Beckenbauer hatte den Kölner Mannschaftskapitän Klaus Allofs, der gegen Bielefeld erneut eine gute Leistung zeigte und ein Supertor schoß, nicht für das Argentinien-Länderspiel am 12. September in Düsseldorf ins Aufgebot geholt. Mit dieser Maßnahme ist der Teamchef weitgehend auf Unverständnis gestoßen, und deshalb hat er seinen Entschluß wohl noch einmal überdacht.

Klaus Allofs bekam eindeutige Signale von Beckenbauer, daß er weiterhin ganz eng mit dem Nationalmannschaftskreis verbunden bleibe. „Wenn sich am Wochenende Spieler aus dem Aufgebot verletzt würden, wäre Allofs der erste, der nachnominiert würde“, meinte Beckenbauer, der inzwischen persönlichen Kontakt zu dem Kölner aufgenommen hat, um ihm zu erläutern, daß er wirklich nicht abgeschrieben sei. Die in Mönchengladbach versammelten Ex-Weltmeister äußerten sich allesamt dahingehend, daß sie ihren alten Kumpel Franz für den richtigen Mann hielten, um die Nationalmannschaftskrise zu beenden. Es spricht eigentlich alles dafür, daß sie keinem Irrtum unterliegen.

STANDPUNKT / Sonderbare Gepflogenheiten bei Auktionen

Auktionen genießen wohl allseits einen etwas merkwürdigen Ruf. Egal, ob es sich um die Versteigerung von hinterlassenen Schirmen in Zügen, hochwertigen Antiquitäten oder um Pferde handelt: Wer auf einer Auktion kaufen will, sollte sich vorher gründlich informieren. Bei der Großen Rennwoche in Iffezheim ist am letzten Samstag ein neuer deutscher Auktionsrekord für ein einjähriges Galopperpferd gefeiert worden: 200 000 Mark soll die Stute Ambiente gebracht haben. Nun stellt sich heraus: Es war kein echter Verkauf.

Verkäufer des Pferdes war der Stall Weissenhof aus Neuss, Käufer zunächst die ebenfalls dort ansässige Internationale Vollblut-Agentur

(IVA). Tatsächlicher Käufer soll aber auch der Stall Weissenhof sein, der die Stute vor der Auktion schon zu einem höheren Preis verkauft hat und sie deshalb von der Agentur zurückbestellen ließ. Es ist grundsätzlich schon anrüchlich, wenn ein Auktionator seine eigenen Pferde verkauft, wie das durch Ferdi Leisten seit Jahren praktiziert wird. Wenn jetzt aber die Pferde schon vor der Auktion verkauft werden, ist der Ruf der deutschen Jahrgangsauktionen ernsthaft in Gefahr. Die Erklärungen der Betroffenen mögen noch so logisch und verständlich klingen - es können nur Ausreden sein.

Es war nicht allein die Stute Ambiente, bei der es Probleme gab. Auch die 90 000 Mark für die Stute

Wien entpuppten sich als nicht echt - angeblich ein Mißverständnis zwischen Jung-Agent Rüdiger Alles von der IVA und seinem Kunden. Das Gestüt Bona hatte sich bereit erklärt, Wien zurückzunehmen. Direktoriums-Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper zu den Ereignissen: „Das geht einfach zu weit. Keiner weiß mehr, wo er dran ist.“

Ein namhafter deutscher Gestütsbesitzer plant, die merkwürdigen Machenschaften durch eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft überprüfen zu lassen. Die Erfahrungen des Galopp-Rennsports mit Kriminalpolizei, Staatsanwälten und Gerichten sind aber negativ, was die Ermittlungsfreudigkeit im Dschungel des Galopper-Urwaldes betrifft. Den Er-

mittlungsbehörden fehlt die subtile Sachkenntnis, die Richter erwiesen sich von wenigen Ausnahmen abgesehen als überfordert.

In den USA ist es üblich, daß nach einem Biets-Duell der Mithbieter nach dem Zuschlag auf Verlangen seine Identität preisgibt. So geschah es kürzlich, daß ein Pferd nur 2,6 Millionen US-Dollar kostete, das zuvor für 4,5 Millionen US-Dollar zugeschlagen worden war. Man hatte Scheich Mohamed aus Dubai mit Scheingeboten hochgetrieben, aber der Dukatenesel erwies sich als störrisch.

Seriös und nicht um jeden Preis sensationell sollten die Herren Auktionsveranstalter und Agenten ihre Auktionen abwickeln.

KLAUS GÖNTZSCHE

EISHOCKEY / Überraschendes 4:4 gegen CSSR

„Deutsches Team hat Weltspitze eingeholt“

dpa/sid, London

„Wir wollten uns gut verlaufen. Diesen Punkt können wir mit gutem Gewissen als Sieg feiern. Das war ein wunderbarer Anblick, wie sich die CSSR-Spieler zwei Minuten vor Schluß über den Ausgleich gegen uns freuten. So weit haben wir es gebracht. Die sind ja Vize-Weltmeister. Und deshalb ist schon mehr erreicht, als wir hoffen konnten.“ Das sagte Bundestrainer Xaver Unsinn nach dem überraschenden 4:4 der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft beim Canada-Cup gegen die CSSR.

In der kanadischen Provinz bestand die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft eine ihrer größten internationalen Feuerproben mit Glanz und Gloria - und wurde mit großen Ovationen gefeiert. Das 4:4 gegen die CSSR dokumentierte bei der erstmaligen Teilnahme am Canada-Cup den unter Trainer Xaver Unsinn erreichten und nun stabilisierten Aufschwung. Kapitän Berndtner, Kießling, Hiemer, Niederberger, Truntschka, Steiger, alle rutschten auf dem Bauch, flogen durch die Luft, riskierten jeden Augenblick Kopf und Kragen. In der Aufregung flogen auch Fäuste und Schläger. Vor Torhüter Friesen purzelten Spielerknäuel über- und durcheinander. Der deutsch-kanadische Baptisten-Prediger köpfte sogar einmal den Puck wie im Fußball aus dem Tor. Im Eishockey ein Witz und doch symbolisch für den außergewöhnlichen Einsatz.

Berndtner hatte folgende Erklärung für das Engagement: „Das ist eine Mannschaft, wie sie im Sport sein soll. Jeder steht hinter dem anderen, jeder lobt den anderen, keiner haut über die Stränge. Wenn sich einmal einer nachts um zwei Uhr mit einer schweren Bürde nach Haus schleicht, trainiert er am anderen Morgen eine Stunde mehr, und keiner spricht mehr darüber.“

So wird denn jetzt in Kanada vom Erfolg der Deutschen und von ihrem kanadischen Stil gesprochen. „Gegen euch sind ja unsere Jungs Engel“, rief ein Kanadier der Mannschaft zu, und er tat es bewundernd. Nach der 3:0-Führung (zweimal Steiger und Truntschka) staunten die kanadischen Zuschauer noch, aber als sie spürten, mit wieviel Mut und Begeisterung die Cup-Neulinge sich auch

durch das 3:3 und brutale Stockfouls nicht von ihrer Linie abbringen ließen, machten sie die dramatische Auseinandersetzung zu einem Heimspiel.

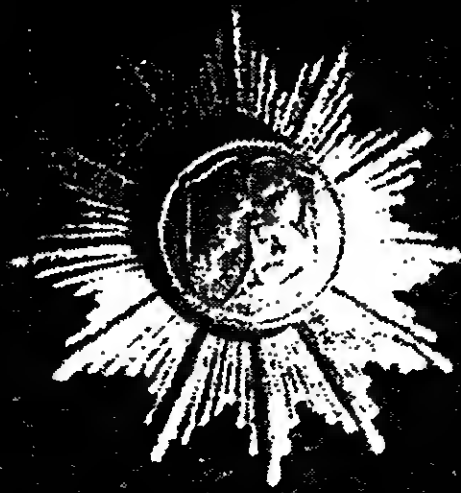
Frech waren die Deutschen auf dem Eis und hinter dem Tor. Der nach einer üblen Prügelei zum Durchschlagen zweifache Torschütze Helmut Steiger setzte sich nach dem 4:3 von Höfner in die Ränge hinter das CSSR-Tor. Sein Wunsch war es, „den eigenen Kameraden beim Tor zum 5:3 in die Augen zu sehen“. So weit kam es nicht. „Nur die Punkte fehlte“, klagte der Mannheimer Peter Obres. Er war wie alle von dem 4:4 knapp zwei Minuten vor Schluß durch Lukac nur kurz enttäuscht. Ernst Höfner: „Wir spielten wie im Rausch.“

Trainer Xaver Unsinn: „Ihr kämpferisches und ihr seelisches Element ist unheimlich stark. Seit meiner neuen Amtszeit vor drei Jahren hat sich die Mannschaft noch nie so eingesetzt wie jetzt. Sie hat auch in den letzten Jahren viel geleistet, 1982 die CSSR in Helsinki 4:2 besiegt, 1983 in München 3:3 gespielt, aber das 4:4 war die Spitze. Die Moral war einmalig, nach der 3:0-Führung den Ausgleich und die Provokationen der Tschechoslowaken zu überwinden. Aber ich fordere von meinen Spielern keine zweite Überraschung. Es soll aber auch keiner glauben, das sei schon alles gewesen.“

Loh für die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft gab es unmittelbar nach dem Spiel aus Prag. Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK: „Die Eishockey-Spieler aus der Bundesrepublik haben bewiesen, daß ihre Teilnahme am Canada-Cup nicht nur symbolisch ist. Sie diktierten das hohe Tempo des Spiels und kontrollierten es. Dies ist schon der dritte Mißerfolg der CSSR gegen die Bundesrepublik. Die Qualität des bundesdeutschen Eishockeys wächst, und die Mannschaft ist auf dem besten Wege, die Weltspitze einzuholen.“

Und was meinte Dr. Luděk Bukac, der Trainer der tschechoslowakischen Eishockey-Nationalmannschaft, nach dem Spiel: „Wir haben keinen Deutschland-Komplex. Nein, wirklich, das glaube ich nicht. Aber gegen uns spielen die immer hundertfünfzigprozentig.“

DIE DUNKELMÄNNER



Rudolf Müller (43), studierte Betriebswirtschaft, arbeitete bei der TZ in München, bei der BZ und als stellvertretender Chefredakteur beim Volksblatt Berlin. Seit vielen Jahren befaßt er sich mit Polizeiarbeit, Kriminalfällen und Terrorismus, Mitautor des Buches „Rechtsradikalismus in der BRD“. Seit 1977 ist er beim STERN und leitet das Außenbüro Frankfurt.

Im neuen STERN berichtet er über das umstrittene Wirken der sogenannten V-Leute: Bezahlte Spitzel, meist mit krimineller Vergangenheit und guten Kontakten zur Unterwelt. Als verlängerter Arm der Ordnungshüter beschaffen sie Informationen über geplante Coups und heiße Geschäfte. Doch oft genug geraten die Dunkelmänner dabei selbst mit dem Gesetz in Konflikt. Anstiftung und Beihilfe sind übliche Methoden, mit denen sie der Polizei schwere Jungs in flagranti servieren. Vor Gericht sind die Spitzel nicht ohne weiteres zur Aussage zu bewegen: Sie fürchten die Rache aus dem Milieu. Von Staatsrechtlern wird die

„staatlich gesteuerte Delikt-beteiligung“ hart angegriffen. Aber die Polizei will trotz massiver Kritik von Juristen nicht auf ihre finsternen Helfer verzichten.

Lesen Sie den Bericht von Rudolf Müller. Diese Woche im STERN.



Bei Flucht durch Schußautomaten schwer verletzt

AP/Pr, Bonn/München

Mit Bestürzung hat die Bundesregierung auf die Nachricht reagiert, daß ein 26-jähriger Mann aus der DDR in der Nacht zu Mittwoch bei seiner Flucht nach Bayern an der innerdeutschen Grenze durch Metallgeschosse schwer verletzt wurde. Wie ein Sprecher des Bundesministeriums für innere Angelegenheiten sagte, zeige dieser Vorfall „eindrucksvoll, wie dringlich es ist, daß die SM-70-Anlagen endlich restlos abgebaut werden müssen.“

Der Verletzte hatte mit einem gleichartigen Gefährten nach Mitternacht bei Wilms in Landkreis Rhön-Grabfeld den Metallgitterzaun überwand. Dabei löste er die SM-70-Anlagen aus und wurde von den Metallsplittern am ganzen Körper getroffen, schwab aber nicht in Lebensgefahr. Sein Gefährte wurde nicht getroffen. An mehr als der Hälfte der „DDR“-Grenze zu Bayern sind die Selbstschußanlagen inzwischen entfernt worden. Auf 41,6 Kilometern Länge sind sie dagegen noch nicht abgebaut worden.

Beschwerde gegen Buschhaus-Urteil

dos. Hannover

Das Land Niedersachsen hat gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig, die Betriebsaufnahme des umstrittenen Braunkohle-Kraftwerks Buschhaus zu untersagen, beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Beschwerde eingelegt. Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte gestern in Hannover, die Landesregierung gehe davon aus, daß die ständigen Punkte, die zu dem Gerichtsbescheid führten, spätestens vor dem Oberverwaltungsgericht ausgeräumt werden können. Nachdrücklich widerspricht der Ministerpräsident der Auffassung, das Gericht habe bei seiner Entscheidung Umweltgesichtspunkte berücksichtigt; vielmehr seien Verfahrensfehler geltend gemacht worden. Als halbes Zeichen der Befriedigung, daß Buschhaus und die Kraftwerke Offleben I und II gleichzeitig betrieben werden könnten, bei Offleben I handle es sich um eine „Kaltreserve“, die nur reaktiviert werde, wenn ein anderes Kraftwerk ausfallen sollte.

Kooperation mit „DDR“: Kostandow rügte Mängel

„Neues Deutschland“ veröffentlicht letzten Aufsatz

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Der gestern früh während seines Besuchs der Leipziger Messe vorstehende sowjetische Vizepremier Leonid Kostandow hatte in einem am selben Tag im SED-Organ „Neues Deutschland“ veröffentlichten Artikel massiven Kritik an den Mängeln der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ geübt. Der frühere Breschnew-Vertraute, der die sowjetische Delegation in der paritätisch besetzten Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion leitete, beklagte auf anderthalb Seiten teilweise ganz unverblümt die „Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten“ der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost-Berlin und Moskau.

Kostandow hatte am Sonntag den Staats- und Parteichef der „DDR“, Erich Honecker, im sowjetischen Pavillon empfangen. Aus seinem Artikel wird deutlich, daß der sowjetische Vizepremier diese Hilfe, vor allem durch die Lieferung von Computern und moderner Technologie, die „DDR“ selbst in ihrer notwendigen Entwicklung.

Seine Kernforderung lautet dabei, die paritätische Regierungskommission von „DDR“ und Sowjetunion „mit größeren Vollmachten für die Lösung dieser Fragen“ auszustatten. Dann folgt die Kritik im Detail: „Ohne auf weitere, bisher noch nicht im vollen Umfang genutzte Möglichkeiten für den Ausbau der Produktionszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR einzugehen, sei festgestellt, daß sie durch unzureichende Aktivitäten von Zweigministerien, Vereinigungen, Kombinat und Betrieben in der UdSSR wie auch in der DDR in ihrer vollen Entfaltung beeinträchtigt wird. Offensichtlich handelt es sich hierbei nicht so sehr um das Verstehen der Nutzlichkeit des Zusammenwirkens, sondern um die Notwendigkeit, ihre zentrale Leitung zu verbessern und die Verantwortung der Ministerien, Betriebe und Vereinigungen für die Nutzung der Potenzien der Zusammenarbeit zu erhöhen.“

Kostandow stellt dann fest, bei der „Nutzung des Potentials der Brüderländer in Wissenschaft, Technik und Produktion“ gehe es somit um die Erhöhung des „Wohlstandes ihrer Völker“. Dazu gebe es auch in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der „DDR“ noch „Reserven“. Um sie „möglichst vollständig zu erschließen“ gilt es, die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten in der Organisation der Zusammenarbeit zu beseitigen. Was in der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Ost-Berlin alles im argen liegt, zählt der Sowjetfunktionär im einzelnen auf. „Dabei kommt es wegen der Langwierigkeit der Aufarbeitung und der Bestätigung von technischen Normen, Vorschriften und Standards in der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Ländern manchmal vor, daß man beim Konstruieren, bei der Entwicklung technologischer Prozesse oder in der Phase der Realisierung neuer wissenschaftlicher und technischer Lösungen verwirklichen könnte, wodurch die jeweilige Konstruktion wesentlich verbessert, die Technologie vervollständigt oder die bautechnischen und anderen Parameter verbessert würden, doch könne sie nicht praxistauglich benutzt werden, da sie den geltenden Normvorschriften widersprechen würde. Gerade deshalb liegen nicht selten die spezifischen Investitionskosten, der Einsatz von Baustoffen, die Masse der technologischen Ausrüstungen oder die Brennstoff- und Rohstoffverbrauchsnormen zu hoch.“

In seiner Rede vor dem sowjetischen Messe-Pavillon hatte Honecker am Sonntag erklärt, daß er im Juni mit Konstantin Tschernomir weitere Wege und Maßnahmen vereinbart habe, „um unser Zusammenwirken bis zum Jahre 2000 noch schneller auszubauen.“

Die Kritik von Kostandow gibt einen Vorgeschmack auf die Belastungen, die angesichts des neuen, von 1986 an gültigen Fünfjahresplanes auf die „DDR“-Wirtschaft zukommen. Vermutlich werden weitere Exportverpflichtungen Richtung UdSSR verbindlich, die Ost-Berlin gar nichts anderes übrig lassen, als die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu verstärken und möglicherweise um neue Kredite einzukommen.

Zielt der Verbannungs-Plan auf Kuron, Michnik und Walesa?

Warschau spricht von „unglückseligen“ Brief der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1966

DW, Warschau

Die Pläne der polnischen Regierung, ihre hartnäckigsten Kritiker zu einer zeitlich befristeten „Verbannung“ in den Westen zu schicken, zielen offensichtlich in die Richtung von Jacek Kuron und Adam Michnik, beide führende Mitglieder des aufgelösten Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR). Möglicherweise möchte sich Warschau auch des „Solidaritäts“-Vorsitzenden und Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa entledigen. Im Zuge der Amnestie für politische Gefangene waren Kuron und Michnik aus der Haft entlassen worden. Vor der im Juli erlassenen Amnestie hatte die Regierung bereits mehreren inhaftierten KOR-Angehörigen die Freilassung angeboten, wenn sie sich bereitklärten, für ein Jahr ins Exil zu gehen. Die Betroffenen lehnten das Angebot jedoch ab. Die jetzt von Regierungssprecher Urban bestätigten Erwägungen Warschaws sind offenbar die Reaktion auf dieses Nein. In die Sondierungen des Regimes waren damals auch Vertreter der katholischen Kirche Polens eingeschaltet worden.

Urban hatte von einer Möglichkeit der Prüfung einer entsprechenden Änderung des Strafgesetzes gesprochen. Nach seinen Worten gibt es „bestimmte Länder“, die sich bereit erklärt haben, eventuell aus Polen Zwangsausgewiesene aufzunehmen. Auf Fragen antwortete der Regierungssprecher, es handle sich um „gewisse Länder außerhalb Europas“. Der Hinweis auf solche Staaten zeigt nach Ansicht von Beobachtern, daß das Projekt – entgegen der Darstellung Urbans – schon relativ weit fortgeschritten ist.

Bereits im Januar 1982 hatte General Jaruzelski in Gesprächen mit den Botschaftern der EG-Staaten nach Angaben des damaligen EG-Ratspräsidenten Leo Tindemans die „rassistische, tragische und zugleich grausame Frage“ gestellt: „Sind Ihre Länder bereit, alle Elemente aufzunehmen, die wir möglicherweise ins Exil schicken wollen?“ Die Bundesregierung in Bonn hatte damals erklärt, sie würde als eine Verschärfung der Situation ansehen, wenn die polnische Führung Personen zwangsweise ausbürgern würde oder auf sie einwirken würde, um sie zur Emigration zu bewegen.

Warschau setzte gestern seine „Revanchismus-Kampagne“ gegenüber der Bundesrepublik Deutschland fort. Das polnische Fernsehen griff auch den Oppositionellen Jan Józef Lipski an, der im „Spiegel“ diese Kampagne als Mittel der polnischen Innenpolitik dargestellt hatte, weil dies das einzige Thema sei, bei dem die Propaganda auf eine positive Resonanz rechnen könne. Lipski wurde beschuldigt, ein „Anwalt der Revisionisten“ zu sein. Er habe bewußt die „historischen und ethnischen Rechte der Polen“ auf die Oder-Neiße-Gebiete in Frage gestellt.

Der Kommentator sprach von einem „unglückseligen“ Brief der polnischen Bischöfe an das deutsche Episkopat aus dem Jahre 1966. In dem Briefwechsel zwischen beiden Episkopat wurde gegenseitig um Vergebung für begangenes Unrecht gebeten. Die Polen, so meinte der Warschauer Kommentator, hätten sich nichts zu Schulden kommen lassen, wofür sie um Vergebung bitten müßten.

Mit Oslo hat Bonn keine Probleme

Vor Kohls Visite schätzt Premier Willoch die Beziehungen als „unkompliziert“ ein

REINER GATERMANN, Oslo

Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl heute mittig zu seinem einwöchigen offiziellen Besuch nach Norwegen kommt, ist er Gast eines Landes, dessen Beziehungen zur Bundesrepublik sein Ministerpräsident Kaare Willoch als „unkompliziert“ bezeichnet. Norwegen ist auch einer der treuesten NATO-Partner, es gehört zu den ganz wenigen Mitgliedern der Allianz, die ihre Verteidigungsausgaben jährlich um real 3,5 Prozent anheben.

Es ist fünf Jahre her, daß zum letzten Male ein deutscher Regierungschef Norwegen einen offiziellen Besuch abstattete. Damals saßen sowohl in Bonn als auch in Oslo die Sozialdemokraten am Ruder, diesmal die Konservativen. Kaare Willoch, der mit seinem Gast heute einwöchentlich konföderieren wird, sieht keine „richtigen“ bilateralen Probleme zwischen den beiden Ländern. Zwar verblühte er es Bonn, daß es zu einer

Begrenzung der norwegischen Stahlimporte in die EG beitrug, wo andererseits die Deutschen zu den größten Stahlimporteuren für den expandierenden norwegischen Offshore-Bereich zählen, stellte jedoch in einem Gespräch mit deutschen Journalisten gleichzeitig fest, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsmaterialbeschaffung (hauptsächlich U-Boote und Geländefahrzeuge) gut läuft. Weniger zufrieden ist der Norweger mit der EG, die sich in der Fischerei nicht an eingegangene Verträge halte. Norwegen deckt inzwischen 15 Prozent des westeuropäischen Erdgasbedarfs und wäre in der Lage, diesen Anteil auf längere Sicht aufzustocken.

Mit Nachdruck empfahl der norwegische Regierungschef für die sicherheitspolitischen Verhandlungen mit Moskau eine konsequente Linie des Westens. Der Sowjetunion müsse klar gemacht werden, daß die Zeit nicht

für sie arbeite. In Oslo lehnt man alles ab, was die Abrüstungsverhandlungen komplizieren könnte.

Dazu zählt auch die vor allem von Schweden und Finnland erhobene Forderung nach einem kernwaffenfreien Nordeuropa und Schwedens Vorschlag für einen zentral-europäischen Korridor, frei von atomaren Schiffschiffen. Willoch hält es für undenkbar, daß die Nordeuropäer in einem Alleingang mit Moskau über die vertragliche Festschreibung eines in Friedenszeiten bereits kernwaffenfreien Nordeuropa verhandeln. Derartige Fragen müßten in einem größeren Rahmen in erster Linie zwischen den Supermächten geregelt werden. In diesem Zusammenhang fügte Willoch hinzu, Norwegen sei für eine enge Zusammenarbeit der europäischen NATO-Mitglieder auch innerhalb einer wiedererstellenden west-europäischen Union.

Friderichs auf eigenen Wunsch freigestellt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Dresdner Bank, Hans Friderichs, von der Bonner Staatsanwaltschaft der Bestechung durch den Rückkauf in seiner früheren Tätigkeit als Bundeswirtschaftsminister angeklagt, wird für die Dauer des Verfahrens vorübergehend von seinen Aufgaben im Vorstand der Bank freigestellt. In terministisch wird für diese Zeit Vizepräsident Wolfgang Röhler mit dem Amt des Sprechers betraut. Die Freistellung soll zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, der etwa zwei Wochen vor dem Beginn der Hauptverhandlung liegt, der aber heute noch nicht feststeht. Diesen Beschluß hat der Aufsichtsrat der Dresdner Bank gestern einstimmig auf den einstimmigen Vorschlag des Vorstands gefaßt.

Die Freistellung geht auf Friderichs eigenen, bereits Ende November letzten Jahres geäußerten Wunsch zurück. Er möchte genügend Zeit haben, um sich auf seine Verteidigung zu konzentrieren. Friderichs ist überzeugt, daß sich die Anklage als haltlos erweisen wird, und daß er nach dem Verfahren wieder an die Spitze der Bank zurückkehren. In der Zwischenzeit will er sich, soweit es seine Zeit erlaubt, um die Bank kümmern. Er besitzt – und das ist der Unterschied zu einer Beurlaubung – weiterhin volles Informations- und Initiativrecht im Vorstand.

Die bisher schon sehr enge Zusammenarbeit mit Röhler bringe, wie Friderichs sagte, keinerlei Probleme beim Übergang seiner Sprecherfunktion. Friderichs wird seine sonstigen Mandate in Aufsichtsräten und Verwaltungsräten sowie in anderen Gremien beibehalten. Für die Wahrnehmung seiner anderen Vorstandsaufgaben teilt generell die in der Geschäftsverteilung festgelegte Vertretungsregelung. Damit sei, so Friderichs, die Voraussetzung dafür gegeben, daß die Bank die „Übergangszeit“ gut überstehen könne.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks gestern erklärt, es sei seiner Verteidigung inzwischen gelungen, weitere Argumente der Anklagekraft zu widerlegen. Sobald ihm die Staatsanwaltschaft Zeit und Ort einer angeblichen Geldübergabe mitteilen werde, könne meine Verteidigung und ich diese Angaben hundertprozentig widerlegen.

FINANZANZEIGE

Freiwilliges Rückkaufangebot für 6-Prozenter

Im Rahmen unserer freiwilligen Rücknahmen niedrigverzinslicher Schuldverschreibungen sind wir bereit, im Einzelfall bis zu 10.000,- der nachstehend aufgeführten 6%igen Emission zum durchschnittlichen Emissionskurs zurückzukaufen, sofern die Stücke am 31. Dezember 1970 im Besitz des Einreichers waren und sich zum Zeitpunkt der Einreichung noch befinden:

6% Hypothekendarlehenreihe Reihe 63 J/J - 237 058 - Rückkaufkurs 99%

Zum Nachweis des Eigenbesitzes sind der Depotauszug per 31. Dezember 1970 oder entsprechende Nachweise bei uns bzw. über die Depotbank vorzulegen. Kreditinstitute, die uns im Auftrag ihrer Kunden die Schuldverschreibungen zum Rückkauf anbieten, werden gebeten, schriftlich zu bestätigen, daß die Angebotsvoraussetzungen im Einzelfall vorliegen. Auf Wunsch stellen wir entsprechende Formulare zur Verfügung. Das Rückkaufangebot kann

vom 17. September bis zum 16. Oktober 1984

angenommen werden. Die Verzinsung der in dieser Zeit zum Rückkauf eingereichten Stücke endet mit Ablauf des 31. Oktober 1984. Der Gegenwert wird per 1. November 1984 gutgeschrieben. Der Rückkauf wird gegen Einreichung der Schuldverschreibungen mit Stöcknummernverzeichnis und den noch nicht fälligen Zinsscheinen per 2. 1. 85 ff. nebst Erneuerungsschein durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden. Fehlende Zinsscheine werden vom ausmachenden Gegenwert gekürzt. Die üblichen Verkaufsprovisionen sowie die Börsenumsatzsteuer sind vom Einreicher zu tragen. Schuldverschreibungen der o.a. Emission, die aus Kopplungsgeheimnissen mit Kursgarantie stammen, fallen nicht unter diese Regelung.



Deutsche Girobank AG
Hypothekendarlehenreihe Reihe 63 J/J - 237 058 - Rückkaufkurs 99%

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen...

... bitten wir, die Chiffre-Nummer auf jeden Fall deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag zu vermerken.

Gelegenheit erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung

Fernseh-Programme: Wer klar sehen will, braucht FUNK UHR.

Alle Fernseh-Programme
farbig, groß und
übersichtlich.
Sämtliche Hörfunk-
Programme komplett.
Dazu der Super-Video-Service.
Und alles, was man zwischen
den Programmen an Unter-
haltung braucht.



Planen Sie mit
FUNK UHR
Ihr Fernseh-Wochenprogramm.

30% der verkauften **WELT-Auflage** werden über den Zeitungshandel abgesetzt, 70% gehen an Abonnenten.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Verwaltung: Wilfried Herbig, Berlin

Redaktion: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Vertrieb: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Abonnenten: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Druck: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Verlag: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postfach: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefon: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefax: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Internet: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

E-Mail: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Webseite: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Adresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postleitzahl: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Land: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefonnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefaxnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Internetadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

E-Mailadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Webseite: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Adresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postleitzahl: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Land: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefonnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefaxnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Internetadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

E-Mailadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Webseite: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Adresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postleitzahl: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Land: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefonnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefaxnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Internetadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

E-Mailadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Webseite: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Adresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postleitzahl: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Land: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefonnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefaxnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Internetadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

E-Mailadresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Webseite: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Adresse: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Postleitzahl: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Land: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Telefonnummer: Peter Göttsche, Peter Göttsche, Peter Göttsche, Berlin

Pariser Puppenspiel

J. Sch. (Paris) — Noch einmal drückte sie mit einem Seufzer ihre Träne aus dem Auge. Dann fiel sie in die Konkursmasse. Die Sprache hatte es ihr schon längst verschlagen. Denn diese einzige Puppe französischer Herstellung war der Konkurrenz der wesentlich preiswerteren Schwestern aus Italien und Spanien nicht mehr gewachsen, auch wenn diese nicht weinen konnten. Aber das war den französischen Eltern der Aufpreis schließlich nicht mehr wert. Trotzdem zelebriert man jetzt in Frankreich fast ein Nationalbegräbnis für „Poupée Bella“ — vom Fernsehen angefangen bis zur seriösen Wirtschaftspressen. Dabei erzielte der Hersteller mit 300 Beschäftigten zuletzt gerade 43 Millionen Franc Jahresumsatz. Mit nur sieben Millionen Franc könnte ihm wieder auf die Beine geholfen werden.

Schon aus Gründen des nationalen Prestiges sollte Bella gerettet werden, meinen viele Franzosen. Aber die sozialistische Regierung hat ihr schon einmal geholfen. Als der frühere Eigentümer, die deutsche Wasag-Chemie, 1981 nach 40 Millionen Franc Verlust bei 80 Millionen Franc Umsatz die Produktion einstellen wollte, stellten die staatlichen Banken dem neuen Firmenehaber Berchot 47 Millionen Franc langfristig zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung.

Obwohl er Bella weitgehend elektronisierte, kam sie nicht wieder auf einen grünen Zweig. Vielleicht könnte man sie einfacher ausstatten; ohne daß sie dadurch an Persönlichkeit verliert. Sonst müssen auch Puppen sterben, wenn sie nicht mehr lebensfähig sind.

Tiefschlag

adl. — Die bitteren Früchte einer verfehlten Bildungspolitik ernten jetzt immer stärker auch die Abiturienten. Ihr Anteil an den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen wird in den kommenden Jahren weiter steigen, auch wenn die absoluten Zahlen weiter sinken. Unter den Praktikern in den Unternehmen, in die die Abiturienten im Zeichen verstopfter Universitäten drängen, wird diese Entwicklung mit Unbehagen gesehen. Praxisferne, Desinteresse und Demotivation werden bei den jungen Menschen ausgemacht. Folgen einer lebens- und realitätsfernen Bildung. Wie weit das nach 13 Schuljahren „erarbeitete“ Abitur schon entwertet ist, zeigt die bei der Hochschule AG erhobene Forderung, man müsse den jungen Leuten klarmachen, daß das Abitur keinerlei Berechtigung auf besondere Ausbildungsgänge beinhaltet. Nach Jahren des Hitzschneis ein Tiefschlag für die Abiturienten. Die Wirtschaft sollte aber ihr politisches Gewicht nutzen, um für Bildungsinhalte zu streiken, die das Abitur wieder zu dem machen, was es einmal war: das Zeugnis der Reife.

Abgespeckt

Von JOACHIM WEBER

Geradezu weihnachtliche Gefühle dürften die Kapitäne der deutschen Großchemie erfüllt haben, als sie ihre Abrechnungen fürs erste Halbjahr 1984 in die Hände bekamen. Gewinnsprünge von 73 Prozent (Bayer) über 84 Prozent (Hoechst) bis zu 106 Prozent (BASF) sorgten für Umsatzrenditen vor Steuern, wie sie die Chemie seit Jahren herbeigesehnt hat: 6,8 Prozent, 7,1 und 6,2 Prozent.

Das trotz Streikrisiken erfreuliche Umsatzwachstum reicht auf den ersten Blick nicht aus, den Raketenstart der Erträge zu erklären. Mit gut 14 Prozent im Branchenmittel wirkt es eher bescheiden, auch im Vergleich zu dem, was die Chemie aus früheren Spitzenjahren gewohnt ist. Selbst die Preise, zur Jahresmitte gerade um 3,5 Prozent gestiegen, deuten nicht eben auf ein „Absahnen“ hin, zumal ihre mühsam erzwungenen Erhöhungen nicht ausreichen, um mit der Kostenentwicklung Schritt zu halten.

Woher also die traumhafte Gewinnkurve? Dazu ein Blick in die Vergangenheit. Noch 1980 — vorausgegangen war ein Spitzenjahr — stand die Chemie als eine Branche da, die mit vollen Segeln Kurs auf eine Expansion gehalten hatte, die sich im Gefolge der Ölkrise plötzlich als fata Morgana herausstellte. Zu große Kapazitäten und eine Produktpalette, die in zu großen Teilen aus weniger erfahrenen Konkurrenten zu bewältigen war, brachten sie um so rascher ins Gedränge, als das Marktbarometer für zwei Jahre auf „Stagnation“ verharnte und in kritischen Bereichen sogar schwere Einbrüche zu verzeichnen waren.

Es spricht für die Führungskräfte der Branche, daß sie nicht lange zauderten. Vor allem 1982 und 1983 hat die Chemie in einem Maße abgespeckt und umstrukturiert, das so rasch nicht zu wiederholen sein dürfte. Kapazitäten wurden abgebaut oder flexibel gemacht, Sortimente bereinigt und es wurde rationalisiert. 44 Prozent der Investitionen entfielen 1982 auf die Kostensenkung, 1983 waren es noch 31 Prozent.

Mitarbeiterzahlen illustrieren in einer so kapitalintensiven Branche das Geschehen nur recht unzulänglich. Dennoch: Von 568 000 im Jahre 1980 über 565 000 im Schnitt des Jahres

1981 ging das Chemie-Personal bis 1983 auf 549 000 und seither noch einmal auf 547 000 Mitarbeiter zurück.

Entgegengesetzt entwickelte sich der Umsatz je Beschäftigten: Von 185 700 Mark im Jahre 1980 über 220 700 Mark 1982 auf 242 200 Mark im vergangenen Jahr. Rechnet man die Preisentwicklung dagegen, dann zeigt sich, daß der eigentliche Produktivitätssprung 1983 realisiert wurde — die Gewinne signalisierten es.

1984 ist das erste Jahr, in dem die Branche die Ernte ihrer Anstrengungen voll einfahren kann. So „schlank“ präsentiert sie sich, daß kaum ein neuer Produktionszuwachs ohne Neueinstellung zu bewältigen sein wird — 2000 waren es bereits im ersten Halbjahr. Auch ein Schwenk zurück zu den Erweiterungsinvestitionen deutet das Ende der „Konsolidierung“ an.

Nur vor dem Hintergrund der Strukturveränderungen ist es auch zu verstehen, daß die Zuwächse der ersten sechs Monate die Kapazitäten so rasch in Auslastungszonen bis über 90 Prozent gebracht und damit für einen kräftigen Schuß Sahne obenauf gesorgt haben. Die etwas zügelte Preisentwicklung weist darauf hin, daß zumindest einige Marktteilnehmer den Mengeneffekt nun auch wirklich auskosten wollen.

Im zweiten Halbjahr werden zwar die Zuwächse — zustande gekommen in erster Linie durch Exporterfolge aufgrund des harten Dollar und der günstigen Konjunktur in wichtigen Industrieländern — nicht mehr ganz so beeindruckend wie vor der Halbzeit. Das liegt vor allem an den Steigerungsraten der zweiten Jahreshälfte 1983, die für eine höhere Basis sorgen.

Immerhin rechnet die Chemie mit einem realen Plus von fünf Prozent, und will auch mit den Preisen noch etwas weiterkommen. Zudem redet niemand mehr vom Lagereffekt, der noch zu Jahresbeginn für Skepsis sorgte, und auch das Sommerloch läßt allem Anschein nach auf sich warten. Ein Umsatzplus von zehn Prozent oder mehr sollte also auch für Gesamtjahr „84“ sein. Trauern werden darüber nur die Branchenstatistiker: Ihnen wird es verdammt schwer gemacht, den „Nettoeffekt“ der zweijährigen Schlankheitskur nachzurechnen.

STRUKTURPOLITIK / Eine Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sprecher der Wirtschaft plädieren für bessere Rahmenbedingungen

Eine weitgehend übereinstimmende Beschreibung der Ausgangslage erbrachte die Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen. Ein zunehmendes Süd-Nord-Gefälle und die Tatsache, daß neben traditionell strukturschwachen ländlichen Regionen auch Ballungsräume zu Problemgebieten werden, kennzeichnen nach Auffassung der Sachverständigen die derzeitige Situation.

In der Analyse der Ursachen und noch stärker bei den Handlungsempfehlungen für die Politik wurden jedoch unterschiedliche Akzente deutlich. Während die Sprecher von Industrie und Kammer der Wirtschaftspolitische Priorität in einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen sehen, trat der Vertreter des DGB für eine gezielte Förderung von Investitionen im Umweltschutz und bei der Energieeinsparung ein. Überinstimmend wurde eine Weiterführung der Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur befürwortet.

Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle habe zwar noch nicht das politische Gewicht wie in Italien oder Frankreich angenommen, die Politik müßte jedoch aufpassen, daß daraus nicht ein Süd-Nord-Gegensatz entsteht, meinte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Matthias Wissmann, zu Beginn der Anhörung. Zahlreiche Indikatoren belegen seiner Ansicht nach die wachsende Diskrepanz. Das reale Bruttoinlandsprodukt sei in Bayern

und Baden-Württemberg seit 1970 um knapp 40 Prozent, in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg dagegen nur um rund 20 Prozent gewachsen. Zudem sei im Süden die Zahl der Unternehmensgründungen höher, die der Arbeitslosen und Pleiten niedriger und die staatliche Verschuldung geringer.

Grundlegende Voraussetzungen, um den Strukturwandel zu verkraften, hat nach Ansicht Wissmanns die Bundesregierung mit ihren Bemühungen geschaffen, die Rahmenbedingungen für „ein verlässliches unternehmerisches Planen“ wiederherzustellen. Unterstützt wurde der Unionspolitiker in diesem Punkt von dem Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelsbundes (DIHT), Fleckenstein: „Wenn die Wirtschaftspolitik es schafft, durch bessere Rahmenbedingungen mehr Wachstum freizusetzen, ist das besser als die beste Regionalpolitik.“ Für die bestehenden Probleme gebe es keine monokausale Erklärung, obwohl der jeweiligen Branchenstruktur eine besondere Bedeutung zukomme. Mängel und Fehler auf regionaler Ebene sieht

Lamberts warnte davor, von den derzeitigen Problemen einiger Regionen wie des Ruhrgebietes auf deren Stärke oder Schwäche in langfristiger Sicht zu schließen. Selbst heute als „dynamisch“ bezeichnete Gebiete wie Baden-Württemberg hätten Arbeitsplätze verloren und seien gesamtwirtschaftlich allenfalls „weniger schwach“ als andere.

STEUERREFORM

Bonn legt Berechnungen über die Entlastungen vor

PETER JENTISCH, Bonn

Nach der in zwei Stufen geplanten Steuerreform sollen die Steuerzahler 1986 und 1988 um insgesamt 20,2 Milliarden Mark entlastet werden. Wie Staatssekretär Hansjörg Häfelle vom Bundesfinanzministerium gestern mitteilte, verzichte der Staat damit auf rund acht Prozent des Lohn- und Einkommenssteuereinkommens.

In der ersten Stufe 1986 soll der Kinderfreibetrag von bisher 432 auf 2484 Mark angehoben werden. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 20 000 Mark wird danach 1986 um 784 Mark entlastet. Bei einem Einkommen von 60 000 Mark beträgt die Entlastung 1334 Mark und bei einem Einkommen von 100 000 Mark 2406 Mark.

In der zweiten Stufe soll 1988 der Steuertarif zusätzlich verbessert werden: Die Grenzbelastung in der Progressionszone wird abgeflacht. Von dieser Grenzbelastung ist heute die Mehrheit der Steuerzahler erfasst, zunehmend qualifizierte Arbeitnehmer und Selbständige, die infolge ihres beruflichen Aufstiegs in mittlere und gehobene Einkommen hineinzuwachsen.

Auch für diese zweite Stufe der Steuerreform nennt das Bundesfinanzministerium Beispiele: Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 60 000 Mark wird von 1986 an zusätzlich noch einmal um 272 Mark entlastet, insgesamt also um 1606 Mark. Bei einem Jahreseinkom-

men von 100 000 Mark errechnet sich für diesen Fall von 1988 an eine weitere Steuerersparnis von 1554 Mark, zusammen also eine Ersparnis von 3960 Mark. Verheiratete Steuerpflichtige mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 150 000 Mark werden nach dieser Berechnung 1986 um 3280 und 1988 um 2988 Mark entlastet, zusammen also um 6268 Mark.

Ein Lediger ohne Kind und mit einem Jahreseinkommen von 20 000 Mark wird im Zuge der Reform um 81 Mark entlastet, bei einem Einkommen von 60 000 Mark um 1881 Mark und bei einem Einkommen von 100 000 Mark um insgesamt 3223 Mark.

Im Durchschnitt, so Häfelle, ergebe sich für die Steuerzahler eine jährliche Entlastung von 1053 Mark oder acht Prozent der Steuerschuld. Die relativ höchste Entlastung liegt bei einem Ledigen mit 9,4 Prozent der Steuerschuld bei einem zu versteuernden Einkommen von 56 970 Mark. Bei Verheirateten mit zwei Kindern liegt die relativ höchste Entlastung mit 13,3 Prozent bei 92 988 Mark zu versteuerndem Einkommen.

Häfelle betonte, daß Familien mit Kindern etwas mehr als ein Drittel der 19 Millionen Steuerzahler ausmachen. Von der Gesamtsumme der Steuerentlastungen erhielten sie jedoch mit 65,8 Prozent den Löwenanteil. Geringverdienende erhalten die volle Entlastung durch erhöhte Grundfreibeträge bereits 1986.

AUF EIN WORT



„In der nichtamtlichen Schattenwirtschaft, auf dem grauen Arbeitsmarkt, herrscht Vollbeschäftigung, freilich zu einer — brutto gerechnet — geringeren Entlohnung.“

Carl-Hilberich Schmitz, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster.

Weizsäcker für Kooperation

Angesichts der Probleme in der Dritten Welt muß nach Ansicht von Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verbessert werden. Anlässlich der in Berlin stattfindenden Messe „Partner des Fortschritts“ erklärte er, die Industrieländer könnten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten, indem sie ihre Märkte gegen Waren aus der Dritten Welt nicht verschlossen. Die Exporterlöse seien die wichtigste Devisenquelle der Entwicklungsländer. Man müsse sich jedoch fragen, ob sich diese Länder nicht um die Früchte ihrer Arbeit betrogen sehen, wenn ein immer größerer Teil ihrer Exporterlöse durch Zinsen für Auslandskredite aufgefressen werde.

AUFTRÄGE UND PRODUKTION

Nach den Arbeitskämpfen wieder kräftiger Anstieg

In der deutschen Wirtschaft sind nach Beendigung der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie die Produktion und die Nachfrage wieder deutlich gewachsen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, gingen im Juli real um elf Prozent mehr Aufträge bei der Industrie (verarbeitendes Gewerbe) ein als im Vormonat.

Die Produktion wurde im Juli gegenüber dem gedrückten Vormonat um 16 Prozent ausgeweitet. Die inländischen Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe zogen um acht Prozent, die Auslandsaufträge sogar um 19,5 Prozent an. Insgesamt lag das Auftragsniveau damit wieder leicht über dem Stand vor Beginn der Arbeitskämpfe.

Im Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai), in dem sich

auch die gedämpfte Ordertätigkeit während des Arbeitskampfes im Juni niederschlug, weist für das verarbeitende Gewerbe preis- und saisonbereinigt einen Rückgang um 3,5 Prozent aus.

Im Investitionsgüterbereich ergab sich dabei eine Verringerung der Bestellungen um fünf Prozent und im Grundstoff- und Produktionsgütersektor um drei Prozent. Beim Verbrauchsgütersektor nahmen die Aufträge um 0,5 Prozent ab. Mit plus 13,5 Prozent stieg die Fertigung im produzierenden Gewerbe im Juli gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt deutlich an. Nach Meinung des Ministeriums spiegelt sich darin auch das Bemühen vieler Unternehmen wider, die durch den Arbeitskampf verursachten Produktionsausfälle wenigstens teilweise wieder wettzumachen.

WERBUNG

Tageszeitungen steigerten Umsatz um acht Prozent

Die Werbung hat den Medien in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr Einnahmen von rund 14,3 Milliarden Mark gebracht, rund 856 Millionen Mark oder 6,4 Prozent mehr als im Jahr 1982. Wie der Zentralverband der Werbewirtschaft (ZAW) gestern in Bonn mitteilte, kam fast die Hälfte dieser Steigerung, nämlich 426 Millionen Mark, den Tageszeitungen zugute.

Insgesamt konnten die Tageszeitungen ihre Werbeumsätze um acht Milliarden steigern und damit die ZAW-Schätzung vom Mai dieses Jahres, die auf fünf Prozent gekalkuliert hatte, noch übertreffen. Im Jahr 1982 hatte das Plus lediglich 1,8 Prozent betragen. Damit sind die Tageszeitungen nach wie vor der größte Werbeträger in der deutschen Medien-Landschaft.

An zweiter Stelle stehen Publi-

kumszeitschriften, die laut ZAW im vergangenen Jahr aus der Werbung rund 2,5 Milliarden Mark erlöste haben, 4,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Verband weist allerdings darauf hin, daß die Entwicklung hier sehr unterschiedlich verlaufen ist: Während Massenblätter zum Teil Anzeigen eingebracht hätten, seien bei einigen Zielgruppen-orientierten Zeitschriften deutliche Zuwächse zu verzeichnen gewesen.

An dritter Stelle in der Reihenfolge der Werbeträger steht nach Mitteilung des ZAW mit einem Anteil von 1,7 Milliarden Mark die Direktwerbung, deren Umsätze im vergangenen Jahr um die beträchtliche Rate von 14,4 Prozent gestiegen sind, allerdings nur wegen der Portoerhöhung vom Juli 1982. Es folgen die Fernsehwerbung mit 1,3 Milliarden Mark und die Fachzeitschriften mit 1,2 Milliarden Mark Werbeeinnahmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbeitnehmer kauften weniger Autos

Flensburg (dpa/VWD) — Die Arbeitnehmer haben in den ersten Jahreshälfte 1984 weniger neue Pkw gekauft als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dagegen leisteten sich Unternehmen und Selbständige verstärkt Neuwagen. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) in Flensburg über die Haltergruppen bei den Pkw-Neuzulassungen hervor. Die Gesamtzahl der von Arbeitnehmern (Arbeiter, Angestellte und Beamte) sowie von „Nichtberufspersonen“ abgerufenen Neuzulassungen lag in den ersten sechs Monaten, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, mit knapp 806 000 Wägen um 6,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Andererseits war für die Unternehmen und Selbständigen eine Zunahme von 4,4 Prozent auf 451 000 Pkw-Neuzulassungen zu verzeichnen, teilt das Bundesamt mit.

Gedämpfter Optimismus

München (dpa/VWD) — Gedämpft optimistisch zeigt sich die deutsche Sportartikelindustrie zur 21. Internationalen Sportartikelmesse Ispo '84 in München. Die deutschen Hersteller erwarten für das Gesamtjahr 1984 eine nominale Umsatzsteigerung um vier Prozent auf fast fünf Mrd. DM. Real dürfte das Wachstum allerdings unter den ursprünglichen Erwartungen liegen. Nach einem vorläufigen Überblick wollen deshalb zwei Drittel der Unternehmen die Preise erhöhen. An der Ispo '84 vom 6. bis 9. September nehmen 1516 Unternehmen aus 40 Ländern teil.

FAO rechnet mit Rekord

Rom (AFP) — Die Getreideernte dürfte in diesem Jahr weltweit die Rekordmenge von 1,756 Mill. Tonnen (mt) erreichen, das sind 119 mt mehr als im Vorjahr. Dabei wurden, wie der September-Ausgabe des Monatsbulletins der UNO-Sonderorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) zu entnehmen ist, die Voraussetzungen der guten Ernte im Juli 1982. Es folgen die Fernsehwerbung mit 1,3 Milliarden Mark und die Fachzeitschriften mit 1,2 Milliarden Mark Werbeeinnahmen.

Umsatz geht zurück

Berlin (AFP) — Der Einzelhandelsumsatz bei Industriewaren in der „DDR“ hat sich im vergangenen Jahr nach einem Bericht des Informationsdienstes West (IWE) um 66 Mill. auf 50,713 Mrd. Mark gegenüber 1982 verringert. Bei den drei Hauptwarengruppen gab es in diesem Zusammenhang eine unterschiedliche Umsatzentwicklung. Während der Einzelhandelsumsatz bei Textilien und Bekleidung sinkende Tendenzen aufwies, verzeichnete der „DDR“-Schuh-Einzelhandel steigende Umsätze. Dafür gibt es nach Angaben des IWE verschiedene Gründe. Die Nachfrage nach bestimmten Erzeugnissen kann in der „DDR“ nach wie vor nicht befriedigt werden.

Wochenanweis

	23.8.	15.8.	22.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	72,0	71,6	72,1
Kredite an Banken	75,1	72,1	77,3
Wertpapiere	5,9	6,0	6,2
Bargeldumlauf	104,0	105,9	104,7
Einlagen v. öffentl. Haushalten	39,3	47,7	42,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	9,0	2,8	8,5

GATT

USA wegen Drosselung der Textilimporte hart kritisiert

dpa, Genf

Die Vereinigten Staaten sind im Textilausschuß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) unter heftigen Beschuß der Entwicklungsländer wie auch der EG geraten. Die Kritiker richteten sich gegen jüngste Maßnahmen der USA, die auf eine Drosselung der amerikanischen Textilimporte vor allem aus den Entwicklungsländern hinauslaufen.

Der mexikanische Delegierte in dem zu einer Sonderung einberufenen Textilausschuß, Sergio Delgado, warf den USA vor, durch neue Ursprungsregeln und andere Vorkehrungen die Entwicklungsländer zu diskriminieren und gegen Geist und Buchstaben des GATT-Textilabkommens (Multifaserabkommen von 1981) zu verstoßen. Unter den Textil exportierenden Entwicklungsländern, sagte Delgado als deren Spre-

cher, herrsche ernste Besorgnis. Die einseitig verordneten neuen Ursprungsregeln stellten einen „gefährlichen Präzedenzfall“ dar, der das ganze internationale Handelssystem bedrohen könnte, falls er auch auf andere Bereiche angewandt werde.

Während der US-Vertreter in dem Ausschuß die amerikanischen Maßnahmen als vertragsgemäß bezeichnete, äußerte sich auch der Sprecher der EG-Kommission „unangenehm überrascht“.

Das gegenwärtige Multifaserabkommen biete ausreichende Sicherungen gegen etwaige betrügerische Verstöße, und es bedürfe nicht solcher „drastischen Schritte“ wie die Änderung der Ursprungsregeln, die dem Handel schaden könnten. Die USA sollten die endgültige Anwendung ihrer angekündigten Maßnahmen zumindest aufschieben.

INFLATION / Eine Untersuchung des HWWA — Verbraucherpreise weitgehend stabil

Die Eins vor dem Komma bleibt

JAN BRECH, Hamburg

Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 Prozent im August dieses Jahres hat die Teuerungsrate in der Bundesrepublik den seit 15 Jahren niedrigsten Stand erreicht. Die Exporterlöse seien die wichtigste Devisenquelle der Entwicklungsländer. Man müsse sich jedoch fragen, ob sich diese Länder nicht um die Früchte ihrer Arbeit betrogen sehen, wenn ein immer größerer Teil ihrer Exporterlöse durch Zinsen für Auslandskredite aufgefressen werde.

Nach Meinung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung wird sich am Grundtendenz der Preis- und Kostenentwicklung auch im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig ändern. Nachwirkungen des Dollarkursanstiegs und das absehbare Ende des Preisverfalls am Benzinmarkt werden zwar dazu führen, daß die Inflationsrate nicht mehr so extrem niedrig ausfällt, doch in den nächsten Monaten eine Eins vor dem Komma behalten wird. Im Jahresdurchschnitt erwartet das HWWA ei-

nen Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 2,5 Prozent.

Die Rahmenbedingungen sprechen zudem für eine anhaltend ruhige Preisentwicklung im Jahr 1985. Das HWWA sagt eine unveränderte Teuerungsrate von 2,5 Prozent voraus. Diese optimistische Schätzung stützt das Institut auf mehrere Annahmen. Einmal, so heißt es, wird die Geldpolitik stabilitätsorientiert bleiben. Dies würde eine etwas stärkere Ausweitung der Geldmenge als bisher zulassen, ohne neue Inflationserwartungen zu schüren. Zum anderen wird die Nachfrage nur mäßig zunehmen und der Wettbewerb wegen weiterhin nicht voll ausgelasteter Kapazitäten an Intensität nicht verlieren. Ferner erwartet das HWWA keine Teuerungsanstöße aus dem Ausland. Die Weltmarktpreise für Öl und Rohstoffe bleiben vermutlich stabil, hinzu könnte eine leichte Höherbewertung der D-Mark kommen. Die letzten

EG-Beschlüsse begünstigen schließlich eine Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise.

Den Pferdefuß für die Kosten und Preisentwicklung im nächsten Jahr sieht das HWWA allerdings in dem neuen Kurs der Tarifpolitik. Die in der Metall- und Druckindustrie vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich führen zusammen mit den bereits ausgehandelten Lohnanhebungen im Frühjahr 1985 zu einem Lohnanstieg je Stunde von fast sechs Prozent. Die Kosten für die in anderen Bereichen ausgehandelte Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind für die Betriebe zwar nur schwer abschätzbar, stellen aber keinen zu vernachlässigenden Posten dar. Alles in allem wird es 1985 zu einem stärkeren Anstieg der Stundelöhne und der Arbeitskosten kommen, mit der Folge verstärkter Bemühungen, die Mehrkosten über die Preise weiterzugeben.

„Sie sollten Ihren Gästen nicht irgendeinen Sherry anbieten. Sondern Harveys Bristol Cream.“



ÖSTERREICH / Wirtschaftspolitische Neubeginn

Zinsertragsteuer wird fallen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Regierungsumbildung in Wien bedeutet zweifellos auch eine neue Weichenstellung in der österreichischen Wirtschaftspolitik. Rein organisatorisch wird der bisherige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ferdinand Lachna, die Aufsicht über die verstaatlichte Industrie mit in seinen neuen Wirkungsbereich im Verkehrsministerium nehmen. Der neue Verkehrsminister wird damit durchaus zum Wirtschaftsminister aufgewertet.

Franz Vranitzky, noch Generaldirektor der zweitgrößten Staatsbank Länderbank, hat bei seiner Vorstel-

lung als neuer Finanzminister keinen Zweifel daran gelassen, daß er seine Aufgabe wesentlich umfangreicher sieht als sie sein Vorgänger Herbert Salcher ausübt hatte.

Daß Vranitzky alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wirtschaftspolitiker mitbringt, steht außer Zweifel. In einer ersten Blitzenfrage wurde ihm unter allen neuen Ministern die höchste Sachkompetenz - ergänzt durch bemerkenswerte Sympathiennoten - attestiert.

Seine Vergangenheit als Ökonom in der Notenbank, dann wirtschaftspolitischer Berater des früheren Finanzministers Hannes Androsch, Vize-Generaldirektor der landesgrößten Bank, Creditanstalt, und schließlich seit 1983 Chef der damals sanierungsreifen Länderbank gilt selbst in Kreisen der konservativen Opposition als Erfolgsnachweis. Jedemfalls sieht sich der designierte Säckelwart unbelastet von seinem Amtsvorgänger Salcher, den er in einem wohl dosierten Statement gestern auch gleich indirekt kritisierte; und er ließ keinen Zweifel daran, daß er die von ihm als Bankchef ohnehin abgelehnte Zinsertragsteuer auf Sparguthaben und Wertpapiere friedlich wieder einschlummern läßt, ehe sie in ihrem ersten Jahr der Wirksamkeit noch überhaupt zur Geltung kommen kann.

Bei dem erklärten Ziel - der Sanierung des Staatshaushalts - wird aber auch dem neuen Verkehrsminister Lachna eine Schlüsselstellung zukommen. Denn immerhin belasten die Bundesbahnen, das Budget derzeit mit 25 Milliarden Schilling (3,5 Mrd. DM) Defizit jährlich, die es abzubauen gilt. Und auch die verstaatlichte Industrie mit ihren knapp über 10 000 Beschäftigten macht seit Jahren erhebliche Verluste, die letztlich ebenfalls das Budget zunehmend belasten.

Von Lachna wird daher mehr als nur Verkehrspolitik zu erwarten sein. Sein Ziel hat er denn auch gestern bei der Vorstellung neuen Minister klar umrissen: Verkehrspolitik könne nicht nur Selbstzweck sein, sie müsse vielmehr mit dem umfassenderen Ziel der Beschäftigungs- und Einkommenssicherung betrieben werden.

NESTLE / Übernahme des US-Konzerns Carnation eine der größten Firmenfusionen

Amerika-Geschäft verdoppelt sich

IRENE ZÜCKER, Genf

Das größte Schweizer Unternehmen und einer der führenden Nahrungsmittelkonzerne der Welt, Nestlé, will den US-Nahrungsmittelkonzern Carnation Co., Los Angeles, für rund drei Milliarden Dollar (über 8,8 Mrd. DM) übernehmen. Dies wäre eine der größten und spektakulärsten Firmenaufkäufe eines ausländischen Unternehmens in den USA. Die Nestlé AG hat mit dem Konzern ein Fusionsabkommen geschlossen und wird den Aktionären demnächst die Kaufofferte vorlegen. Nestlé könnte durch die Übernahme sein bereits groß angelegtes Amerikageschäft mehr als verdoppeln.

Gut einen Monat nach der gescheiterten Übernahme der amerikanischen Kontaktlinsenfirma Coopervision hat Nestlé damit zu einem unvergleichlich größeren Fischzug in den USA ausgeholt. Wie das Unternehmen in Vevey mitteilte, will Nestlé den 9500 Carnation-Aktionären 83 Dollar pro Aktie anbieten. Der Ver-

waltungsrat des Konzerns in Los Angeles empfiehlt den Aktionären die Annahme des Angebots, das auch an der Wall Street als großzügig bezeichnet wird.

Als Folge der Gerüchtswelle der vergangenen drei Monate war der Carnation-Aktienkurs um fast 40 Prozent gestiegen und notierte am vergangenen Freitag mit 75,5 Dollar; nach Bekanntgabe des Fusionsplanes kletterte der Kurs auf 79,5 Dollar.

Nestlé hat bereits mit Anteilseignern ein Separatabkommen über den Erwerb von 27 Prozent der Aktien geschlossen. Zudem wurde dem Schweizer Unternehmen eine Option zum Bezug von 6,4 Mill. noch nicht ausgeübter Aktien ebenfalls zum Preis von 83 Dollar eingeräumt. Damit hat sich Nestlé bereits 38 Prozent des (erhöhten) Kapitals gesichert, was im Fall einer Konkurrenzofferte Bedeutung hätte.

Die Carnation Co., bedeutendster amerikanischer Kondensmilchfabrikant und größter Hersteller evapo-

rierter Milchzerzeugnisse weltweit, führender US-Konzernproduzent, Erzeuger von kulinarischen Produkten, Gütern für Gastronomie und Großverbraucher sowie Haustierfutter, verfügt in 18 Ländern über 100 Produktionsbetriebe und beschäftigt 22 000 Mitarbeiter. 1983 hatte die Carnation einen Umsatz von 3,37 Mrd. Dollar und rund 199,3 Mio. Dollar verdient. 80 Prozent von Umsatz und Ertrag werden im Nahrungsmittelbereich erwirtschaftet. Das Auslandsgeschäft stellt 27 Prozent des Konzernumsatzes.

Im Gegensatz zur mißglückten Übernahme der Coopervision wird diesmal mit keiner Intervention der Antitrustbehörden gerechnet, da Nestlé auf dem amerikanischen Markt für Milchereiprodukte bisher kaum engagiert ist. Trotzdem ist die Stellung Nestlés in der US-Nahrungsmittelindustrie bedeutend (Nestlé Co., Stouffer Corporation, Beech-Nut Co., Libby, McNeill and Libby Inc. u.a.).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Eisvoigt-Konkursantrag

Wolfsbittel (dos.) - Die Kihlmöbelfabrik Eisvoigt Ludwig Voigtland GmbH & Co. KG in Wolfsbittel hat beim dortigen Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt. Das Unternehmen, das seit 1981 zur Kihlmöbelfabrik + Apparatebau GmbH in Heidesheim/Rhein gehört, beschäftigt 210 Mitarbeiter. Nach Angaben der Geschäftsführung wird derzeit an einer Auffanglösung gearbeitet. Offen sei, ob beim Land Niedersachsen um eine Bürgschaft nachgesucht wird. Die Finanzlücke dürfte 2,5 Mill. DM betragen.

Seattle kauft MAN-Busse

München (dpa/VWD) - Die amerikanische Stadt Seattle hat der MAN einen Großauftrag über 46 Oberleitungsbusse erteilt. Wie der Fahrzeug-

hersteller in München mitteilte, hat der Auftrag einen Wert von über 42 Mill. DM. Die Busse sollen 1985/86 ausgeliefert werden. Bereits in der Vergangenheit hatte Seattle 352 dieselmotorgetriebene Gelenkbusse bei MAN gekauft.

Anfall aufholen

Stuttgart (dpa/VWD) - Bei der Daimler-Benz AG, Stuttgart, sollen mit Überstunden die durch den Arbeitskampf in der Metallindustrie verursachten Produktionsausfälle aufgeholt oder teilweise wettgemacht werden. In den kommenden Wochen werden deshalb rund 3 200 Arbeiter im Werk Stuttgart-Untertürkheim täglich ein bis zwei Stunden länger arbeiten. Im Pkw-Montagewerk in Sindelfingen wird vom Montag an die Spätschicht für die Dauer von acht Wochen um eine Stunde verlängert.

Durch den siebenwöchigen Arbeitskampf konnten bei Daimler-Benz 65 000 geplante Pkw nicht produziert werden.

Ergebnis verbessert

Sachsenberg (ndt.) - Der Außenumsatz der Stockmeyer-Gruppe, Sachsenberg, stieg im Geschäftsjahr 1983/84 (31.1.) um knapp 5 Prozent auf 288 Mill. DM, als Jahresgewinn werden 7,4 (1,5) Mill. DM ausgewiesen. Zur Gruppe gehören die beiden Produktionsbetriebe Westfälische Fleischwarenfabrik Stockmeyer GmbH & Co. KG, Sachsenberg, und Buß GmbH & Co. KG, Ostersberg. Aus dem Bilanzgewinn der Holding Stockmeyer Verwaltungs KG in Höhe von 2,0 (3,1) Mill. DM wird eine Dividende von 6,67 Prozent plus einem Bonus in gleicher Höhe auf das Grundkapital von 15 (10) Mill. DM gezahlt.

FRANKREICH / Kosmetikerhersteller verzeichnen Zuwachs - Export stark gestiegen

Chancen am japanischen Markt

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Die Französin geht weniger zum Coiffeur, aber häufiger in die Badewanne. Auf diese Formel läßt sich etwas überspitzt der Jahresbericht des Verbandes der französischen Kosmetikindustrie bringen. Von dem 1983 um 16,7 Prozent auf 20,3 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz entfielen 12,7 Mrd. Franc auf den Inlandsabsatz. Das waren wertmäßig 13,5 Prozent, mengenmäßig aber nur 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Bei den Haarpflegemitteln ging der Absatz um real 2,4 Prozent zurück - bei den Toilettenartikeln (Seife, Badecreme und so weiter) nahm er um real 9,3 Prozent zu.

Doch der Verbrauch an Kosmetika vom Lippenstift bis zum Lidschatten brachte es auf einen Zuwachs von immerhin 5,4 Prozent. Andererseits verbrauchte sie an Parfüm nur ein bescheidenes Prozent mehr. Immerhin mußten die Franzosen letztes Jahr einschließlich der Besser- und schlechteren Güter den Gürtel enger schnallen. Hinzu kam, daß die Parfümpreise besonders stark gestiegen waren, nämlich um durchschnittlich 14 Prozent bei einer Inflationsrate von 9 Prozent. Auch mag sich inzwischen eine gewisse Kosmetiksättigung eingestellt haben. Sie veranlaßt die Produzenten, den Export voranzutreiben, und dies nicht ohne Erfolg.

So konnte 1983 allein der Direktexport an Kosmetika aller Art um 20,7 Prozent auf 7,6 Mrd. Franc gesteigert werden, dabei - dank der Dollarhaube - um 43 Prozent in die USA, um 30 Prozent nach Großbritannien und um 25 Prozent in die Bundesrepublik. Diese drei größten Auslandsmärkte für französisches Parfüm kauften immer stärker auch Kosmetika aus Frankreich, schreibt der Verband. Auf diesem Sektor sei inzwischen ein Durchbruch erzielt worden.

Aber die Kosmetik hat die französische Devisenlage in Wirklichkeit noch mehr verschönt. Etwa 1,4 Mrd. Franc wurden letztes Jahr an Gebühren für im Ausland unter französi-

scher Lizenz gefertigte Produkte kasziert. Dazu kamen die statistisch nicht erfassbaren Käufe ausländischer Touristen in Frankreich.

Ihre größten Expansionschancen sieht die französische Kosmetikindustrie mittelfristig in Japan. Das Land der aufgehenden Sonne ist immerhin der zweitgrößte Kosmetikmarkt der Welt nach den USA. An seinem Verbrauchsvolumen von über 30 Mrd. Franc sind Importartikel gegenwärtig aber nur mit einer halben Milliarde Franc beteiligt. Davon stellt Frankreich etwa ein Drittel.

Als wichtigsten Grund für seinen verhältnismäßig bescheidenen Export nach Japan nennt der Verband die besonders komplexen Handelsbeschränkungen. Außerdem sind die japanischen Verbrauchsgewohnheiten gerade in diesem Bereich von den europäischen sehr verschieden. Gefragt sind vor allem Körper- und Haarpflegemittel, dagegen kaum Parfüms und auch wenig Kosmetika.

schaffen. Hinzu kam, daß die Parfümpreise besonders stark gestiegen waren, nämlich um durchschnittlich 14 Prozent bei einer Inflationsrate von 9 Prozent. Auch mag sich inzwischen eine gewisse Kosmetiksättigung eingestellt haben. Sie veranlaßt die Produzenten, den Export voranzutreiben, und dies nicht ohne Erfolg.

So konnte 1983 allein der Direktexport an Kosmetika aller Art um 20,7 Prozent auf 7,6 Mrd. Franc gesteigert werden, dabei - dank der Dollarhaube - um 43 Prozent in die USA, um 30 Prozent nach Großbritannien und um 25 Prozent in die Bundesrepublik. Diese drei größten Auslandsmärkte für französisches Parfüm kauften immer stärker auch Kosmetika aus Frankreich, schreibt der Verband. Auf diesem Sektor sei inzwischen ein Durchbruch erzielt worden.

Aber die Kosmetik hat die französische Devisenlage in Wirklichkeit noch mehr verschönt. Etwa 1,4 Mrd. Franc wurden letztes Jahr an Gebühren für im Ausland unter französi-

PEUGEOT-KONZERN / Calvet wird neuer Präsident

Hauptaufgabe ist Sanierung

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris

Die zweijährige Konfrontation zwischen Jacques Calvet, dem Präsidenten der beiden Automobilgesellschaften Peugeot/Talbot und Citroën, und Jean-Paul Parayre, dem Präsidenten der Konzernholding Peugeot SA (PSA), ist ausgestanden. Wie erwartet erklärte jetzt Parayre seinen Rücktritt; der Verwaltungsrat bestimmte Calvet zu seinem Nachfolger und bestätigte ihn in seinem Amt bei Citroën. Neuer Peugeot/Talbot-Präsident wird Jean Boillet.

Ausschlaggebend für die Wahl Calvets an der Konzernspitze waren die Erfolge, die Calvet bei dem Personalabbau vor allem in den Talbot-Werken erzielt hat. Inzwischen erhielt er auch die Zustimmung der Regierung zur Reduzierung der Citroën-Belastung. Hier dauert jedoch der Konflikt mit den Gewerkschaften noch an. Auch deshalb will Calvet diese Gesellschaft weiter leiten.

Seine wichtigste Aufgabe wird aber darin bestehen, den Konzern wieder auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. Ende 1983 (1982) erreichte seine Verschuldung bei 85,21 (75,26) Mrd. Franc Umsatz 55,25 (47,19) Mrd. Franc, davon 39,84 (33,38) Mrd. Franc kurzfristige Verbindlichkeiten. Als Nettoverlust wurden 2,59 (2,15) Mrd. Franc ausgewiesen. Auch im bisherigen Jahresverlauf blieb der Konzern trotz der Verkaufserfolge des Peugeot 205 und des Citroën BX tief in den roten Zahlen.

Der 53jährige Calvet verfügt über beste Beziehungen zur Finanzwelt. Bis Anfang 1982 war er Präsident der Banque Nationale de Paris (BNP), der größten Bank Frankreichs.

Die finanziellen Schwierigkeiten des ehemals schuldenfreien Konzerns Peugeot begannen mit der Übernahme der europäischen Chrysler-Werke. Dazu kam die Zusammenlegung der Absatzorganisation von Peugeot und Talbot (Ex-Chrysler), die viele Händler veranlaßte, sich ausländischen Marken (vor allem VW) zuzuwenden.

Die EG-Kommission hat gegen die Bundesrepublik beim Europäischen Gerichtshof (EGH) ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Nach dem zahlreiche Versuche auf politischer Ebene gescheitert sind, ist sie jetzt offenbar fest entschlossen, eine Liberalisierung des gemeinsamen Versicherungsmarktes auf gerichtlichem Wege durchzusetzen. Bereits im Herbst 1983 hatte sie vor dem EGH Frankreich und Dänemark in der gleichen Sache verklagt.

Nach Ansicht der Kommission verstoßen eine Reihe von EG-Mitgliedsstaaten gegen die in den Römischen Verträgen festgelegte Dienstleistungsfreiheit. Der bundesdeutsche Versicherungsmarkt gilt in Brüssel als besonders geschützt. Die Kommission wirft den Deutschen vor, daß sie ausländische Versicherer zwingen, in der Bundesrepublik (als dem Land des abgedeckten Risikos) eine Niederlassung zu eröffnen.

Ausgangspunkt der Klage ist der Fall Schleicher. Der Versicherungsagent Franz Schleicher aus Ingolstadt hatte festgestellt, daß er seine Kunden günstiger über den Londoner Versicherungsmarkt bedienen könne. Das Berliner Kammergericht entschied in letzter Instanz, daß Schleichers Experiment rechtswidrig sei, weil er Versicherungsgeschäfte mit Unternehmen abgeschlossen habe, die nicht über Lizenzen für das Geschäft in der Bundesrepublik verfügten. Schleicher wurde mit einer Geldbuße von 8000 DM belegt. Seine Anwälte legen daraufhin Beschwerde bei der EG-Kommission ein.

VEREINIGTE STAATEN / Buße für Computerfirma

Exportverbot mißachtet

dpa/VWD, Washington

Der amerikanische Computerkonzern Digital Equipment Corp., Maynard/Mass., hat eine Geldbuße von 1,5 Mill. Dollar (4,3 Mill. DM) akzeptiert. Verhängt wurde die Buße wegen des Verstoßes gegen US-Exportbestimmungen durch die deutsche Tochtergesellschaft Digital Equipment GmbH, München.

Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, ist dies die bisher höchste derartige Strafe. 400 000 Dollar werden zunächst gestundet und nach drei Jahren erlassen, wenn die Münchner Firma sich nichts mehr zuschulden kommen läßt.

Nach den Ermittlungen des Ministeriums hat die Digital Equipment GmbH zwischen August 1981 und Januar 1983 an die deutsche Firma Richard Müller Computer und Zubehör geliefert. Müller wird von den US-Behörden beschuldigt, illegal US-Computer an die UdSSR verkauft und damit die Sicherheitsinteressen der USA geschädigt zu haben.

Wie die Digital Equipment GmbH

sie ausländische Versicherer zwingen, in der Bundesrepublik (als dem Land des abgedeckten Risikos) eine Niederlassung zu eröffnen.

Ausgangspunkt der Klage ist der Fall Schleicher. Der Versicherungsagent Franz Schleicher aus Ingolstadt hatte festgestellt, daß er seine Kunden günstiger über den Londoner Versicherungsmarkt bedienen könne. Das Berliner Kammergericht entschied in letzter Instanz, daß Schleichers Experiment rechtswidrig sei, weil er Versicherungsgeschäfte mit Unternehmen abgeschlossen habe, die nicht über Lizenzen für das Geschäft in der Bundesrepublik verfügten. Schleicher wurde mit einer Geldbuße von 8000 DM belegt. Seine Anwälte legen daraufhin Beschwerde bei der EG-Kommission ein.

Digital hat durch die Geschäftsbeziehungen mit der Deutsche Integrated Time GmbH, einer Firma von Richard Müller, gegen amerikanische Ausfuhrbestimmungen verstoßen. Dieser Firma wird vorgeworfen, hochwertiges technologisches Gerät (darunter auch VAX-Computer) in die UdSSR geschmuggelt zu haben.

Das Handelsministerium in Washington hat Digital zugestanden, daß die deutsche Tochter im Fall Richard Müller zu keinem Zeitpunkt schuldhaft, vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt, sondern die Behörden bei der Aufklärung der Vorwürfe von Anfang an umfassend unterstützt hat.

ISRAEL / Heftiger Streit um Haushaltskürzungen

Notplan der Zentralbank

rr, Jerusalem

Vertreter des israelischen Finanzministeriums und der Zentralbank sind im Streit um die Bewältigung der Wirtschaftsprobleme des Landes aneinandergeraten. Einen am Montag von Notenbankchef Moshe Mandelbaum vorgelegten Notplan, in dem Haushaltskürzungen von rund 1,5 Mrd. Dollar gefordert werden, lehnten die Vertreter des Finanzministeriums ab. Mandelbaum plädiert in seinem Entwurf ferner für ein sechsmonatiges Einfrieren der Löhne und Preise sowie für die Förderung von Exporten. Dadurch schaffe man die Bedingungen, um auf den Weg des Wirtschaftswachstums zurückzukehren, erklärte Mandelbaum.

Der Zentralbankchef veröffentlichte seine Vorschläge, nachdem die jüngste Zentralbank-Statistik für Au-

gust einen Rückgang der Währungsreserven um 192 Mill. Dollar auf 2,4 Mrd. Dollar ausgewiesen hatte. Das ist deutlich unter der von den meisten Experten als Minimum betrachteten „roten Linie“ von drei Mrd. Dollar.

Sprecher des Finanzministeriums sagten der Nachrichtenagentur Reuters, Mandelbaum habe durch die Veröffentlichung eines solchen Notplans seine Kompetenzen überschritten und sei Finanzminister Jigal Cohen-Orad in den Rücken gefallen. Die vorgeschlagenen Kürzungen seien zu drastisch, um in einem Schritt vorgenommen zu werden. Im Finanzministerium selbst habe man eine Ausgabenkürzung von rund 800 Mill. Dollar anvisiert. Wirtschaftsexperten äußerten die Auffassung, an Mandelbaums Vorschlägen sei nichts „radikal Neues“.

Bei Miele Waschautomaten ist Qualität eine Frage von höchstem Gewicht.



Daß Miele Waschautomaten die schwersten Deutschlands sind, hat gewichtige Gründe: Es ist mehr drin und mehr dran.

Zum Beispiel: der bis zu 25 % stärkere Gehäusestahl.

Oder die kratz- und stoßfeste Emaillierung, die nie vergilbt.

Oder die hochwertigen hydraulischen Stoßdämpfer, die alles abfangen können.

Oder die zwei Heizkörper, die sich die Arbeit teilen und deshalb länger leben.

Oder das Bullauge: Glas statt Plastik.

Oder die über 80jährige Erfahrung, die in jedem Miele Gerät steckt. Und unsere ausgereifte Technik, die sich seither millionenfach bewährt hat.

Übrigens: Das einzig Leichte am Miele ist seine Bedienung.

Also: Machen Sie es sich leicht. Nehmen Sie den Schwersten. Ihr Fachhändler hat noch weitere schwerwiegende Argumente für Sie bereit.

Miele

Miele Waschautomaten. Nur beim Fachhandel.

Miele & Cie., D-4830 Gütersloh

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

DAMENOBEBEKLEIDUNG / 142. Modespektakel

Umsatzplus durch Export

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zwar haben die deutschen Hersteller von Damenoberbekleidung (DOB) im ersten Halbjahr 1984 eine Umsatzsteigerung um 7,8 (real 4,5) Prozent auf 5,1 Mrd. DM erzielt, doch enthielten diese Zahlen nach Angaben des Verbandes vorhandene Firmenkonstrukturen nicht. Auf der anderen Seite sind die insgesamt positiven Entwicklungen eine Folge von richtiger Markteinschätzung, Erkennen von Modetrends und Rationalisierungsmaßnahmen der Betriebe.

Nach den Worten der DOB-Verband-Geschäftsführerin Hildegard Panck konnten die wachsenden Ausfuhr des ersten Halbjahres (plus 17,7 Prozent auf 1,48 Mrd. DM) die stark ansteigenden Einfuhren (plus 22,6 Prozent auf 2,7 Mrd. DM) nur geringfügig aufwiegen.

Im Export stärkte die Dollarkurs-Entwicklung im internationalen Wettbewerb der DOB den Rücken. Wichtigste Ausfuhrländer sind die Niederlande (888 Mill. DM), die Schweiz (248) und Österreich (237 Mill. DM). Die stärksten Einfuhren stammten aus Italien (398 Mill. DM), aus Hongkong (377), Jugoslawien (212) und Griechenland (198 Mill.

DM). Bis auf die problematischen Ostasien-Einfuhren, schädigen, so Frau Panck, die Einfuhren nicht die deutschen Brancheninteressen.

Frau Panck äußerte jedoch Kritik an Italien und verschiedenen EG-Subventionspraktiken. Die Ostasien-Einfuhren deutscher Konfektionäre würden in der öffentlichen Meinung überschätzt. Sie liegen allenfalls bei 25 bis 30 Prozent.

Insgesamt hat der Druck auf die Ertragslage der Unternehmen nachgelassen, da die Tarifabschlüsse unter dem Vorjahresniveau lagen und die Vormaterialpreise weniger stark gestiegen sind. Dennoch ging im ersten Halbjahr die Zahl der DOB-Betriebe um 21 auf 1324 zurück. Die Zahl der Beschäftigten blieb mit knapp 89 000 annähernd stabil.

Zur 142. Igedo - Düsseldorf Modemesse -, dem zusammen mit der zeitgleich stattfindenden Igedo Dessous - größten Modespektakel, das es je gab -, werden ab Sonntag insgesamt mehr als 3500 Aussteller in Düsseldorf erwartet, davon allein 2600 aus 30 Staaten in erstmals sämtlichen Messehallen (147 000 qm). 380 Aussteller kommen aus dem Ausland.

COUTINHO, CARO / Ausfall des Lagergeschäfts durch Expansion im Handelsbereich nahezu kompensiert

Der neuen Mutter in Glanzform präsentiert

JAN BRECH, Hamburg

Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß die Übernahme des Hamburger Handelshauses Coutinho, Caro & Co (CCC) durch den US-Konzern McDermott International Inc., New Orleans, im Frühjahr dieses Jahres nicht einer finanziellen Notlage der Gruppe entsprungen ist, dann liefert der Abschluß für das Geschäftsjahr 1983 einen überzeugenden Beweis. Die von persönlich haftenden Gesellschaftern zu Vorstandsmitgliedern avancierten Wolf-Elmar Warning (Sprecher), Hennig Brandes, Helmut Sternberg und Jan Schütt präsentieren für das Berichtsjahr ein Ergebnis, das an die besten Zeiten der Handelsgruppe erinnert.

Bei einem um 5,7 Prozent auf 2,4 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz schließt die Konzernrechnung mit einem um 72 Prozent höheren Jahresüberschuß von 29,1 Mill. DM. Das Hamburger Stammhaus Coutinho, Caro & Co AG weist einen um 12,3 Prozent gestiegenen Umsatz von 1,1 Mrd. DM und einen um 32 Prozent verbesserten Jahresüberschuß aus. Das Eigenkapital von knapp 200 Mill. DM im Konzern und von 85,5 Mill. DM beim Stammhaus ergibt die für

ein Handelshaus überdurchschnittliche gute Eigenkapitalquote von 13,5 Prozent.

Das außerordentlich erfreuliche Ergebnis sei in diesem Jahr zwar nicht wieder zu erreichen, betont Finanzchef Brandes, doch werde CCC mit einem Reingewinn von 9 bis 10 Mill. DM beim Stammhaus auf hohem Ertragsniveau bleiben. Das internationale Handelsgeschäft laufe bislang gut und auch die Sparte Industrieanlagen- und Hochbau lasse anständige Ergebnisse erwarten. Wegfallen wird in diesem Jahr der Ertrag aus dem internationalen Stahlgeschäft. Dieser Bereich mit einem Umsatzvolumen von rund 470 Mill. DM ist im Besitz der Gründerfamilie Coutinho verblieben.

Die CCC-Gruppe, deren Obergesellschaft Coutinho, Caro & Co KGaA inzwischen in eine AG umgewandelt worden ist, konzentriert sich jetzt ausschließlich auf den Handel sowie den Industrieanlagen- und Hochbau. Die starke Expansion vor allem im Handelsbereich dürfte 1984 den Umsatzausfall aus dem Lagergeschäft nahezu kompensieren. Die zusätzliche Geschäftsausweitung erwartet sich CCC durch die beabsichtigte enge

Zusammenarbeit mit der neuen Mutter. So soll CCC im weiteren Verlauf des Jahres in den weltweiten Einkauf der McDermott-Gruppe eingeschaltet werden. Der Erwerb des Handelshauses, dessen Aktivitäten sich in keinem Bereich mit McDermott überschneiden, sei für den US-Konzern eine strategische Anlage. McDermott zählt weltweit zu den führenden Unternehmen beim Bau von Offshore-Plattformen und der Verlegung von Unterwasser-Pipelines.

Schwerpunkt der CCC-Aktivitäten ist und bleibt dagegen der internationale Stahlhandel. Die seit dem zweiten Halbjahr 1983 muntere Entwicklung habe sich bis jetzt fortgesetzt. Gemessen an Umsatz, Ertrag und Tonnage werde CCC voraussichtlich das schon sehr gute Ergebnis von 1983 nochmals übertreffen. Bei den Auslandsgeschäften hat CCC die letzten Schwachstellen ausgemerzt. Die Doolan Steel Corp., USA, inzwischen im Besitz der Familie Coutinho, ist 1983 mit hohem finanziellen Aufwand saniert, die Beteiligung an einer italienische Firma verkauft worden.

Der Umsatz im Handel stieg bei CCC 1983 um 14,3 Prozent auf 1,52

Mrd. DM. Abrechnungsbedingt war der Zuwachs im Industrieanlagen- und Hochbau mit fast 30 Prozent noch größer (575 nach 445 Mill. DM). Das Ergebnis dieses Bereichs, so Warning, sei ebenfalls sehr gut gewesen und werde sich 1985 wiederholen. Unbefriedigend verlief dagegen der Auftragsingang. Vor diesem Hintergrund habe CCC den für ein Handelshaus mutigen Schritt getan, den Anlagenbau bewußt auf Produkte abzustellen. Um das große Know-how, das CCC vor allem im Anlagenbau für die Glas- und Getränkeindustrie habe, noch besser zu nutzen, sind die beiden Bereiche in selbständige Gesellschaften eingebracht worden. An der Coutinho Food Engineering GmbH wurden zudem die Holsten Brauerei AG und die AN AMS Anlageplanung GmbH & Co als Partner aufgenommen.

Im Gesamtumsatz von 2,4 Mrd. DM sind für 1983 zum letzten Mal rund 590 Mill. DM aus dem Stahlgeschäft enthalten. Dieser Bereich habe zwar mit Gewinn gearbeitet, heißt es, das unternehmerische Risiko über Lager Stahl zu handeln, sei jedoch nicht ausreichend kompensiert worden.

GEDELF

In diesem Jahr wieder zugelegt

hg. Bonn

Die Gedelf Großverkauf GmbH + Co. KG, Köln, konnte in diesem Jahr bis einschließlich Juli ihren Gesamtumsatz im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres um 8,1 Prozent steigern. Dabei sei der Umsatz im Vertragsgeschäft um 10,1 Prozent gewachsen, heißt es in einer überaus knapp gehaltenen Mitteilung des Unternehmens, während das Eigengeschäft um 2,7 Prozent zulegte.

Das Jahr 1983 stand für die Gedelf indes im Zeichen der Stagnation, nachdem der Kreis der Gesellschafter geschrumpft war. Der Umsatz stieg lediglich um magere 0,5 Prozent auf 6,75 Mrd. DM. Inzwischen hat sich jedoch der Gesellschafterkreis wieder um vier vergrößert, unter ihnen die Hüssel Holding AG. Trotz der Stagnation sei es 1983 gelungen, die Kosten noch einmal um 14,1 Prozent zu senken, teilt die Gedelf weiter mit. Dies sei durch Änderungen in der Organisation erreicht worden. Die Gesellschafter hätten davon profitiert, denn die Vorwegvergütungen seien um 12,5 Prozent erhöht worden. Der Bilanzgewinn von 0,4 Mill. DM wurde voll in die Rücklagen eingestellt.

Noris Bank ist weiter gewachsen

dpa/VWD, Nürnberg

Die zur Schickedanz-Gruppe gehörende Noris Bank GmbH, Nürnberg, ist auch im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Januar) weiter gewachsen. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht des hauptsächlich im Privatkundengeschäft arbeitenden Instituts hervorgeht, erhöhte sich das Geschäftsvolumen um 5,2 Prozent auf 2,27 Mrd. DM und die Bilanzsumme um sechs Prozent auf 1,91 Mrd. DM. Im Aktivgeschäft erhöhte sich das Kassenkreditvolumen - bei der Noris Bank die wichtigste Position des Kreditvolumens - um fünf Prozent auf 1,22 Mrd. DM.

Insgesamt lag das Kreditvolumen bei 1,74 (1,66) Mrd. DM. Auf der Passivseite wurde bei den Spareinlagen trotz allgemein rückläufiger Sparquote eine Zunahme um 5,2 Prozent auf 888 Mill. DM erreicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen auf 497 (450,8) Mill. DM zu. Der Rohertrag habe sich zusammen mit der Risikoversorge und den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen um 20,6 Mill. auf 131,8 Mill. DM verbessert. Als Jahresüberschuß werden 7,78 (4) Mill. DM ausgewiesen. An die Gesellschafter werden davon 7,63 Mill. DM ausgeschüttet, der Rest auf neue Rechnung vorgetragen.

Phywe reduziert die Belegschaft

dos, Göttingen

Im Rahmen eines neuen Unternehmenskonzeptes wird die in Schwierigkeiten geratene Phywe AG, Göttingen, bis März 1985 die Mitarbeiterzahl drastisch auf 485 Beschäftigte verringern. Vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren stark geschrumpften deutschen Lehrmittel-Marktes will der Vorstand zugleich die Exportanstrengungen intensivieren und das Produktionsprogramm auf eine breitere Basis stellen.

In einer Stellungnahme des Unternehmens, die als Reaktion auf die Aussetzung der Börsennotiz zu werten ist, heißt es, die eingeleiteten Maßnahmen dürften dazu führen, daß der Tiefpunkt des Ergebnisses in 1984 erreicht wird. Erst 1985 und 1986 sei mit einer nachhaltigen Verbesserung der Ertragsituation zu rechnen.

Nach Angaben des Vorstands ergab sich 1983 ein Jahresfehlbetrag von 6,1 Mill. DM, der durch die Auflösung offener Rücklagen ausgeglichen wurde. Durch die Belegschaftsreduzierung - Ende 1983 zählte Phywe noch 784 Mitarbeiter - ergebe sich 1984 bereits eine Kostenentlastung von 5 Mill. DM. Das neue Konzept sei inzwischen auch den Hausbanken vorgelegt worden. Für Ende Oktober soll die Hauptversammlung einberufen werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnberg: Gertraud Wiegmann geb. Trüller, Alleininh. d. Fa. Gertraud Wiegmann Leuchtschreiber, Diepholz. Nolte: Haus Technik GmbH & Co. KG, Wagfeld-Ströben; Hamburg: KG in Fa. Rudolf Jackel; Lippstadt: Giesecke u. Schulte GmbH u. Co. KG; Moers: „Jost“ Suchmeck KG; München: Bavaria Werbe-Service-GmbH; Meister GmbH - internationale Spedition I. L.; Nürnberg: Alfred Zeiler; Nachl. d. Margarete Luise Gertner; Gantenberg, Lauf (Frg.): Seitz; Kurt Schnetker Verwaltungsges. mbH, Werl; Schnet-

ker Ges. mbH & Co. KG, Werl; St. Ingbert: Elisabeth Klehr-Schneider; Horst Lessmann, Kaufmann; Trier: Hamotex; Inh. Hans Mothes, Konzeptions- und Tübingen: S. u. B. M.A.-STER-MASSIVHAUS Baubetreuungsges. mbH, Mössingen; Wiesbaden: MASH Freizeitmodenhandel GmbH.

Vergleich beantragt: Enakirchen: Josef Weller Baunternehmung GmbH, Meckenbein; Lüneburg: Heinrich J. Tolben Spedition GmbH; Wöbbell: Gustav Martin Sörensen, Stedensand.

HANDEL / Strukturveränderung nicht abgeschlossen

Junge Generation gefordert

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der Lebensmitteleinzelhandel ist in eine strukturelle Veränderungsphase eingetreten, die weitgehend durch eine sehr eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeit der Nachfrage bestimmt ist. Die sinkenden Bevölkerungszahlen, die hohen Arbeitslosenziffern und die stagnierenden Reallohnsteigerungen sind dafür die mehr vordergründigen Ursachen. Einen erheblichen Einfluß übt dazu das wachsende kritische Verbraucherverhalten aus, das nicht nur höhere Ansprüche an die Preiswürdigkeit, sondern auch an den Gesundheitseffekt stellt.

Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich aus konkreten Zahlen ableiten. Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am privaten Verbrauch der deutschen Haushalte ist innerhalb der letzten zehn Jahre von 14,5 auf 12,4 Prozent gesunken. Zwar stieg im gleichen Zeitraum der nominelle Umsatz des Lebensmitteleinzelhandels von 70,9 auf 115,5 Mrd. DM, gleichzeitig ging jedoch die Zahl der Geschäfte von 138 000 auf 83 000 zurück, also um nahezu 40 Prozent. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, genauso wenig wie der Konzentrationsprozeß als zwangsläufige Folgeerscheinung.

Das ist die Ausgangssituation, die jetzt die überall nachrückende junge Generation im Handel vorfindet; nicht nur in den Managerpositionen der Filialunternehmen, auch in den noch bestehenden kleinen und mittleren Familienbetrieben. Diese Nachwuchskräfte treten einen schweren Gang an, bei dem ihnen gute Ratschläge aus der abtretenden Generation genauso wenig helfen wie

deren Erfahrungen und deren Vorbild. Die Voraussetzungen sind eben andere geworden.

Die verantwortliche Generation von heute und erst recht die von morgen hat sich anderen Problemen zu stellen. Das veränderte Verbraucherverhalten gehört genauso dazu wie die Folgen der technischen Entwicklung. Scannerkassen, mobile Datenerfassung, Banking-PoS, Btx, das sind nur einige der Schlagworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Es sind Entwicklungen, mit denen die meisten der jetzt abtretenden Führungskräfte überfordert wären, an die sie ihre Nachfolger jedoch heranzuführen. Für diese hat die neue Technik wenig Geheimnisvolles. Ihre Ausbildung ist allerdings noch das Verdienst ihrer Väter.

Diese Ausbildung ohne Scheuklappen trägt bereits Früchte. Die Jungmanager und -unternehmer der kleineren und mittleren Betriebe im Handel haben erkannt, daß sie sich im Wettbewerb mit den Großen nur behaupten können, wenn sie deren Werkzeuge und Methoden benutzen. Dazu gehört sowohl die Sortimentsgestaltung als auch die Kontrolle der Sortimentsbewegungen durch Warenwirtschaftssysteme. Genauso gehört dazu auch die Fähigkeit und die Bereitschaft der Großhandelsunternehmen, ihren angeschlossenen Einzelhändlern beratende und finanzielle Hilfestellung bei der Entwicklung zeitgemäßer Vertriebssysteme zu gewähren. Nicht zuletzt erforderlich ist auch eine Aufgeschlossenheit für Kooperationen, wie sie noch vor wenigen Jahren in der Handelslandschaft undenkbar waren.

Aktuelles.
Ein Fall für Telex.

Zeit ist Geld. Nach dieser Regel ist Telex der ideale Partner für Geschäftsleute. Denn Telex spart eine Menge Zeit: Über 1,4 Millionen Anschlüsse in aller Welt lassen sich per Telex in wenigen Augenblicken erreichen. Nicht mitgerechnet die Telex-Anschlüsse, die ebenfalls mit Telex zusammenarbeiten.

Doch Telex ist nicht nur etwas für Geschäftsleute, die auf den Pfennig achten; sondern auch für all jene, die den Wert eines guten Dialogs kennen.

Denn Telex ist dialogfähig: Wenn der eine Fragen stellt, kann der andere sofort antworten. Und das ohne Unterbrechung. Der Vorteil eines Dialoges per Telex: Beide Teilnehmer können sich jedes Wort immer wieder vor Augen führen. Schwarz auf weiß, mit zwei Durchschlägen und - was für Geschäftsleute besonders wichtig ist - rechtsverbindlich.

Hat der Empfänger nichts zu sagen, so bekommt der Absender zumindest die Bestätigung, daß seine Botschaft gut angekommen

ist: Der Austausch der Kennung am Ende der Nachricht macht es möglich.

Darüber hinaus ist Telex selbstverständlich 24 Stunden im Dienst - also auch, wenn mitten in der Nacht eine Nachricht vom Ende der Welt kommt. Mit anderen Worten: Telex ist Gold wert. Über individuelle Nutzungsmöglichkeiten berät Sie die Technische Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Die schöne Wilhelmine

Den Künsten und der Liebe innig zugetan

Das preußische Geschichtsbe-
wußtsein hat immer Löcher ge-
habt. Mit dem Tode des „Alten Fritz“
geht die allgemeine Historien-
kenntnis ins Leere. Erst an Gestalten
wie der Königin Luise oder ihres
drögen Gatten, Friedrich Wilhelm
III., macht sich unser Geschichtsbe-
wußtsein wieder fest.

Wer aber war Friedrich Wilhelm
III.? Er gilt als „Schlappschwanz“,
und so erschien er seinem strengen
Onkel und Vorgänger in Sanssouci.
Er neigte zur Märessenwirtschaft.
Er war ein eher behaglicher Roboko-
prinz, dabei war sein Regime später
nicht ohne Fortüne. Er hat, fast ohne
Krieg, das Staatsgebiet Preußens bei-
nahe verdoppelt. Unter seiner friedli-
chen Herrschaft wuchs die Popula-
tion nahezu auf das Doppelte, auf
über fünf Millionen Seelen, an.

Der Phlegmatiker auf dem Thron
ließ die Künste wachsen. Er gab das
Brandenburger Tor in Auftrag. Unter
seinem unauffälligen Regime sind ei-
nige der schönsten Bauten in Pots-
dam und Berlin entstanden. Er selber

Die schöne Wilhelmine - ZDF, 19.30
Uhr

spielte exzellent das Cello, viel besser
als sein strenger Onkel die Flöte. Er
bemühte sich ernsthaft, Mozart an die
Spree zu locken und ihn hier sesshaft
zu machen. Er war, wenn man so
sagen will, ein gemütlicher Friedens-
fürst. Gestalten wie seine sind ei-
nige der schönsten Bauten in Pots-
dam und Berlin entstanden. Er selber

Literarisch hat der dicke Wilhelm
nur geringfügiges Interesse, auch bei
der Nachwelt, erregt. Nur eigentlich
Ernst von Salomon hat dem abenteu-
erlich treuen Leben seiner königli-
chen Mätresse, der Gräfin von Lichte-
nau, der wir übrigens in Berlin eines
der schönsten ländlichen Fürsten-
schlösser, auf der Phaueninsel ver-
danken, einen fiktionalen und lesaren
Unterhaltungsroman gewidmet. Den
hat das ZDF nun, unter Beibehaltung
des Romantitels, von Karl Wittlinger
zu einem etwas behäbigen und reich-
lich fußgängerischen Vierteiler bear-
beitet lassen: „Die schöne Wilhelmi-
ne“.

Der Alte Fritz tritt auf, wie oft ge-
habt und von Herbert Sass mißmutig



Anja Kruse in der Rolle der schö-
nen Wilhelmine FOTO: TELEBUNK

am Stock gespielt. Johannes Hee-
sters, kurioserweise im Schottenrock,
gibt seinen Alterstreund, den Mar-
schall Keith. Jean Claude Braly hat
als der kisterne Casanova in Preußen
seinen Auftritt. Der alte Haderump
bringt die amoureuse Laufbahn der
schönen Trompeterochter, Wilhelmi-
ne Enke, erst richtig ins Laufen.

Sie, die später die Herzensfreundin
des neuen, trüben Königs werden soll
und zur Gräfin von Lichtenau werden
wird, sie wird in diesem reichlich
plauderhaften Vierteiler allerdings er-
staunlich rege und appetitlich aktiv
von der jungen Anja Kruse darge-
stellt. Sie ist unter so vielen histori-
schen Verkleidungen das einzig
schlagende Herz. Rainer Humold, als
ihr königlich verschlafener Liebhaber,
hat es da viel schwerer. Einen
„Schlappschwanz“ wirklich inter-
essant zu machen oder gar tragiko-
misch - das gelingt ihm nicht.

Man wird unter der weitläufigen,
ebenfalls oft allzu behaglichen Regie
von Rolf Sydow (der lustigerweise im
Film selber einen eigenen Namens-
vetter und preußischen Vorfahren
auftreten läßt) ein romanhaft weit
ausgebreitetes Historienbild erleben,
das unserer geschichtlichen Kenntnis
immer nur sehr bedingt auf die Beine
hilft.

Aber daß Preußen, zeitweise we-
nigstens, auch auf unterhaltsame
Weise lächerlich, daß es gemütlich,
daß es amüsant bewegt und eben
auch unterhaltsam sein konnte, das
wird manchem Zuschauer interes-
sant sein und neu. Preußens Gloria
klingt hier nicht mit Trompeten und
Schmetterlingstanz. Es gab auch Peri-
oden, in denen die Schallmeien in
Preußen klangen. Das will dieser
Film zeigen. Insofern, wenigstens, be-
trifft er Neuland. FRIEDRICH LUFT

Schlucken, was geboten wird?

Wenn es nach seinem Willen ge-
gangen wäre, gäbe es schon
seit bald fünfundsiebzig Jahren Pri-
vatfernsehen in der Bundesrepublik.
Doch Konrad Adenauer hatte die
Rechnung ohne das Bundesverfas-
sungsgericht gemacht. Der Rund-
funk, also Radio und Fernsehen, sei
nicht bloß ein Medium, stellten die
Karlsruher Richter 1961 im sogean-
annten „Fernsehurteil“ gegen Ade-
nauers Begehren fest. Er sei auch ein
„eminent Faktor der öffentlichen
Meinungsbildung“. Und wie sehr
dieser mißbraucht werden konnte,
hatte die Geschichte des deutschen
Rundfunks in den Jahren 1933-1945
gelehrt. Die Nationalsozialisten miß-
brauchten das Radio als reines In-
strument der Propaganda.

Im öffentlich-rechtlichen Sende-
betrieb von heute sind Manipula-
tionen wie zu Volksempfänger-Zei-
ten undenkbar. Doch als Folge des
gewaltigen technischen Fortschritts
in der Kommunikation ist die Mög-
lichkeit der Einflußnahme auf die
Gesellschaft durch die Massenme-
dien seit damals noch größer gewor-
den. Hörfunk und Fernsehen gelten
als die wichtigsten Nachrichten-
vermittler. Darüber hinaus ist ihre
Nutzung für die Mehrheit der Bun-
desbürger auch zur beliebtesten
Freizeitbeschäftigung geworden.

Die heutige Generation wächst in
ein Jahrhundert hinein, das unver-
gessen bleibt, daß das unge-
genügende stärker noch als das ge-
genwärtige geprägt sein wird von
den elektronischen Medien. Darum,
meint Manfred Jenke, der Hörfunk-
direktor des Westdeutschen Rund-
funks, komme gerade der Medien-
pädagogik eine immer wichtiger
werdende Aufgabe zu. Also ver-
anlaßt er seine Schulfunk-Redak-
tion zur Produktion einer Senderei-
he, die jetzt bereits ins dritte „Sem-
ster“ gegangen ist: „Umgang mit Me-
dien“. Ausgestrahlt wird sie diens-
tags im ersten Hörfunkprogramm
vom WDR. Zwei Wiederholungster-
mine gibt es jeweils eine Woche spä-
ter am Donnerstag in WDR 3. Zu
dieser Reihe bietet der Sender
schriftliches Begleitmaterial an.

Natürlich stellen wir in unserer
Reihe für Schüler von zehn bis sech-
zehn Jahren auch ein bißchen Tech-
nik vor, aber wir machen keine Sen-
dung für den Physikunterricht“, sagt
Wilfried Kortner, der verantwortli-
che Redakteur. „Die modernen
Technologien sind im Grunde nur
veränderte Verteilungssysteme, entschei-

dend sind die Inhalte, die sie trans-
portieren. Das deutlich zu machen ist
die Absicht unserer Reihe.“

Die jungen Leute sollen angeregt
werden, kritischer zu sein gegenüber
dem Wust an Informationen, den die
Massenmedien täglich ausströmen.
Das Fernsehen, mahnt der Schweizer
Medienpädagoge Christian Doel-
ker in einem der Begleithefte zur
Sendereihe, vermittelt nicht einfach
Wirklichkeit, sondern immer schon
eine Interpretation von Wirklichkeit.
Gefährlich sei es, beides zu verwech-
seln.

„Die Flut neuer Medien ist nicht
mehr aufzuhalten“, meint Thomas
Brückner, einer der Autoren der
Schulfunk-Stunden „Umgang mit
Medien“. „Die Frage ist nicht, ob das
gut oder schädlich ist. Die Frage lau-
tet vielmehr, ob man damit umgehen
kann. Je besser einem das gelingt,
desto geringer ist der Schaden.“

Mit Radio und Fernsehen um-
geben heißt vor allem, aus dem Me-
dienangebot das auszuwählen, was
einem persönlich geeignet und sinn-
voll erscheint, sagt Autor Helmut
Gott. Noch ist das Gegenteil die Re-
gel. Die Masse der Zuschauer hocke
aus purer Gewohnheit vor der „Glo-
ze“ und schlucke kritiklos alles, was
ihm vorgesetzt wird. Das Fernsehen
sei ein Medium, das seine Nachfrage
durch das Publikum selbst produzie-
re und ständig steigere. Das ist die
Meinung von Helmut Riecke, dem
Aufsichtsratsvorsitzenden der Ge-
sellschaft für Unterhaltungselek-
tronik.

Die Schulfunkreihe aus Köln be-
schäftigt sich allerdings nicht nur
mit Hörfunk und Fernsehen. Sie be-
zieht die Presse, das Satelliten- und
Kabelfernsehen, den Bildschirmtext
sowie Computer und Video in den
„Unterricht“ mit ein. „Ich bin si-
cher“, meint Redakteur Wilfried
Kortner, „daß uns bei der Schnellei-
bigkeit auf dem Medienmarkt die
Themen für weitere Sendungen
nicht so schnell ausgehen werden.“

Wenn ein Sender wie der WDR ein
Schulfunkprogramm „Umgang mit
Medien“ anbietet, ist natürlich auch
ein bißchen Werbung in eigener Sa-
che dabei. Die Reihe, betont Kor-
tner, wolle auch die Leistungsfähig-
keit des öffentlich-rechtlichen Rund-
funksystems darstellen und deutlich
machen, daß es keine Alternative öf-
fentlich-rechtlich oder privat geben
könne. Es könne nur ein Nebenein-
ander geben. EGON WOLFF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.00 Tageschau mit Tagesheften	12.15 ZDF Magazin
12.25 Das kleine GIM	12.35 Proseleschau
Fernsehspiel von Erwin Keusch	13.00 Tageschau
13.00 Der Weonix und die Seelenfischchen	14.00 heute
Puppenspiel der Kleinen Bühne	14.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
13.30 Das neueste Spielzeugs	1. Tücken in Berlin - Ein Schulbel-
14.00 Tageschau	spie von Gernot Schley
Die Bundes der Pädagogen	Anschl. heute-Schlagzeilen
Zu Gast bei Günther Philipp: Mo-	14.35 Kleine Abenteuer
na Baptista, Gerd Riedmann,	Kanadische Fernsehreihe
Heinz Fütterer	Poulo, der Sternengucker
14.55 Wir klären	17.00 heute / Aus den Ländern
einer Sinti-Familie	17.15 Teile-Silbersteine
Film von Christa Auch-Schwick	Zu Gast: Jack Dupree
17.00 Tageschau	mit Axel Zwingenberger und Ha-
Dazw. Regionalprogramme	zell Deon
20.00 Tageschau	17.30 Zwei schwarze Schafe
Anschl. Der 7. Sinn	Luftkurat in ruhiger Lage
20.15 Göttingen	Dazw. heute-Schlagzeilen
Chemische Waffen - Stiefkinder	19.00 heute
der Abrüstung	19.30 Die schöne Wilhelmine
Bestandsaufnahme	Vierteiliger Fernsehfilm von Karl
Über die atomare Bedrohung ist	Wittlinger
in den letzten Jahren ausgiebig	nach dem Roman von Ernst von
diskutiert worden, vorgesehen wur-	Salomon
de die chemische Kriegsführung.	1. Teil: Ewige Treue
21.15 Ich steh' mich wohl in diesem Le-	Regie: Rolf von Sydow
ben	Wie würden Sie entscheiden?
TV-Special mit Roland Kaiser	Breyten Breydenbach - Uner-
Kassens Sie Kiez?	würdicht in Südafrika
21.45 Rainer Brandt informiert über	Ein Dichter im Exil
neue Filme	Film von Georg Stefan Troller
In der neuen Ausgabe des Kino-	22.30 Filmforum
Magazins geht es um den Philip-	Elo Kazan - Outsider
pen-Film „Der Stoff“, aus dem	Porträt des Regisseurs zum 75. Ge-
die Helden sind“, der sich mit den	burtsdag von Annie Tresgot und
ersten Astronauten beschäftigt	Michel Ciment (Zweikanalton
und bereits mit vier „Oscars“ aus-	deutsch/englisch)
gezeichnet wurde. Darüber hin-	23.45 heute
aus sieht die Sendung Ausschnitte	23.50 Das kleine Fernsehspiel
aus „Topatenwechsel“ von Go-	Einwas wird sichtbar
brilla Zerau und dem letzten	Buch und Regie: Harun Farocki
Woody-Alen-Film „Broadway	Anna und Robert lernen sich wäh-
Danny Rose“ vor.	rend einer Demonstration gegen
22.00 Tageschau	den Vietnam-Krieg kennen. Sie
22.05 Ansonsten ist alles in Ordnung	werden ein Paar. Aber ihre Lie-
Fernsehspiel von Roderich Felder	besgeschichte bleibt eng verbun-
Das Lehrershoppe Winzer hat	den mit der Vorbereitung und Auf-
sich ein Eigenheim erbaut und ist	arbeitung des Krieges, der Politik
entsprechend stolz darauf. Ge-	und der Ökonomie, die zu ihm ge-
schmeichelt nehmen sie Lob und	führt hat.
Bewunderung ihrer Freunde en-	
gegen und sind auch gerne be-	
reit. Pitt und Sandra das Haus zu	
zeigen.	
0.30 Tageschau	

Szene mit Uwe Friedrichsen und Jody Winter in der ZDF-Serie „Zwei schwarze Schafe“ (17.50 Uhr)

FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

17.00 Schulfernsehen
18.30 Bezirksorientierung
19.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tageschau
20.15 Das Haus am Strand
Amerikanischer Spielfilm (1955)
21.30 Wewelsberg - Ich kann dich nicht
vergessen
22.00 Käpfe der Geschichte: Joseph
Fouché
22.30 Wissenschaft zwischen Krieg und
Frieden
Diskussion mit Edward Teller, Hol-
mar von Dittfurth, Hans-Peter Derr
und anderen
0.30 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Deutsche Puppenspiele
18.30 Baselsheimer Puppenspiele
19.00 Ungewöhnlich leben
Pferdekinder aus Südschweiz
19.45 Fahr doch selbst und laß
Ausflüge in die Welt der Technik
Mit Steinen ins Jahr 2000
20.00 Tageschau
20.15 Vorwiegend heiter
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Gene Kelly, Dan Dailey u. a.
Regie: Gene Kelly, Stanley Donen
21.30 Grenzen der Wissenschaft
in Ost und West
22.30 Unter den Strahlen von Berlin
Von Norbert Scherdl
Die Stadt unter der Stadt: von der
Kontamination zum Atombunker
23.40 Nachrichten

SÜDWEST

18.00 Herbst der Fünftägigen
18.30 Teletext
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendchau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendchau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Nachrichten
19.30 Barthelemy Ärzte der Charité
Krisis - aus dem Leben Robert
Kochs
Von Rolf Gumbich
21.30 Sport unter der Lupe
22.00 Das Dörfle stirbt - es lebe die
Sammlung
Karlsruher Altstadt im Umbau
Film von Georg Felsner
22.30 Nachrichten
22.30 Stern
Film von Ruth Geiger-Pogels
23.10 Nachrichten

BAYERN

18.15 Die Ties-Sprechstunde
Tollwutgefährdeter Bozirk
18.45 Emden
19.00 Totent
19.00 Totent
20.00 Sam Mause
Film von Angelika Weber
21.35 Emden
21.35 Z. E. N.
21.35 Psycho
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Anthony Perkins u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
23.40 Nachrichten

Die Zeit

WIR HALTEN
SIE FEST - SO
WIE SIE IST.

Wer- geht

Eine Woche Weltgeschehen - kritisch, christlich, kreativ

Jeden
Freitag neu

SONNTAGSBLATT

Das Mobil-
der Macht

10/10/15/20

Einholen, überholen

P. Jo. - In Ost-Berlin weiß es wieder einmal einer ganz genau. Im Jahre 1918, so läßt Parteiprofessor Erich Hanks verlaufen, bricht endgültig der Kommunismus aus. In den Worten des Professors selbst: „Im Zeitraum zwischen 1918 und 1928 können in der DDR die kommunistischen Verteilungsprinzipien eingeführt werden. Es sind dann die materiellen Voraussetzungen vorhanden, um das heutige Prinzip der Verteilung der gesellschaftlichen Güter nach der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit in immer weiteren Bereichen durch das Prinzip 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' zu ersetzen.“

Schon Anfang der neunziger Jahre, so fährt der prognostische Professor fort, könne die Sowjetunion die USA „einholen“. Die Produktivität der USA werde von der Sowjetunion „beträchtlich vor dem Jahre 2018“ erreicht werden. Freilich, Erich Hanks Voraussetzungen

sind selbst unter seinen Parteifreunden nicht unumstritten. Allzu oft schon haben sie sich mit derartigen Prognosen in die Nesseln gesetzt. Man deklarierete fröhlich, das „Einholen“ und das „Überholen“, die dann immer wieder revidiert werden mußten.

Mit Lenin begann das mühsame Spiel. Der verkündete 1920 in einer Rede vor Jugendverbänden: „Die Generation, die jetzt 15 Jahre alt ist, wird die kommunistische Gesellschaft erleben und selber diese Gesellschaft aufbauen.“ Stalin, Chruschtschow, Ulbricht - sie alle haben ähnliche (falsche) Aussagen gemacht, bis Walter Ulbricht schließlich die dialektische Parole ausgab: „Überholen, ohne einzuholen!“ Das war ein Fuzelbaum, der faktisch zum Abbruch des einst so beliebten Überholspiels führte.

Vielleicht sollte sich auch Professor Hanks allmählich darauf besinnen, daß das Überholen in der heutigen Situation zu einem riskanten Manöver geworden ist. Man denke nur an den volkdemokratischen Lieblingssatz: Wo steht der Kapitalismus? Am Rande des Abgrunds! Aber der Sozialismus wird ihn trotz dem erfolgreich überholen!

„Des Lebens dunkle Seite künstlerisch bewältigen“ - Max Klinger im Hildesheimer Pelizaeus-Museum

Die Frau als Verführerin und Opfer

In Zuge einer Neubewertung des Symbolismus und Jugendstils gewann auch das Schaffen von Max Klinger (1857-1920), das zu seiner Zeit als ein Kulturdenkmal galt, aber nach seinem Tode unterschätzt wurde und in Vergessenheit geriet, wieder an Interesse. Die Virtuosität und Phantastik seines graphischen Werkes blieben stets unbestritten. Auch sein Einfluß auf den Surrealismus und die *pittura metafisica*, die sicher nicht den eigenen Absichten und Bildegedanken des Künstlers entsprach, wurde seit Giorgio de Chirico grundlegendem Aufsatz von 1921, in dem er den schon damals verkappten Klinger in seinem tiefgründigen und hellen Geist als den „modernen Künstler schlechthin“ feierte, immer wieder betont und in verschiedenen Ausstellungen überzeugend dokumentiert. Was bisher fehlte, war eine vorurteilslose Würdigung des Gesamtwerks von Max Klinger, das heißt ein Überblick über seine Skulptur, Malerei, Zeichnung und Druckgraphik, die als eine Ganzheit konzipiert waren und polyphon zusammenklangen.

Mit Hilfe des Museums der bildenden Künste in Leipzig, das wesentliche Teile des Klingerschen Werkes besitzt, war das 1978 in Rotterdam und 1982 in Wien versucht worden. Diese beiden Ausstellungen werden nun von der Übersicht „Max Klinger - Wege zum Gesamtkunstwerk“ im Pelizaeus-Museum in Hildesheim qualitativ und quantitativ übertroffen. Mit 354 Werken - dreizehn Skulpturen, 21 Gemälden, 43 Zeichnungen und 277 Radierungen - ist sie die umfangreichste Klinger-Retrospektive, die jemals stattfand. Ihre einzigartige Bedeutung gewinnt sie durch eine Reihe von Hauptwerken aus Leipzig, zu denen die polychromen Skulpturen „Salomé“ und „Kassandra“ sowie die berühmten Gemälde „Kreuzigung“ und „Die blaue Stunde“ gehören, sowie durch wichtige Leihgaben aus deutschen, dänischen, österreichischen und italienischen Museen, nicht zuletzt aus Privatsammlungen, die noch niemals öffentlich zu sehen waren.

Was veranlaßt ausgerechnet das Hildesheimer Pelizaeus-Museum, das durch seine bedeutende Jahresausstellung alter Kunstwerke aus Ägypten, Peru, Nigeria und anderen fernen Kulturbereichen weltweite Anerkennung fand, zu einer Klinger-Hommage? Zwei Ursachen kamen zusammen: Einmal die Vorliebe des Museumsdirektors, des Ägyptologen und Kunsthistorikers Arne Eggebrecht, für Klingers vielfältiges Schaffen. Zum anderen die Tatsache, daß der in Hildesheim geborene, heute als Professor an der Universität Mainz lehrende Maler und Grafiker Eberhard



Bedrängt von surrealen Visionen: „Die erste Zukunft“, das zweite Blatt aus der Radierfolge „Eva und die Zukunft“ von Max Klinger (1893)

FOTO: KATALOG

Schlotter im eigenen Schaffen als Radierer wesentliche Anregungen durch Klinger erhielt und selbst ein Sammler von Klinger-Graphik ist. Schlotter gab mehrere der vollständigen Graphikzyklen in die Ausstellung und wurde so neben der Bremer Kunsthalle zum wichtigsten Leihgeber für die Radierungen.

Die Ausstellung führt nicht nur Klingers vielschichtige Wege zum Gesamtkunstwerk vor Augen, sie wurde von den Veranstaltern selbst als ein Gesamtkunstwerk inszeniert. Die Idee einer der einzelnen bildnerischen Medien überspannenden Synthese der Künste, die Klinger leitete, wird so auf suggestiv Weise sichtbar und durch musikalische Untermauerung stellenweise auch hörbar gemacht. Wo in wenigen Fällen die Originale fehlen, weil sie aus techni-

schen oder konservatorischen Gründen nicht transportabel waren, werden sie in maßstäblichen Großfotos in die entsprechenden Werkgruppen einbezogen. Das gilt vor allem für das Leipziger Beethoven-Denkmal, das jetzt im neuen Gewandhaus seinen Platz fand, das Brahms-Denkmal der Hamburger Musikhalle und die beiden Riesengemälde „Das Urteil des Paris“ aus Wien und „Christus im Olymp“ aus Leipzig. Besonders fesselnd ist eine erste Rekonstruktion des Festivals der Villa Albers in Berlin-Steiglitz (1883/1885), in der die später verstreuten Bildtafeln und noch vorhandenen Teile der Türfüllungen nach den erhaltenen Fotodokumenten nun ein Jahrhundert später wieder zu einer räumlichen Einheit zusammengefügt wurden.

Bereits in einer seiner frühesten

Am 27. Juli erschien in der WELT ein Interview mit Peter Handke, das Lothar Schmidt-Mühlisch geführt hatte. Jetzt schrieb der Interviewte dem Interviewer einen Brief, der die Redaktion erstaunte. Hier Peter Handkes Brief und Lothar Schmidt-Mühlischs Antwort.

Rolle rückwärts aus einer hellen, heiteren, scharfen Unterhaltung



Peter Handke

FOTO: OPA

Lieber Herr Schmidt-Mühlisch,

vor kurzem erst kam mir in der WELT Ihre schriftliche Version des Gesprächs vor Augen, das wir beide Mitte Juni 1984 in Den Haag miteinander geführt hatten.

Ich bin nun in einer ähnlichen Lage wie vor etwa einem Jahr: Damals erschien in der römischen Tageszeitung „Il Messaggero“ ein vollkommen verdrehtes Interview mit mir. Es handelte von einem von Antwort zu Antwort sich wiederholenden Alkoholik, welcher angeblich ich sein sollte. Diese Fälschung wurde dann prompt durch die illustrierte „Stern“ in der Bundesrepublik weiterverbreitet. Damals beschloß ich, nicht zu reagieren, einerseits, weil ich natürlich geschmeichelt war, endlich einmal eine Rolle zugebillt zu bekommen (die des Alkoholikers, die ja dem Schriftsteller gebührt), andererseits, weil ich die *Erfindung* des italienischen Journalisten für so hinverbrannt hielt, daß ich meinte, jedermann werde sie durchschauen...

Mit Ihrer Wiedergabe unseres Gesprächs verhält es sich nun anders. Ich nehme diese nicht stillschweigend hin, zumal, wie ich vom Hörensagen weiß, die Münchener „Abendzeitung“ damit ein Umfragespiel veranstaltet und sich so zum Unsinn-Verstärker gemacht hat.

Folgendes: In Ihrer Version unserer Unterhaltung finde ich zwar viele von mir ausgesprochene Wörter wieder, jedoch keinen einzigen von mir so gesagt Satz und eine Anstrengung meiner schriftstellerischen Arbeit - das gilt auch für ein Gespräch - ist es eben, das dem Anschein nach falsch gewordenen Wörtern wieder richtige, den Tatsachen entsprechende Sätze zu formen. Es geht mir hier nicht um eine der üblichen, pompösen Richtigerstellungen. Ich werde nur ein besonders erschlagendes Beispiel für die Entstellung geben: Ich erzählte Ihnen im Verlauf des Gesprächs, ein Leitsatz für meine schriftstellerische Existenz sei jener Spruch des Meisters Eckhart geworden: „Vollende deine Weise“. Bei Ihnen steht statt dessen: „Tu deine Weisung.“

Sie und ich, wir wissen, wie das Gespräch zustandkam. Aus technischen Gründen wurde es nicht auf Band aufgenommen, sondern mitschrieben, und nicht von Ihnen persönlich. Ihr Angebot, ich könnte die Reinschrift vor dem Druck überprüfen, lehnte ich ab, im Vertrauen zu Ihnen, der Sie meine Arbeiten in den letzten fünfzehn Jahren so sorgsam und gerecht kommentiert hatten. Nun ist es das Gegenteil einer Reinschrift geworden. Besonders getroffen hat mich die gänzlich erfundene Schmähe auf F. X. Kroetz, welchen ich achte und für einen kleinen Meister halte. Und besonders bedauernd, daß Sie unsere helle, heitere, scharfe Unterhaltung zu einer kulturpolitierenden Schurkerei in Ihrer Zeitung verunthut haben. Ich kann nicht glauben, daß Sie dafür verantwortlich sind.

Trotzdem grüße ich Sie und wünsche Ihnen alles Gute, als Ihr

Peter Handke

Lieber Herr Handke, als ich heute Ihren Brief in die Hand bekam, verwandelte sich meine anfängliche Freude, von Ihnen zu hören, in wenigen Augenblicken über das Gefühl tiefer Ungläubigkeit in schmerzhafteste Enttäuschung. Meine Wertschätzung für Ihr literarisches Werk ist seit unserem ersten Gespräch vor vielen Jahren immer verbunden gewesen mit einer herzlichen Zuneigung zu Ihnen als Mensch, dessen Mut und Klarheit, dessen Courage und - vor allem - dessen deziderierter Wille, sich nicht in den geistigen Klischees der Zeit zu etablieren, mich auch selbst stets mit Freude und Hoffnung erfüllten.

Gerade jenes Gespräch in Den Haag, dessen schriftliche Fixierung Sie jetzt so heftig dementieren, schien mir das zu bestätigen. In diesem Gespräch sagten Sie ja prinzipiell gar nichts anderes als das, was Sie an anderer Stelle auch geäußert haben. Darf ich Sie an Ihre Rede anlässlich der Verleihung des Petrarca-Preises erinnern? Dort - die „Zeit“ (!) hat das am 29. Juni 1984 veröffentlicht - steht fast wörtlich das gleiche, was Sie mir in Den Haag gesagt haben. Wollen Sie sich jetzt plötzlich selbst dementieren? Oder: 1976 gab es im Fernsehen ein Streitgespräch zwischen Ihnen und Kroetz. Können oder wollen Sie sich nicht mehr daran erinnern, daß Sie Ihrem Kollegen damals vorwarfen, er reproduziere wie Programm-Musik die Melodie des Mittelalters? Nun, plötzlich sagen Sie, wir hätten über Kroetz gar nicht gesprochen. Ich gebe zu: Wir haben nicht nur über Kroetz



Lothar Schmidt-Mühlisch

FOTO: HOFF

gesprochen. Sie brachten noch andere Beispiele für Ihre These einer heruntergekommenen Aufklärung. Ich habe einige Beispiele weglassen müssen. Das Interview wäre in vollem Umfang zwei Zeitungseiten lang gewesen. Und ich habe in Ihrem eigenen Interesse von der Veröffentlichung einiger Passagen Abstand genommen. Sie hätten sonst einen Beleidigungsprozeß zu erwarten gehabt. Haben Sie vergessen, wie oft Sie das etwas unliterarische Wort „Arschloch“ verwendet haben? Ich fand das erschreckend. Aber ich versuchte, sorgsam mit Ihren Sätzen umzugehen.

Und nun sprechen Sie von „kulturpolitizierender Schurkerei“. Ich habe noch immer Ihre vehementen Aufforderungen im Ohr: „Schreiben Sie das. Sie werden das von mir nie wieder hören!“ Unter Zeugen! Habe ich Ihnen nicht angeboten, das Gespräch mit einem Tonbandgerät in Salzburg aufzuzeichnen? Sie bestätigen, daß ich Ihnen die Reinschrift zur Korrektur vorlegen wollte. Mir ist bewußt, daß eine Mitschrift Abweichungen in begrenztem Maße nicht ausschließt. Ihr Eckhart-Zitat machten Sie im Gespräch nicht als solches kenntlich, weswegen ich keinen Grund hatte, an der Mitschrift zu zweifeln. Und das noch zum Schluß: Die WELT-Redaktion hat am Text kein einziges Wort geändert. Ich hätte das nie geduldet.

Ihr Dementi stimmt mich traurig. Was ist mit Ihnen geschehen? Indem ich versuche, das nachzuvollziehen, grüße ich Sie herzlich wie immer

Lothar Schmidt-Mühlisch

Berliner Festwochen: Martha Graham und Nurejew

Jason als Bademeister

In mächtiges Stück Tanzvergangenheit zu Beginn: Die Berliner Festwochen präsentieren zur Eröffnung mit der Martha Graham Dance Company in der Freien Volksbühne eine groß angelegte Retrospektive des Werks der amerikanischen Choreographin bis hin zum „Sacred du Printemps“ Igor Strawinskys, den die Neunzigjährige in diesem Jahr auf die Bühne brachte. Im Kreis ihrer kraftvollen, an der Hand Rudolf Nurejews, des Gaststars, beugte sich silberlamé-überströmte am Schluß die alte Dame glücklich dem Beifall.

Schulbildend wie die Graham-Technik sind die choreographischen Visionen der Graham freilich nie geworden. Im Gegenteil. Man geht neuerdings fast physisch auf Distanz zu diesen mythen-schweren Tanzneuromanen, den Sexual-Kabuki von der Auswärtigkeit der Frau zum Opfer der Männerherde oder der herkulischen Einzelgänger in ihrer athletischen Nacktheit. Ob Phädra oder Medea, immer leicht unter dem weit-schwingenden Tanzgewand der antikisierenden Vorlagen die verkleumte Sinnlichkeit der amerikanischen Kleinstadt hervor, die sich an Sig-mund Freud nicht satzessen kann.

Jason, dem knackigen Bademeister, der mit der blonden Tochter Mr. Kreons abschwimmt, das reiche griechische Drogenstore-Besitzer, die diese Medea Grahams verfallen. Takako Asakawa tanzt sie mit raumgreifenden Drehungen, allen Windungen des Körpers wie der Seele und der mächtigen Gestik der Graham. Von 1946 stammt „Cave of the Heart“, diese Medea-Paraphrase der Amerikanerin, und sie rückt in ihrer Heroik wie in ihrem Pathos wie eine Stummfilmtragödie mit unterlegter Samuel-Barber-Musik.

Die Sonderbarkeit wird verstärkt durch die Bühnenlandschaft Nurejews: diese Steinwelt voller Symbolik, mit Skulpturen zum Hineinkauern, granitenen Hümmern, Mühl-

steinen, hingedrückten Riesenwindeln. Sie umstehen lapidar und be-fremdend den Tanz.

Auch in „Phädra Traum“, einem Werk, das erst im Vorjahr Premiere hatte, erkennt jeder, der Graham je tanzen sah, vor dem geistigen Auge die unerschrockene Martha in der Rolle der liebeverzehrenden Griechin wieder. Denn im Grunde hat Martha Graham wohl bei allen ihren Choreographien einzig an sich selbst als Interpretin gedacht. Das macht es der jungen Generation nicht eben leicht, sich in den riesenhaften Seelenzuschneidern der Graham-Rollen zu blähen. Besonders persönlichkeitsstark ist die Truppe nicht.

Phädra Alptraum nun ist es, Hypo-thesis von Nurejew getanz, einem Mann ebenso verfallen zu sehen, wie sie selbst es dem Jüngling ist. Athen und Peyton Place scheinen sich in den Arbeiten der Graham immerfort eng zusammen. Die Tragödie quälte dahin wie bei einem Barbecue der Seelen auf choreographischem Grill.

Eine Machtprobe sondergleichen ist es, sich noch mit Neugier die In-spiration zum Choreographie eines „Sacred“ abzutrotzen. Die Graham bestand sie auf durchaus respektvolle Weise. Tereuse Capucilli tanzt nervig und fetzend, schmal und aggressiv die Erwählte, die zweifelt mit Leichtigkeit den wenig autoritären Schamanen gestürzt hätte, wäre sie nicht süchtig danach gewesen, selbst Opfer zu sein, wie die meisten der Frauengestalten, die Graham mit Lust sehr verkörpert hat.

Dennoch - jeder Schritt auf der Bühne, jede Geste zeugt einen Abend lang unverwundlich und unverwechselbar vom Stilwillen Martha Grahams: einem Hochflug der Emotionen, der sich in kraftvollen, oft aber auch beinahe präzisen Moti-onen fängt. Die Compagnie zeichnet das mit Aufmerksamkeit nach. Doch die Generation der überlebensgroßen Graham-Interpreten scheint eher da-hin. KLAUS GEITEL

Zeitschriftenkritik: „Nouvelle Revue Française“

Der Sieg des Jargons

Nicht nur unter den deutschen Zeitschriften gibt es greise Damen, deren Lektüre schmerzt, wenn man sich erinnert, wie knusprig und alert sie einst waren. Mit der 1908 gegründeten „Nouvelle Revue Française“, die bis zum Zweiten Weltkrieg mit der französischen Literatur identisch war, geht es einem heute ähnlich.

Was bei der „NRF“ - jeder kennt in Frankreich diese Abkürzung noch - am schmerzlichsten auffällt, ist das überraschende Zurücktreten jenes „klassischen“ Französisch, das eine so unvergleichliche Mischung von Präzision und eleganter Leichtigkeit war. An seine Stelle sind Fachjargons getreten (Linguistik, Strukturalismus), oder die Autoren flüchten sich in ihren Aufsätzen und Dichtungen in eine manierierte Esoterik, der ein mißverständlicher Kafka und ein ebensolcher Heidegger Pate gestanden haben.

Besonders kraß wird das deutlich, wenn zwischendurch doch noch ein Meister der Sprache auftritt und zeigt, wessen das Französische fähig ist. So war es kürzlich mit Tourner und vorher mit Madame Yourcenar, so ist es jetzt im September-Heft mit Cioran, dem rumänischen Denker, der sich seit bald vier Jahrzehnten in einem strengen, makellosen Französisch ausdrückt.

Unter dem Titel „Expansions“ druckt die „NRF“ neue Aphorismen von Cioran. Das ist, denkt man an seine unerbittliche Philosophie, am ehesten mit „Verbitternungen“ oder mit „Überflüssigkeiten“ zu übersetzen. Da ist sofort die unverkennbare Melodie dieses zu Unrecht als „düster“ geltenden Denkers hörbar: „Alte Leute überdrüssig. Aber ich liebe es zu lachen. Und ich kann nicht al-

lein lachen.“ Oder: „Nichts stößt mich so ah wie der methodische Zweifel. Natürlich will ich zweifeln - aber nur, wenn ich mag.“ Oder Ciorans Thema Nr. 1: „Seit jeder stirbt man, aber noch immer hat der Tod seine Frische nicht verloren. Hier ruht das Geheimnis der Geheimnisse.“

Nicht immer ist Cioran so hart, so zugespitzt. Zwischendurch gibt es ihn gelassener, mit einer fast therapeutischen Zuwendung zum Leser: „Von der Verachtung zur Lösung zu gelangen scheint leicht zu sein. In Wirklichkeit ist das jedoch mehr als ein Übergang - es ist eine Leistung, eine Erfüllung. Die Verachtung ist der erste Sieg über die Welt; die Lösung ist der letzte und höchste. Der Abstand, der sie voneinander trennt, ist nichts anderes als der Weg von der Freiheit zur Befreiung.“

Cioran ist durch den Zusammenstoß mit der deutschen Philosophie zum Denker geworden. Aber es finden sich in seinem Werk kaum Aussagen über Deutschland. Hier eine Ausnahme: „Nach Louis de Broglie gibt es einen Zusammenhang zwischen Geistesreichtum und wissenschaftlichen Entdeckungen - wobei unter 'geistreich' die Fähigkeit zu plötzlichem Herstellen unvermuteter Zusammenhänge verstanden wird. Würde das stimmen, so wären die Deutschen vollkommen unfähig zu wissenschaftlichen Neuerungen. Schon Swift wunderte sich, daß diesem eher schwermütigen Volk eine so große Zahl von Erfindungen gelungen ist. Aber die Erfindung setzt nicht so sehr Beweglichkeit voraus als Hartnäckigkeit, die Fähigkeit zum Bohren, Graben, Sich-Durchsetzen.“ (Dies im Notizbuch von Herrn Riesenhuber.) ANTON MADLER

JOURNAL

Kulturdialog zwischen Bayreuth und Dresden

dpa, Bayreuth
Zu einem viertägigen Kulturdialog ist der Dresdener Oberbürgermeister Gerhard Schill in Bayreuth eingetroffen. Schill will zusammen mit seinem Bayreuther Amtskollegen Hans Walter Wild (SPD) und mit Festspielleiter Wolfgang Wagner über eine Wiederaufnahme des 1966 abgebrochenen Künstleraustausches zwischen dem Dresdener Staatstheater und den Richard-Wagner-Festspielen reden. Damals waren jährlich bis zu 70 Sänger und Musiker aus Dresden und Ost-Berlin bei den Festspielen. Bei den Gesprächen geht es auch um eine Gastregie Wolfgang Wagners zur Wiedereröffnung der Semper-Oper in Dresden im nächsten Jahr.

Goethe-Institut organisiert „Berlin - Brüssel“

DW, Brüssel
Von Ende September bis zum Dezember findet in Brüssel die Veranstaltungsserie „Berlin - Brüssel“ statt. Sie wird vom Goethe-Institut organisiert. Mit einer Reihe von Ausstellungen, z.B. über den Expressionismus in Berlin oder den Fotografen Erich Salomon, mit Theater- und Operngespielen, Filmwochen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen soll in der belgischen Hauptstadt ein Bild des gegenwärtigen Berlin und seiner Vergangenheit vermittelt werden.

Graham Greene kritisiert Filmregisseure

dpa, London
Der englische Schriftsteller Graham Greene hat sich von mehreren Verfilmungen seiner Romane distanziert. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in London sagte Greene, Filmregisseure wie John Ford, Fritz Lang und Joseph Mankiewicz hätten „die schlimmsten Filmversionen“ seiner literarischen Vorlagen produziert. Demgegenüber sei Carol Reed der einzige Filmemacher gewesen, mit dem die „Zusammenarbeit Spaß gemacht“ habe. So seien etwa die Dreharbeiten zu dem Film „Der dritte Mann“ von intensiven Diskussionen über die bestmögliche Umsetzung der literarischen Vorlage begleitet gewesen.

Neuer Literaturpreis zu Ehren der Kaschnitz

dpa, Tübingen
Einen mit 10.000 Mark dotierten „Marie-Luise-Kaschnitz-Preis“ verleiht die Evangelische Akademie Tübingen erstmals in diesem Jahr. Damit sollen geeignete deutschsprachige Autoren für ihr erhellendes, lyrisches oder essayistisches Werk ausgezeichnet werden. Im Oktober wird anlässlich des 10. Todes-tages der Dichterin die erste Preis-verleihung in Frankfurt stattfinden.

Kinostart von Herzogs „Grünen Ameisen“

DW, München
Werner Herzogs auf dem Festival von Cannes uraufgeführte Film „Wo die grünen Ameisen träumen“ (vgl. WELT v. 16. 5.) ist jetzt in unseren Kinos angeland. Der Film entstand in Australien und engagiert sich für die dortigen „Aborigines“. Er konnte in Cannes einen Achtungserfolg verbuchen, allein schon wegen der Ernsthaftigkeit seines Anliegens. Gleichzeitig mit dem Kinostart ist Herzogs Filmerzählung auch als Buch erschienen (Hanser Verlag, München, 106 S., 22 Mark).

Düsseldorfer Kunst im Wiener Künstlerhaus

DW, Wien
Einen Überblick über die Düssel-dorfer Malerschule des 19. Jahrhunder-ters gibt die Ausstellung „Schätze aus dem Kunstmuseum Düsseldorf“ im Künstlerhaus Wien. Gezeigt werden 115 Gemälde von Cornelius bis Corinth, die wegen des Umbaus des Düssel-dorfer Museums magaziniert werden mußten. Die Ausstellung ist bis zum 30. September zu sehen. Der Katalog kostet 75 öS.

Dezso Keresztury 80

Der Dichter, Literaturhistoriker und Kulturpolitiker Dezso Keresztury wurde vor 80 Jahren in der westungarischen Kleinstadt Zalacszerz geboren. An der Budapester Universität erwarb er 1927 das Lehrendiplom für Deutsch und Ungarisch. 1928 promovierte er und ging anschließend an die Berliner Universität. In dieser Zeit fungierte er als Übersetzer zweisprachiger literari-scher und publizistische Vermitt-ler-tätigkeit an; unter anderem war er von 1937 bis 1944 Feuilleton-Re-dakteur der deutschsprachigen „Pester Lloyd“. Nach dem Krieg war er Po-litiker bei der Nationalen Bauern-partei, von 1945 bis 1947 Kultus-minister. In den Jahren des Stalinis-mus zog er sich aus der Politik not-gedungen zurück. Für seine kul-turvermittlerischen Verdienste zeichnete ihn die Hamburger F. V. S.-Stiftung 1976 mit dem Her-der-Preis aus. Gy. H.

Bus-Unglück von Lemgo gibt Rätsel auf

dpa, Lemgo

Die Strecke ist für ihre Unfallträchtigkeit berühmt, doch so etwas ist noch nie passiert. So kommentierten Anwohner und Polizeibeamte gestern das Unglück, bei dem am Freitag auf der bergigen, engen und kurvenreichen Bundesstraße 238 zwischen Lemgo (Kreis Lippe) und Bielefeld (Niedersachsen) acht von 34 Insassen eines doppelstöckigen Reisebusses aus West-Berlin den Tod gefunden hatten. Wie es zu der Katastrophe kommen konnte, war für die Sachverständigen auch gestern noch ein Rätsel.

Der von einem 43-jährigen Berliner gesteuerte hochmoderne Reisebus hatte zuvor einen entgegenkommenden Klein-Laster aus Detmold gestreift, allerdings nur ganz leicht, wie Experten ermittelten. Danach mußte sich das tonnenschwere Gefährt jedoch überschlagen haben und auf der Beifahrerseite in einen Graben gelaufen sein. Sieben der Opfer stammten aus Berlin. Das achte war eine 64-jährige Frau aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe). Dort hatte der Bus auf der Rückreise nach Berlin die letzten Kurven auf dem Berg genommen, die in den Halbbädern Lippespringe, Driburg und Meinberg Erholung gesucht hatten.

Da die 20 Verletzten fast alle betagte Menschen sind, rechnet die Polizei damit, daß möglicherweise auch noch andere Insassen des Busses die Folgen des Unfalls nicht überstehen werden. In den Krankenhäusern von Lemgo und Umgebung, in die die Verletzten mit Hubschraubern transportiert worden waren, gab es allerdings bis gestern keine neuen Eilschichten.

Der inzwischen abgeschleppte Bus ist beschlagnahmt worden. Anhand der Auswertung des Fahrschreibers hoffen Experten auf die Klärung der Schuldfrage. Der Busfahrer, der verletzt wurde, hat ebenfalls eine Erklärung dafür wie der unverletzte 37-Jahre alte Lastzugfahrer. Möglicherweise haben böige Winde und leichter Nieselregen eine Rolle gespielt.

Heraklia entdeckt

„Mutterstadt von Venedig“ viel größer als angenommen

Von KLAUS RÜHLE, Rom

Eine archäologische Sensation läßt die Kunstfreunde in aller Welt aufhorchen. Die „Mutterstadt von Venedig“, Heraklia, die lange Zeit verschollen war, will man jetzt gefunden haben. Der geheimnisvolle Ort liegt zwischen der Lagune und dem Pflaue im Nordwesten, das von den Ortschaften S. Dona del Pflaue, Eracleo und Jesolo gebildet wird.

Entdecker von Heraklia ist Prof. Pierluigi Tozzi, Dozent für Geschichte des Altertums an der Universität von Pavia. Mit Hilfe von Infrarotaufnahmen konnte er die verschwundene Stadt, die zum großen Teil unter dem Wasserspiegel liegt, in ihren Umrissen und ihrer Struktur erkennen und rekonstruieren. Andere Teile Heraklias sind heute von Erdschichten des Festlandes überdeckt. Auch hier sprechen Fundstücke eine beruhigende Sprache. Dies gilt etwa für die Überreste, die in der Nähe einer urchristlichen Basilika bei Jesolo an Tageslicht kamen.

Die jetzt von Erfolg gekrönten Studien Prof. Tozzis beweisen, daß es sich tatsächlich um Heraklia - die mittelalterliche Stadt, die Venedig als Vorbild diente - handelt. Das Weichbild hat denn auch große Ähnlichkeit mit der heutigen Lagunenstadt. Hier wie dort zogen Nebenkanäle von einem Hauptkanal ab. Der damalige Canal Grande war circa 50 Meter breit.

Heraklia liegt in nächster Nähe der antiken Via Annia und des Brian-Kanals. Die Häuser wurden vielfach aus Stein und Marmorresten altrömischer



Mit einem „Fest der 5000“ begeht Bonn das Jubiläum seiner Beethovenhalle. Architektonisch immer noch ein wenig verstritten hat die Halle am Rhein einen festen Platz im Gefüge der Stadt. Die Anfänge für die dritte Beethovenhalle innerhalb von gut einhundert Jahren waren bescheiden. Das Schicksal staatlicher Geldquellen war seinerzeit - kurz nach dem Zweiten Weltkrieg - noch nicht so gang und gäbe wie heute. So hat Bonn heute nur noch 9,5 Millionen Mark für den Bau bereitgestellt.

FOTO: SVEN SIMON

Als man in Sachen Beethovenhalle noch auf taube Ohren stieß

Von EBERHARD NITSCHKE

Mit einem „Super-Geburtsfest“ feiert Bonn das 25-jährige Jubiläum der Beethovenhalle - die dritte nach einem schnell verkungen Provisorium von 1945 und einer wegen ihrer Akustik weltberühmten, aber wegen ihrer Architektur als „Scheune“ abgetanen Halle von 1870, die 1944 im Bombenhagel versank.

Daß man bei öffentlichen Bauvorhaben Bund und Land kräftig schöpfen müsse, hatte sich noch nicht herumgesprochen, als man in Bonn im Frühjahr 1950 erste Schritte in Richtung auf einen dritten Neubau tat. Entsprechend kümmerlich waren die Mittel, die zunächst bei der Wohltätigkeits-Feststiftung des Films „Erika“ im größten Kino der Stadt zugunsten des Baus zusammenflossen.

Daß man nun gerade in Sachen Beethoven bei den Regierenden auf taube Ohren stieß, verärgerte und ä-

nderte sich erst, als der erste Bundespräsident für die Idee der neuen Halle gewonnen werden konnte. Unter seinem Vorsitz und dem des damaligen Bonner Oberbürgermeisters Peter Maria Busen trat eine Vereinigung zusammen, die schon durch ihren Namen die kommenden Schwierigkeiten zu symbolisieren schien.

Das „Kunstforum zur Förderung und Pflege des künstlerischen und geistigen Erbes Ludwig van Beethovens“ legte am 10. März 1956, nach sechsjährigem Trotteln für die gute Sache, mit Heuss als Hammer-schwinger, den Grundstein am Bonner Rheinufer. Die „Brückenstraße“ als Standort der alten Halle gab es gar nicht mehr.

Neu, ja sogar sensationell war nun, daß nach den auch eingehenden Kostenrechnungen das Gebäude 9,5 Millionen Mark kosten sollte, wovon Bund und Land je eine Million Mark übernahmen. Es war das erste Mal, daß der 1949 in Bonn etablierte Regierungsausschuss sich an einem städti-

schen Bau beteiligte. Eine Million Mark kam durch Spenden zusammen, den großen Rest mußte die Stadt übernehmen.

Die Höhe dieser Kosten wird dadurch anschaulich, daß die berühmte Beethoven-Interpretin der Klavierwerke von Bonn größtmöglicher Weise in zwei Monaten in 30 Konzerten 8000 Mark zugunsten der neuen Halle ergab. Sie trat dabei überall auf - nur nicht in der Stadt des großen Meisters selber, in der sie wegen ihrer Propaganda-Konzerte während der NS-Zeit noch jahrelang Auftrittsverbot hatte.

Genau in dem Augenblick nun, wo nach dem Ausschleichen der Plan des damals 26-jährigen Architekten Siegfried Wolke verwirklicht werden sollte, traten neue Hindernisse auf. Politiker stoppten die angebliche „Bauwut“ von Bonn, sprachen plötzlich von einer Verlegung der Ministerien nach Berlin. Bundesverdrugsminister Franz-Josef Strauß stoppte den 55-Millionen-Bau des

„Pentabonn“ auf der Hardthöhe, und so wurde der Bundeszuschuß für die neue Halle blockiert.

Die Hänge-Partie fand erst ihr Ende, als der Baustop der Aufsichtsbehörde durch das Land Nordrhein-Westfalen unter der Voraussetzung aufgehoben wurde, daß nur abschnittsweise und nach völliger finanzieller Abdeckung des jeweiligen Sektors wirklich weitergemauert werden dürfe.

„Das Obdach endlich steht der Kunst gegründet“, hatte der Dichter und Bonner Universitätsprofessor für Germanistik, Karl Simrock, anlässlich der unter dem Druck des deutsch-französischen Krieges stehenden Einweihung der alten Halle 1870 gereimt. Am 8. September 1959, nach zweieinhalbjähriger Bauzeit, fand die feierliche Einweihung der neuen Halle ohne Dichter, aber praktisch mit zwei Bundespräsidenten statt. Heuss ging - es war sein letzter öffentlicher Auftritt im Amt - und Heinrich Lübke kam. Nur Regie-

regisseur Konrad Adenauer war im Urlaub und schickte einen Brief, in dem Beethoven elegant auch für die Politik vereinnahmt wurde: „Mit Hilfe der edlen Kunst Beethovens, dieses wahren Güterfunkens, sollen auch die völkerverbindenden Kräfte angefaßt werden.“

Zum großen Fest nun, so dem Oberbürgermeister Hans Daniels 5000 Bonner Bürger neben der Prominenz für heute in die Halle geladen hat, sagten sich auch Bundespräsident a.D. Karl Carstens, Bundespräsident Rainer Barzel, Bundes- und Landesminister sowie 70 Boten.

Im Jubelchor dürfte nicht vorkommen, daß die Nebenräume der neuen Halle sich dem Urteil der Musiker nach nicht bewährten, daß es bei den oberen Streichern mit der Akustik auch im großen Saal hapert. Und schon fast vergessen ist auch, daß die Halle des „wahren Güterfunkens“ 1983 von einem Brandstifter angesteckt wurde und verbrannte.

LEUTE HEUTE

Nervenstark

Ein fliegerisches Meisterstück gelang der 61-jährigen Amerikanerin Elaine Yawia, die noch nie ein Flugzeug geflogen hatte. Als ihr 66-jähriger Mann Richard während eines Fluges über den Südpazifik mit einem Herzinfarkt im Pilotensitz zusammenbrach, übernahm sie in 1600 Meter Höhe die Maschine und schaffte mit Hilfe der Bodenleitstelle und eines befreundeten Piloten, der sie nach einem blutigen Start begleitete, eine sichere Landung. Das Ehepaar war in einer Piper Cherokee auf dem Flug von der Goldküste Floridas zum Atlantik-Badort Fort Lauderdale. Kaum gelandet, starb der Mann.

Elegantester Sportler

Englands zweifacher Olympiasieger Sebastian Coe ist zu einem der drei bestbekleideten Männer seiner Heimat gewählt worden. Ein Nachrichtenreporter und ein Innenarchitekt errangen die beiden anderen Preise. Coe erhielt außerdem die Auszeichnung „elegantester Sportler“. Der Weltrekordmann trug einen braunen Anzug mit rotem Schloß, als er sich von den Herrenauskultoren ehren ließ. Zum ersten Mal seit Monaten trage ich Hemd und Krawatte, sonst immer nur Trainingshosen oder Jeans mit T-Shirt.

Leeres Versprechen oder Einsicht?

Paris will schärfer gegen Polizistenmörder vorgehen / 91 Beamte seit 1981 erschossen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Innenhof der Polizei-Kaserne von Auxerre im Burgundischen herrschte Beerdigungswetter. Es regnete in Strömen. Polizisten preßten geballte Fäuste an die Hosennahten ihrer blauen Kontur. Zum zehnten Mal in diesem Jahr trugen sie einen Kameraden zu Grabe, der unter den Kugeln eines Gangsters gefallen war.

Diesmal lag der Elsfürer Claude Schaeffer unter dem Trikolorenbedeckten Sargdeckel. Der 27-jährige Brigadier, Vater von drei Kindern, war am 31. August in einer Gasse des alten Städtchens von einem Nordafrikaner mit einer 357-Magnum, der großkalibrigen Profiwaffe der Unterwelt, erschossen worden, als er dessen Auto zu einer Routine-Kontrolle anhalt.

Wie sich hinterher herausstellte, war der Algerier, begleitet von einem wiederholt rückfälligen, auf „Ehrenurlaub“ aus der Haft entlassenen Sträfling mit Diebstahl unterwegs zu einem Hebler in Lyon. Der Raub stammte von einem Auto-Überfall, wie sie sich in letzter Zeit in Ost- und Südfrankreich häufen. Vor allem in der Urlaubs-Saison. Deutsche, englische und belgische Touristen waren in diesem Sommer von motorisierten Brigaden, die sich meist in schnellen Wagen bewegten, zum Halten ge-

zwungen und mit vorgehaltener Waffe zur Abgabe ihres Geldes und Gütes genötigt worden. Man sprach von der „BMW-Bande“, da die bayerische Marke mit Vorliebe als Untersatz benutzt wurde.

Am Schluß hatte sich die Sache auf südfranzösischen Straßen zu einer Psychose entwickelt: Wenn im Rückspiegel ein BMW auftauchte, gerieten die Lenker ausländischer Fahrzeuge in Panik, traten auf den Gaspedal und versetzten gegen sämtliche Geschwindigkeitsangaben.

Ob die französische Polizei, immer noch eine der besten der Welt, den BMW-Banditen inzwischen das Handwerk gelegt hat oder nicht - Überfälle dieser Art werden seit zehn Tagen nicht mehr gemeldet - ist für den neuen Innenminister Pierre Joxe freilich nur eine Frage zweiten Ranges. Der Minister stand in Auxerre auch vor dem Sarg des Polizisten Schaeffer, es war zugleich seine erste Amtshandlung. Dabei konnte er den Zorn in den Augen der Kameraden des Ermordeten studieren. Joxe kannte die Reaktionen der Polizeigewerkschaften, kannte die Brisanz des Themas „Sicherheit auf den Straßen“ für die Regierung des Sozialisten Mitterrand, kannte den Hauptverwurf seiner 110 000 Untergebenen in Frankreichs Polizeireviere, die Justiz lasse in

leichtfertiger Toleranz wieder freilassen, was vorher von der Polizei unter Lebensgefahr gefaßt worden sei. Dennoch war der Minister gekommen. Zeichen für einen ernstzunehmenden Wandel in der französischen Innenpolitik?

Der Politiker machte das einzige, was dieser Situation angemessen schien: Er versprach den Beamten, daß in Zukunft der Waffenbesitz und -verkauf in Frankreich wesentlich strenger geregelt und Polizeimord auf jeden Fall nur noch mit der Höchststrafe geahndet werde. Nach der Abschaffung der Todesstrafe bedeutet das lebenslange Haft. Joxe: „Ich werde dafür sorgen, daß ein Gangster, wenn er von einem Polizisten gestellt wird, in Zukunft seine Waffe fallen läßt.“ Ein Versprechen, das nahezu unerfüllbar erscheint. Das Innenministerium hält die Zahl der illegal vertriebenen Waffen für „nicht mehr kalkulierbar“. Das heißt: Dieses Problem ist schon nicht mehr in den Griff zu bekommen. Und weiter: Seit dem 1. Januar 1981 sind 91 Beamte im Dienst ermordet worden.

Da klingt es schon realistisch, wenn ein Mitarbeiter des Ministers der WELT gegenüber äußert: „Es wäre schon viel gewonnen, wenn das gültige Waffengesetz endlich effektiv angewandt würde.“

„Discovery“: Problemloser Jungfernflug

AFP, Edwards

Die wiederverwendbare US-Raumfähre „Discovery“ ist gestern um 15.37 Uhr MESZ nach ihrem sechsstündigen Jungferntag problemlos in Kalifornien gelandet. Der insgesamt zwölfte Flug einer US-Raumfähre, der nach drei mißglückten Startversuchen mit über zwei Monaten Verspätung stattfand, war nach Angaben der Nasa ein 100prozentiger Erfolg. Eine Vereisung des Wasserabflusses der Toilette, die eine termingerechte Rückkehr verhindert hätte, konnte rechtzeitig beseitigt werden. Auch ein in letzter Minute auftretendes Leck an einem Sauerstoffbehälter erwies sich als bedeutungslos, da es die Rückkehr der Fähre nicht behinderte. Vizepräsident George Bush beglückwünschte die Besatzung bereits vor der Landung vom Kontrollzentrum in Houston (US-Bundesstaat Texas) aus zu ihrem „großartigen Erfolg“.

Spendenrekord

dpa, Bonn

Mit rund 30,4 Millionen Mark erzielte die Deutsche Krebsstiftung im zurückliegenden Geschäftsjahr ein Rekordergebnis an Spenden für die Krebsbekämpfung und Krebsforschung. Dies teilte die Stiftung gestern in Bonn mit. In den zehn Jahren ihres Bestehens nahm die Krebsstiftung damit 213,5 Millionen Mark ein, wovon knapp 37 Millionen Mark der Verbesserung der Krebsforschung zugute kamen.

Erfolgreiche Bergung

AFP, Brüssel

Vor der belgischen Küste sind gestern zwei leere Container des französischen Frachters „Mont Louis“ geborgen worden, der mit einer Ladung des giftigen Urangases Hexafluorid vor Ostende gesunken ist. Von den 30 gefüllten Containern fehlt noch jede Spur.

Schach hinter Gittern

der Wolfenbüttel

In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel findet Sonntag von 9 bis 17 Uhr das originalste Schachturnier in der Bundesrepublik Deutschland statt: Der Häftlings-Schachverein (etwa 30 Mitglieder) hat bereits zum fünften Mal zum Vierer-Mannschafts-Pokalturnier mit verkürzter Bedenkzeit geladen. Im vergangenen Jahr ließen sich 168 Schachspieler aus 28 Vereinen der nahen und weiteren Umgebung für ein paar Stunden freiwillig einschließen.

Teure Unachtsamkeit

AP, Hamm

Laufende Wasch- und Spülmaschinen müssen von ihren Besitzern ständig im Auge behalten werden. Das Oberlandesgericht Hamm verurteilte jetzt eine Hausfrau zur Zahlung von 12 000 Mark Schadenersatz. Die Mieterin hatte nicht bemerkt, daß ihre Maschine ein Leck hatte und den Fußboden unter Wasser setzte (AZ: OLG Hamm 27 U 433/83).

In Gletscherspalte verkeilt

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Ein amerikanischer Offizier ist nach mehreren Stunden verletztes aus einer Gletscherspalte gerettet worden. Er war beim Abstieg von der Zugspitze auf dem Hohenstaufen abgesunken und hatte sich in fünf Meter Tiefe verkeilt. Ein anderer Amerikaner, der das Unglück beobachtet hatte, alarmierte die Bergwacht.

Mammutprozeß begonnen

dpa, Bonn

Vor der 20. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts begann gestern der „Mammutprozeß“ gegen den 51-jährigen „Ex-Baufler“ Claus Winter aus Köln. Mitangeklagt wegen Betruges, Untreue, betrügerischen Bankrotts, falscher Buchführung, falscher Bilanzen und Steuerhinterziehung sind seine 56-jährige Ehefrau und zwei ehemalige Mitarbeiterinnen. Die Staatsanwaltschaft bezifferte den Schaden auf 15 Millionen Mark (s. WELT v. 30. August).

Killerhunde

dpa, Straubing

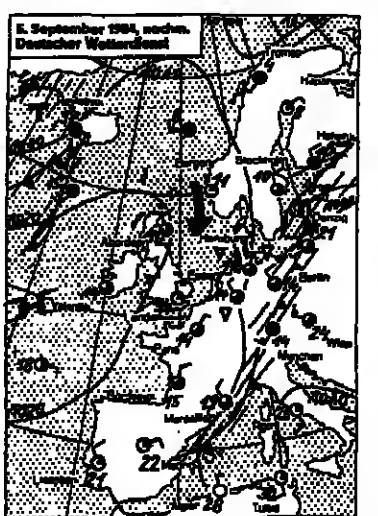
Der Tod eines 79-jährigen Rentners im Pillingen Forst (Landkreis Straubing-Bogen), der am Wochenende beim Filzsuchen von zwei streunenden Schäferhunden zu Tode geblieben wurde, hat zu Vorwürfen gegen die Polizei geführt. Sie soll Anzeigen gegen den Halter der Zwingenhunde, einen Fabrikbesitzer aus der niederbayerischen Gemeinde Rain, nicht verfolgt haben. Schon 1981 und in diesem Frühjahr waren Spitzengänger von den Hunden angefallen worden. Den Männern war es damals gelungen, die Tiere mit Regenschirmen zu vertreiben.

ZU GUTER LETZT

„Der ist noch ein größeres Schütz-ohr als ich. Wenn man dem gesagt hat, man braucht die Uniform des russischen Zaren, dann hatte man sie zwei Tage später. Seine Frau kann nämlich umhelfen, wie es in der Militärsammelkreise zugeht.“

WETTER: Kalt

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene Kaltluft gerät im Norden und Westen unter den Einfluß eines sich ostwärts ausdehnenden Hochs.



Vorhersage für Donnerstag: Südlich der Donau bedeckt und teils Regenschauer, sonst teils heiter, teils stärker bewölkt mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen 14 bis 18 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 10 bis 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Im Norden heiter bis wolken und trocken, im Süden leicht unbeständig und etwas wärmer.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:			
Berlin	14°	Kairo	27°
Bonn	14°	Köpenh.	8°
Dresden	13°	Los Palmas	25°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	13°	Madrid	22°
Hamburg	14°	Mallorca	20°
List/Sylt	14°	Moskau	23°
München	14°	Nizza	21°
Stuttgart	10°	Oslo	15°
Alger	25°	Paris	14°
Amsterdam	14°	Prag	16°
Athen	21°	Rom	23°
Barcelona	21°	Stockholm	10°
Brüssel	14°	Tel Aviv	26°
Budapest	26°	Tunis	30°
Bukarest	27°	Wien	24°
Helsinki	10°	Zürich	15°
Istanbul	24°		

Sonnenaufgang am Freitag: 6.44 Uhr. Untergang: 19.54 Uhr. Mondaufgang: 19.29 Uhr. Untergang: 4.00 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel



Jimmy Carter in ultrastiller Rolle, auch wenn es ohne das Bild der Öffentlichkeit nicht zu gehen scheint. FOTO: UFA

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Veränderte Produktionsmethoden zwingen die Leasing-Branche zur Reaktion

Nach zwanzig „fetten“ Jahren erstmals Rückschläge bei Neugeschäften – Jetzt wird der Markt bereinigt

HANS BAUMANN, Essen
Die Zeiten scheinen vorüber zu sein, da das Leasing sich antizyklisch verhielt. Während einst dann geleast wurde, wenn die Mark nicht so locker war für Investitionen, so hat sich heute – zumindest am Immobilienmarkt – ein Gleichschritt eingestellt zwischen der Entwicklung des allgemeinen Immobilienmarktes und dem Immobilienleasing.

Zahlen des Verbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften, dem 52 Firmen angehören, die rund 80 Prozent des Marktes repräsentieren, belegen diesen Vorgang. Danach betrugen die Neuzugänge bei Immobilienleasings 1983 rund 3,65 Milliarden Mark. 1982 waren es dagegen noch 5,08 Milliarden Mark Neuzugänge.

Ausgleichener war das Geschäft bei mobilen Wirtschaftsgütern. Sie hatten 1983 ein Neugeschäft von 4,9 Milliarden Mark gegenüber 4,2 Milliarden im Jahre 1982. Hier kommt die Belebung der allgemeinen Konjunktur zum Ausdruck.

Am Immobilienmarkt dagegen ist seit fast zwei Jahren die Flaute eingeleitet. Die Grundstückpreise fallen. Ein- und Zweifamilienhäuser blühen im Wert bis zu 25 Prozent ein. Wenn dieser Markt auch nicht identisch ist mit dem Markt des Immobilienleasings, sind die Parallelen doch unverkennbar.

In der Wirtschaft ist die Investitionsneigung bei Immobilien nicht mehr sehr groß. Es wird zwar nach wie vor investiert, wie die Zahlen ausweisen, aber der erhoffte Boom in diesem Bereich blieb aus.

Das hat seine Gründe. Die Produktionsmethoden stehen in ständigem Wandel. Was sich früher in Gebäuden mit mehreren Etagen herstellen ließ, verlangt mit dem Vorrang der Roboter die Produktion an Fließbändern zu ebener Erde. Auch Elektronik mit ihren Chips, der gebündelten Information auf kleinstem Raum, stellt neue Anforderungen an die Gebäude, in denen sie arbeiten oder aber bearbeitet werden sollen. Die Produktion erfordert keine Säle mehr, sondern relativ kleine Räume.

Rationalisierung vor Investition

So schlägt die technische Innovation direkt auf den Immobilienmarkt durch und vornehmlich auf den Markt der leasbaren Objekte. Und da die Innovation ihr Tempo ständig erhöht, wächst damit auch die Problematik der Funktionalität der zu errichtenden Objekte, die in der Regel für 18 bis 25 Jahre geleast werden.

Kann ich das Objekt in seiner jetzt vorgesehenen Form nach Ablauf der Mietzeit überhaupt noch an den Mann bringen, wird es noch einen Restwert haben, den ich heute in die Kalkulation der Leasing-Raten hineinnehmen kann? Jeder seriöse Leasing-Geber wird sich selbst diese Frage mit Nein beantworten, weil er das Tempo der Innovationschübe in keiner Weise kalkulieren kann. Daher ist

es heute sogar üblich, daß dem Leasing-Nehmer das Restwert-Risiko angedient wird. Er kann die Innovation seiner Produktion oder Dienstleistung besser einschätzen als der Leasing-Finanzier, und er ist vielleicht auch eher bereit, ein solches Restwert-Risiko zu tragen, um die laufenden Mietraten etwas zu drücken.

Aber nicht nur der Wandel der Produktionsmethoden hat Spuren am Markt für Immobilien-Leasing hinterlassen. Der Schwund der Kaufkraft als Folge der Arbeitslosigkeit läßt den Handel eher über Rationalisierungsmöglichkeiten als über Immobilien-Investitionen nachdenken. Aber auch der lange Streik bei Metall und im Druckgewerbe hat den Handel heftig gebremst, der früher ein besonders guter Kunde der institutionellen Vermieter war.

Und wenn ein Markt so beengt gebremst wird, wie es dem Immobilienmarkt widerfuhr, dann erhöht sich automatisch der Wettbewerb. Über-einstimmend berichten die Verleser, daß der Margenwettbewerb bisher nicht gekannte Formen angenommen hat. In vielen Fällen sollen Aufträge herabgenommen werden, die nicht mehr kostendeckend sind.

Es ist demnach wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann sich das Heer der rund 600 Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik lichten wird. War es noch vor wenigen Jahren üblich, daß die Leasing-Geber mit größter Aufmerksamkeit die Bonität ihrer Kunden prüften, so ist es heute ebenso selbstverständlich, daß sich die Leasing-Gesellschaften einem scharfen Blick ihrer potentiellen Auftraggeber unterwerfen müssen. Die Ablehnungsquote hat die früher kaum vorstellbaren 25 Prozent inzwischen überschritten.

Banken sind reserviert

Diese Strenge des Geschäftes ist nicht zuletzt den Refinanzierungsinstanzen zu danken, die vor Jahren noch jeden Geldwunsch erfüllten, heute doch eher mit sehr zugeknöpften Taschen die Refinanzierungsanträge prüfen. Auch von hier ist also mit einer Bereinigung des Marktes zu rechnen.

So hat das Leasing allgemein also etwas an Fahrt verloren. Die Zeiten

der zweistelligen Zuwachsraten sind vorüber. Im letzten Jahr betrug das Plus des Neuzugangs beim gesamten Leasing-Geschäft noch 17,8 Milliarden Mark, das entspricht einem Plus von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieses Plus ist aber fast deckungsgleich mit dem Zugang der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland von 4,1 Prozent auf etwas über 245 Milliarden Mark (ohne Wohnungsbau).

Dieses Plus ist ausgesprochen mager, denn man muß von ihm notwendigerweise die Inflationsrate abziehen, um den Netto-Investitionszugang zu ermitteln. 1980 und 1981 waren viele Leasing-Gesellschaften noch sicher, daß die sogenannte Leasing-Quote (das Verhältnis des Leasing-Neugeschäftes zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen) 1984 die 10-Prozent-Hürde überspringen werde.

Das war nicht der Fall. Die Leasing-Quote hat sich von 1982 zu 1983 lediglich von 7,2 auf 7,3 Prozent verbessert. Auch 1984 wird sie kaum weiter vorn landen.

Das Jahr 1983 hat vornehmlich die altsingesessenen Leasing-Unternehmen zu größerer Vorsicht gemahnt. Konsolidierung wurde großgeschrieben, und auch 1984 noch hält man mehr von einer Bereinigung als von Expansion um jeden Preis.

So ist es nicht verwunderlich, daß nach rund 20 Jahren Leasing in der Bundesrepublik die institutionellen Vermieter (im Gegensatz zu den Herstellern, die selbst vermieten – etwa im Automobilgeschäft) beim Neugeschäft einen Rückschlag von 3,8 Prozent auf 11,58 Milliarden Mark hinnehmen mußten.

Die Hersteller-Vermieter dagegen konnten 1983 das beste Jahr in ihrer Geschichte feiern. Sie legten bei einem Neugeschäft von 6,22 Milliarden Mark ganze 25 Prozent zu, nachdem sie sich 1982 noch mit einem Minus von 2,3 Prozent begnügen mußten. In diesen 25 Prozent plus kommt der Boom des Autoleasings zum Ausdruck, der zum erstenmal auch weite Kreise der privaten Bevölkerung erfaßt hat.

Der Handel zeigt Schwächen

Größter Brocken unter den geleasten Gütern sind nach wie vor Büro-maschinen einschließlich EDV. Gleichrangig sind in etwa Produktionsgebäude, Lagerhallen, das Fahrzeuggeschäft, Geschäfte, und Bürogebäude sowie Produktionsanlagen und Maschinen. Die etwas kleinere Gruppe Nachrichtentechnik und Medizintechnik bildet unter den Gütern das Schlußstück.

Untersucht man den Leasing-Markt nach Sektoren, so bildet mit rund einem Drittel das verarbeitende Gewerbe den größten Block, gefolgt vom Handel, der – wie berichtet – zur Zeit ein wenig zur Schwäche und damit zur Investitions-Unlust neigt.

Daß die Deutsche Anlagen-Leasing ungesund expandierte, war in der Branche lange bekannt. Daß es zum Kollaps führen mußte, daran hatten die wenigsten Zweifel. Ebenso stand aber auch fest, daß das große Haus nicht untergehen würde, daß vielmehr die Gesellschafter einspringen und die Rettungsaktionen einleiten würden.



Heinz-Günter Gondert ist Mitglied des Vorstandes der DAL, verantwortlich für die Bereiche Leasingberatung und Steuern.



Hans Wielenz ist Vorsitzender des Vorstandes der DAL, verantwortlich für Controlling, Finanz- und Rechtswesen.



Heinz-Gerhard Reimers ist Mitglied des Vorstandes der DAL. Sein Aufgabengebiet: Kreditgeschäft, Luftfahrtgeschäft.

„Ein Karren sitzt schneller im Dreck als er heraus ist“

Bm. Mainz
Zur Philosophie des Hauses Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, im Sommer 1984: „Leasing ist ein Geschäft des gegenseitigen Vertrauens, was nicht ausschließt, auch in die letzten Fächer der Bilanz eines potentiellen Kunden zu schauen.“ Wer so spricht, ist Heinz-Günter Gondert, von Mainz aus Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt und seit sechs Jahren mit dem Leasing-Geschäft vertraut. Seit dem 1. Dezember 1983 sitzt er im Vorstand der nach wie vor größten deutschen Immobilien-Leasing-Gesellschaft und verwaltet dort im Prinzip das Ressort Finanzen.

Ist es für einen jungen Mann vom Jahrgang '49 nicht riskant, sich auf einen Stuhl zu begeben, der das Erfolgsrisiko verweigern könnte? Geradezu jugenhaft lacht er in einem Gespräch mit der WELT über diese Frage. Er sucht dort bei der ins Schleudern geratenen DAL eben dieses Erfolgsrisiko – und er werde es finden.

1986 wieder Erträge

Stimmen, die es wissen müßten, kündigten inzwischen an, daß die Deutsche Anlagen-Leasing bereits 1986 wieder Erträge abwerfen werde. Da ist der 35-jährige Gondert vorsichtig. Seit 1978 sei der Karren mit „einer ungünstigen Expansionspolitik“ (gegen deren Interpretation als verantwortungslose Mengenpolitik) in den Dreck gefahren worden. Da könne man schlecht erwarten, daß er da in kürzerer Zeit wieder herauskomme.

Dennoch ist Gondert siegesicher, was er aber nicht mit Zahlen belegen kann. Noch nicht. Das 83er Abschlußwerk wird voraussichtlich erst im Oktober vorgestellt. Klopft man aber die Immobilien-Branche nach Daten für das erste Halbjahr 1984 ab, so findet man heraus, daß die DAL allein mehr als 30 Prozent der Immobilien-Neugeschäfte auf sich vereint. 1982 waren es im ganzen Geschäftsjahr Aufträge über rund 3 Milliarden Mark in dieser Sparte. Aus dem Mobilienmarkt waren es magere 500 000 Mark – verständlich – von diesem ausgeblieben. Geschäft wollte man so schnell wie möglich runter. Das gesamte Bilanz-

volumen schätzte Gondert für die DAL auf gegenwärtig 12 bis 14 Milliarden Mark. Bisher entstandene Verluste wurden voll abgedeckt.

Daß es bei der DAL zum Kollaps kommen mußte, war lange bekannt. Ebenso stand aber auch in der Branche fest, daß das große Haus nicht untergehen würde, daß vielmehr die Gesellschafter einspringen und die Rettungsaktionen einleiten würden. Das ist voll zugesagt – auch für Wertberichtigungen, die mit großer Sicherheit noch vorgenommen werden müssen, denn die Geschäftsleitung der DAL hat selbst die Staatsanwaltschaft auf Vorgänge aufmerksam gemacht, die dem Hause neuen Schaden zufügen könnten.

Daher wurden Akten gleich tonnenweise beschlagnahmt, um feststellen zu lassen, ob sich neben unseren Geschäften etwa auch solche befanden, die ehemaligen Verantwortlichen persönlichen Vorteil brachten. Der neue Vorsitzende des Vorstandes, Hans Wielenz, hat die rechtliche Bereinigung der Geschäfte des DAL-Konzerns selbst als einen Akt der Hygiene bezeichnet.

Nach Heinz-Günter Gondert steht die DAL heute gestrafft da. Das Auslands-Geschäft wurde abgeschnitten. Es wird im Rahmen von Kooperationen von einer kleinen Truppe weitergeführt. Von dem „Luftballon der Mobilien“ hat man sich fast ganz verabschiedet. Hier wird die DAL nur noch aktiv, wenn die Objekte in der Größenordnung von wenigstens einer halben Million Mark liegen. Der Personalbestand wurde von über 500 auf rund 350 Mitarbeiter abgebaut. Beendet wurde auch das Führungsprinzip der Divisionierung. Die Geschäfte liegen jetzt in einer einheitlichen Vertriebsgesellschaft.

Während der Anlagenzugang der DAL-Gruppe in der Bilanz 1982 noch mit 3,8 Milliarden Mark ausgewiesen wird (davon 676 Millionen Mark im Ausland), muß im Oktober damit gerechnet werden, daß sich diese Summe für 1983 stark reduziert. Die Bilanz wird noch einen „ganz bedeutenden Umsatz ausweisen“, sagt Gondert. Das Neugeschäft habe sich aber „bedeutend reduziert“. Über 300 Millionen Mark waren es im ersten Halbjahr 1984. Damit erscheint das Ziel von 500 Millionen Mark für das ganze

Jahr durchaus realistisch. Gondert: „Wir werden überleben und keine Abwicklungsgesellschaft.“

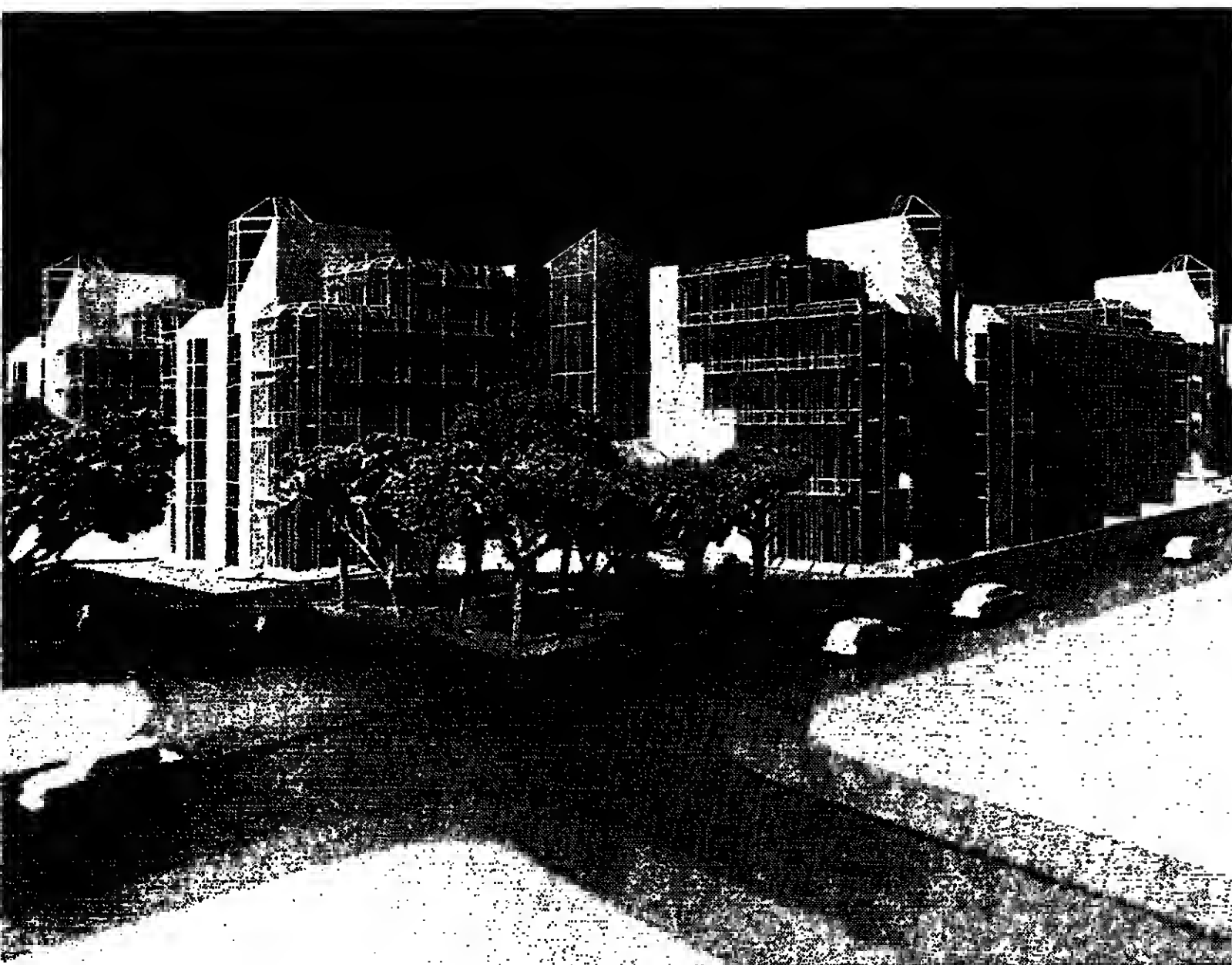
Auch zu den Gesamtwerberichtigungen, die in der Branche auf 1,1 bis 1,6 Milliarden Mark geschätzt werden, will er sich nicht äußern, weil eben noch Verfahren laufen und der Knall bei DAL auch finanztechnisch noch längst nicht verhallt ist. So läuft noch ein Prozeß mit Kapital & Wert über einen Kooperationsvertrag, den die DAL wegen „nicht vertragsgerechten Verhaltens“ am 20. Februar 1984 fristlos kündigte. Kapital & Wert klagt jetzt, daß die Kooperation auch künftig erhalten bleibt. Bei Kapital & Wert waren (und sind abgeschlossen) Fonds-Vertriebsaktivitäten der DAL konzentriert, die – soweit abgeschlossen – von der DAL abgewickelt werden.

Refinanzierung unerlässlich

Wenn auch neue Früherkennungsmechanismen für faul werdende Kunden eingebaut werden sollen, wenn banküblicher Konservatismus wieder groß geschrieben wird in Mainz, die Tatsache, daß sich die DAL wie in der Vergangenheit zu rund 50 Prozent bei Dritten fremdfinanziert, bleibt nach Gondert unverändert. Für diese Mittel und Geschäfte bleibt die DAL auch im Obligo, während das Bonitätsrisiko für Refinanzierungsgeschäfte mit den Mitteln künftig bei diesen liegt.

Die Refinanzierung bei Dritten und bei den Kapitalgebern hält Gondert schon aus wettbewerblichen Gründen für unerlässlich. Das heißt, man bolt sich die Mittel dort, wo man sie am günstigsten geboten erbält.

Das Kapital der DAL von 75 Millionen Mark bei einem relativ hohen Eigenkapital von über 137 Millionen Mark liegt zu 46,7 Prozent bei der Holdinggesellschaft Düsseldorf-Frankfurt mbH (hier sind Interessen der West-LB und der Helaba zusammengefaßt), zu 28,6 Prozent bei der LB Rheinland-Pfalz, zu 18,7 Prozent bei der Bayerischen Landesbank und zu 10 Prozent bei der Dresdner Bank. Am 7. Juni 1984 hat der Aufsichtsrat der DAL beschlossen, „den Gesellschaftern zu empfehlen, die erforderliche Risikoprüfung unverzüglich durchzuführen“.



Wenn Sie mit der Deutschen Leasing bauen, können Sie Ihre individuelle Planung auch verwirklichen

Schon zum Zeitpunkt Ihrer Investitionsplanung stellt sich die Frage, ob Sie die Immobilie kaufen oder leasen werden. Genau dann sprechen Sie am besten mit der Deutschen Leasing. Denn wir geben Ihnen das sichere Gefühl, die richtige Entscheidung zu treffen.

Welche Objekte Sie auch planen, Verwaltungs- oder Fabrikationsgebäude, Lagerhallen, Märkte: Die Deutsche Leasing findet die wirtschaftlichste Lösung und bereitet sachlich ausgewogene Investitionsentscheidungen vor.

Dazu gehören beispielsweise der Dialog vor Ort während der Planungsphase und eine Darstellung betriebswirtschaftlicher objektiver Kostenvergleiche. Alles mit dem Ziel freier Kreditlinien und erhöhter Liquidität.

Sprechen Sie deshalb vor Ihrer Investitionsentscheidung mit einem Berater der Deutschen Leasing.

Deutsche Objekt-Leasing GmbH, Telefon (069) 1529365
Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6-12, 6000 Frankfurt/M. 60, Telefon (069) 15291
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 20 16 61, Hannover (0511) 34 58 14, Bielefeld (0521) 68090, Düsseldorf (0211) 804 34, Köln (0221) 62 40 51, Frankfurt (069) 656 40 11, Nürnberg (0911) 371 73, Karlsruhe (0721) 229 52, Stuttgart (0711) 29 96 81, München (089) 502 70 61

Deutsche Leasing



Nächste Gatt-Runde diskutiert auch die „Miete“

Verhandlungen im Herbst / Richtlinien für internationales Finanz-Leasing liegen bereits vor / Experten erarbeiten zur Zeit eine Konvention

L.D. Paris

Das Gesamtbild eines anhaltenden Aufschwungs in der europäischen Leasing-Branche ergibt bei genauer Betrachtung, daß einige Länder enorm zuleigen, während die Entwicklung in anderen Ländern abflachte.

So registrierte Spanien eine Zunahme von 52 Prozent bei neuen Leasing-Abschlüssen. In Italien gab es eine Erhöhung um 12,6 Prozent, aus der Schweiz wurde eine Verbesserung um 10,9 Prozent gemeldet. Beachtliche Gewinne konnten auch die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Norwegen ausweisen.

In Großbritannien wurden die hochgesteckten Erwartungen der Branche nicht ganz erfüllt, und in Finnland ging das Neugeschäft zum ersten Mal zurück. Das ist auf die neue Gesetzgebung dieser Länder zurückzuführen, die Leasing im Vergleich zu anderen Finanzierungsformen benachteiligt. Nach Ansicht des Vorsitzenden der LeasingEurope, Jacques Brodus, Direktor der Locabail in Frankreich, erhöhte Leasing 1983 seinen Anteil am europäischen Investment-Markt.

Führend bei der Aufwärtsentwicklung sind die Sektoren Computer und Büro-Einrichtungen. Am deutlichsten zeigte sich das in Belgien und in Großbritannien. Diese Branchen ma-

chen in Belgien bereits 50 Prozent und in Großbritannien - nach einer Steigerung um 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr - fast 25 Prozent des gesamten Leasing-Geschäfts aus.

Als vielversprechend wird von Jacques Brodus auch das Geschäft mit Computer-Software in den nächsten Jahren angesehen. Meistens werden noch Hardware und Software „im Paket“ vermietet. Allerdings verändert sich dabei der jeweilige Anteil zunehmend zur Software. Brodus prognostiziert: „Das Software-Leasing wird anwachsen, wenn auch nur allmählich.“

Gesetzesänderungen in europäischen Ländern

In letzter Zeit traten in Europa zahlreiche das Leasing-Geschäft betreffende neue gesetzliche Bestimmungen in Kraft. Die wohl einschneidendste Veränderung erfolgte in Großbritannien, wo die „Capital allowance“ für das erste Jahr zum 31. März 1984 auslaufen wird.

Diese Abschaffung war auch im Entwurf für den Haushalt 1984 der Republik Irland vorgesehen, konnte jedoch durch Bemühungen der Leasing-Wirtschaft verhindert werden. Gemäß der Finance Bill kann der Vermieter die „Capital allowance“

von Gewinnen im Leasing-Geschäft absetzen, nicht aber von den Erträgen anderer Geschäftstätigkeit.

In Dänemark wurden im vergangenen Jahr zwei Verordnungen erlassen, die das „tax-based“ Leasing privater Investoren betreffen. Danach sind nur noch zwei Bereiche - Schiffbau und Bauwirtschaft - offen für privates „investor-based“ Leasing.

In Schweden wurden im Januar erstmals Kreditbestimmungen in der Leasing-Wirtschaft eingeführt. Gleichzeitig hat man das bis dahin existierende System der Steuerkredite aufgehoben. Am 1. Januar trat auch in Norwegen eine Kredit-Restriktion in Kraft, die aber zunächst auf sechs Monate befristet war und danach von der Regierung überprüft werden sollte.

In Italien hat es in letzter Zeit keine behördlichen Eingriffe gegeben. Mehrere Leasing-Unternehmen schlossen sich zu einer Vereinigung zusammen, um einen Verhaltenskodex für ihre Mitglieder aufzusetzen. Dieser Schritt ist auf das Geschäftsgeschehen einiger kleiner Firmen zurückzuführen, die Verträge mit übertriebenen Vorauszahlungen anbieten oder Laufzeiten von weniger als einem Jahr hatten oder erhöhte Zinsen forderten.

In Belgien wurde durch ein Gesetz vom 1. Juli 1983 und durch mehrere

Dekrete (ausgefertigt am 12. September 1983) die Gültigkeit der Richtlinien ausgedehnt, wonach die gelesten Anlagen in den Büchern des Pächters kapitalisiert werden.

Die Frage, wie Leasing buchhalterisch zu behandeln ist, dazu steuerliche Angelegenheiten, stellten die Hauptprobleme für die Vereinigung LeasingEurope im vergangenen Jahr dar.

Eine neue Definition des Eigentums?

Mit dem Titel „Die Erklärung von Sevilla“ hat der Verband seine eigenen Richtlinien nun publiziert, und zahlreiche Länder hatten sich daran, sagte Jacques Brodus.

Er wies darauf hin, daß die Kapitalisierung der gemieteten Einrichtungen in den Büchern des Pächters, wie es die Empfehlung IAS Nr. 17 nach dem „International Accounting Standard“ fordert, rechtlich nicht korrekt sei. Denn sie beruhe auf einer Definition des Eigentums, die von wirtschaftlichen, aber nicht von juristischen Kriterien ausgehe.

Der Eigentümer nimmt auch die Abschreibung in seinen Büchern vor. Wenn das nicht möglich ist, gerät sein Besitz in Gefahr, so Direktor Brodus. Falls ein Vermieter aber seine Anlagen nicht steuerlich ab-

schreiben könnte, könnten die Behörden darüber befinden, ob der Vermieter noch als Eigentümer zu gelten hat oder ob juristisch der Besitz an den Pächter übertragen werden kann. Jedenfalls ist die IAS Nr. 17 für kleine und mittelgroße Unternehmen untauglich, sagte Brodus.

Die Arbeitsgruppe des Internationalen Institutes für die Vereinheitlichung des Zivilrechtes (Unidroit) hat unlängst ihren Schlusssatz für einheitliche Richtlinien für internationales Finanz-Leasing vorgelegt. Danach wurde dieser Entwurf vom Council beraten. Schließlich wurden Regierungsexperten damit beauftragt, den Wortlaut einer internationalen Konvention vorzubereiten.

Sobald dies geschehen ist, soll eine diplomatische Konferenz einberufen werden; es soll die Einladung an alle Staaten ergehen, diese Konvention beizutreten. Wer diesen Schritt vollzieht, muß sich daran halten - allerdings ist die Möglichkeit vorgesehen, gewisse Vorbehalte zu bestimmten Artikeln der Konvention anzumelden.

In Genf sollen im Oktober/November Verhandlungen über die Dienstleistungsbetriebe im Rahmen des Gatt (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel) beginnen. Darunter wird auch die Leasing-Wirtschaft fallen.

Frage: Muß der Bauherr wirklich Bauherr sein?

Immobilien-Leasing ist nicht nur für „Große“ interessant

K.P. OTTO, Hamburg

Wie die jüngsten Zahlen aus der Leasing-Branche zeigen, sind 1983 Immobilien im Anschaffungswert von insgesamt 3,65 Milliarden Mark neu bilanziert worden. Im Vorjahr waren es hingegen 5,06 Milliarden Mark. Damit ist erstmals im Immobilien-Leasing-Bereich eine rückläufige Entwicklung der Neuaufschlüsse zu verzeichnen. Der Bestand an Immobilien-Leasing-Objekten ist jedoch weiterhin gewachsen: Von 24,9 Milliarden Mark im Jahre 1982 auf 27,8 Milliarden Mark 1983.

Hauptobjekte des Immobilien-Leasing waren in der Vergangenheit Geschäfts- und Bürogebäude, Produktionsgebäude, Lagerhallen, Supermärkte und Warenhäuser. Da sich die Zurückhaltung der Unternehmen bei Neuinvestitionen in erster Linie auf den peripheren Bereich auswirkte, wurden vor allem die Geschäfts- und Bürogebäude von der rückläufigen Entwicklung getroffen. Insofern ist es verständlich, daß aktuell Supermärkte und Warenhäuser wieder in den Vordergrund des Immobilien-Leasing-Interesses gerückt sind.

Hilfe für den Mittelstand

Wenn auch die Zuwachsrate im vergangenen Jahr negativ war - für 1984 läßt sich hingegen wieder ein leichter Aufwärtstrend feststellen -, so ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Immobilien-Leasing angesichts des Gesamtvolumens von annähernd 30 Milliarden Mark und immer laufenden Immobilien-Leasing-Verträgen unbestritten.

Beinahe täglich entscheiden sich Unternehmen unterschiedlichster Größenordnung dafür, bestimmte Bauvorhaben nicht auf traditionellen Wegen zu realisieren, sondern hierfür das Immobilien-Leasing-Verfahren einzusetzen. Auch der Verkauf von bereits bestehenden Gebäuden mit anschließender Rückmietung (sale-and-lease-back) sowie der Erwerb bestehender Gebäude von einem Dritten und die anschließende Vermietung (buy-and-lease) gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Obgleich die Objektgrößen nach oben keinen Beschränkungen unterworfen sind, spielen im Immobilien-Leasing-Bereich vor allem Objekte der mittelständischen Wirtschaft in Größenordnungen von mehreren Millionen Mark die entscheidende Rolle.

Da bei Neubauten die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten des Leasingobjektes Grundlage für die Berechnung der vom Leasingnehmer aufzubringenden Miete sind, ergibt sich zwangsläufig, daß er daran interessiert sein muß, diese Kosten so gering wie möglich zu halten. Er wird daher einen Partner auswählen, der aufgrund seiner personellen Ausstattung sowie eines in langjähriger Erfahrung gewonnenen Know-how und entsprechender Verbindungen in der Lage ist, einmal diese Kosten in Grenzen zu halten und darüber hinaus die benötigten Finanzierungsmittel zu einem günstigen Kapitalmarktzins zu beschaffen.

Der Vorteil einer professionellen Errichtung von Immobilien kommt vor allem mittelständischen Unternehmen zugute, da Bauleistungen lohnintensiv und damit teuer sind. Unternehmen, die nicht über eine eigene Baubehörde verfügen, können beispielsweise im Planstadium unterlaufen Fehler: später während der Bauzeit oft nur mit erheblichem finanziellen Mehraufwand korrigieren.

Die Festlegung des Umfangs der bei Neubauten vom Leasinggeber im Rahmen des Vertrages zu erbringenden Leistungen ist ein Punkt, der einer intensiven Beratung bedarf. Der Leasingnehmer kann, im wesent-

lichen die folgenden Arbeiten ganz oder teilweise auf die Leasinggesellschaft übertragen:

1. Erwerb des Grundbesitzes beziehungsweise Erbschaftsrecht;
2. Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen bis zur Baugenehmigung;
3. Erschließung des Baugeländes;
4. komplette Bauplanung einschließlich Terminplanung und -überwachung mit Hilfe moderner Verfahren wie der Netzplantechnik;
5. Ausschreibung aller Gewerke, Kostenplanung und -kontrolle;
6. Abrechnung mit den Handwerkern;
7. Versicherung des Objektes und gegebenenfalls Schadenabwicklung;
8. kaufmännische Verwaltung des Objektes, also Abrechnung der Nebenkosten, Zahlung der Objektsteuern und Überwachung der Objektrentabilität.

Beim sale-and-lease-back kann die Interessenslage zwischen Leasingnehmer und Leasing-Geber durchaus voneinander abweichen: während der Leasing-Neher wegen des Liquiditätszuflusses in der Regel daran interessiert sein wird, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen, muß die Leasing-Gesellschaft an den Risikoverlauf und insbesondere an die vielseitige Verwendbarkeit des Objektes (angemessener Kaufpreis, guter Standort) denken.

Um hinsichtlich des Preises Über-einkauf zu erzielen, empfiehlt es sich, ein aktuelles Schätzgutachten als Bemessungsbasis zu wählen. Neben dem Vorteil der Realisation stiller Reserven erhält sich der Leasingnehmer beim sale-and-lease-back die Möglichkeit, die entsprechenden Anlagegüter wie bisher zu nutzen. Darüber hinaus wird ihm ein grundbuchlich abgesichertes Ankaufsrecht eingeräumt, das ihm die Möglichkeit bietet, das Objekt nach Ablauf der Vertragsdauer von beispielsweise 20 Jahren zum Restbuchwert zu erwerben. Über das Mieterdarlehen, das er durch die Mietzahlungen in der Regel angespart hat, kann die Übernahme des Objektes ohne zusätzliche Liquiditätsbelastung erfolgen.

Die Leasing-Gesellschaft entwickelt zusammen mit dem Mieter ein oftmals umfangreiches Vertragswerk, das den Zielvorstellungen des Kunden in gleicher Weise entspricht wie seiner augenblicklichen Situation. Im Vordergrund stehen hierbei sowohl wirtschaftliche als auch steuerrechtliche Gesichtspunkte.

Als Beispiel sei nur die Gründung einer eigenen Objektgesellschaft für die Realisierung des Investitionsvorhabens genannt. Hierdurch kann den Besonderheiten des Objektes Rechnung getragen werden. Außerdem ist eine direkte Beteiligung des Mieters an der Objektgesellschaft möglich.

Umfassender Service

Die Arbeitsteilung zwischen Leasing-Geber und Leasing-Neher bietet einem Unternehmen eine Reihe von Vorteilen, wie bundertprozentige Finanzierung, Minimierung des Eigenkapitaleinsatzes, Verringerung der Nettokostenbelastung, geringe Liquiditätsbelastung, Verbesserung der Finanzierungsstruktur, Entlastung bei der Vermögens- und Gewerbesteuer und Verbesserung der Bilanzverhältnisse.

Branchenkenner sehen aus diesem Grunde für das Immobilien-Leasing in den vor uns liegenden Jahren noch ein erhebliches Marktpotential, so daß der Unternehmer, der Bauinvestitionen plant oder bestehende Gebäude umfinanzieren möchte, auch künftig größere Projekte im Wege einer zeit- und kostengünstigen Finanzierung realisieren kann, ohne selbst Bauherr zu sein.

Karibik-Kombination: Urlaub und Business

Steuervorteile durch internationale Transaktionen

WR. Brüssel

Flüssiges Geld, besonders auf dem Euro-Dollar-Markt, verschafft dem internationalen Leasing in Europa große Bedeutung. Leasing-Firmen mit Engagement in komplexen internationalen Geschäften sind in Großbritannien und einigen europäischen Ländern mit niedrigen Steuern ansässig. So zieht es beispielsweise skandinavische Finanzhäuser nach Luxemburg. Hier machen sie ihre internationalen Geschäfte, weil keine Währungsrestriktionen sie einengen.

Auch die Schweiz wartet mit attraktiven Steuersätzen in einigen Kantonen auf - vor allem in Zug, neuerdings auch in Zürich. Das macht sie zu einem idealen Standort für internationale Leasing-Operationen. Die steuerfreie Zone auf dem irischen Flughafen Shannon hat viele Leasing-Firmen angelockt, die sich auf die Vermietung von Flugzeugen spezialisiert haben. Denn auf der Insel bleiben ihre Gewinne bis zum Jahre 1990 steuerfrei.

Die günstigste Kombination vorteilhafter Faktoren besteht darin, daß eine in London ansässige Leasing-Gesellschaft in beratender Funktion für eine mit ihr verbundene Firma in einem Niedrigsteuer-Land tätig ist, wobei die Tochter den Abschluß vornimmt. Bei manchen Transaktionen, vor allem in politisch sensiblen Ländern, ist es vorteilhaft, wenn die Eigentümer der Leasing-Gesellschaft nicht an die Öffentlichkeit treten. Hier hilft die Gründung von Gesellschaften mit Namenskapseln in Liechtenstein oder in Luxemburg.

Eine andere Methode, die beim Flugzeug-Leasing das politische Risiko verringern kann: Registrierung in Europa unter der Sponsorschaft einer europäischen Fluggesellschaft, wenn die Maschine an ein anderes Luftfahrt-Unternehmen in einem „unsicheren“ Land vermietet wird. Derartige Transaktionen wurden mit Registrierungen in Frankreich und in den Niederlanden abgeschlossen.

Von den außereuropäischen Steuer-Oasen ist Panama bei „anony-

men“ Interessenten besonders populär. Die Bahamas und die Bermudas - abgesehen von den angenehmen Aufenthalt für Geschäftsabschlüsse - bieten sowohl die finanziellen wie auch fachlichen Leistungen, die sie vor allem bei britischen Investoren so attraktiv machen. Hinzu kommt, daß die Rechtssysteme dieser Inselstaaten dem britischen sehr ähneln.

Wenn auch das goldene Zeitalter der doppelten Vorteile im angloamerikanischen Geschäft vorüber ist, so bieten doch etliche europäische Länder noch Steuervorteile, die bei internationalen Transaktionen genutzt werden können. Das ist beispielsweise bei Transaktionen über Norwegen der Fall, wenn die Abschreibungsvergünstigungen und ein besonderer Investment-Fonds in Anspruch genommen werden. Das gilt aber auch für die Bundesrepublik Deutschland und Schweden, deren Steuergesetze Freibeträge bei Transaktionen einräumen, bei denen der Benutzer der Anlagen nicht in dem betreffenden Land steuerpflichtig sein muß.

Die Möglichkeiten, solche Vorteile auszunutzen, sind allerdings durch praktische Überlegungen begrenzt: Die Kosten bei grenzüberschreitendem Leasing liegen sehr hoch, so daß nur Großaufträge einen solchen Aufwand tatsächlich rechtfertigen.

Bei Transaktionen großen Umfangs haben sich europäische Pächter steuerliche Vergünstigungen in den USA zunutze machen können. So erlangten Fluggesellschaften Investment Tax Credits und erhöhte Abschreibungssätze für Flugzeuge, die mehr als 20mal im Jahr die USA anfliegen. Für andere Güter sind die Abschreibungsmöglichkeiten kaum weniger lukrativ.

Um den höchsten Nutzen aus diesen internationalen Möglichkeiten zu ziehen, ist ein größerer Arbeitsaufwand nötig, um entweder diese Methoden auf die Transaktion abzustimmen oder um neue Methoden zu entwickeln, die für die in Frage stehende Transaktion am günstigsten angewendet werden können.

Der weltweite Aufschwung im Leasing-Geschäft hat zur Gründung nationaler und regionaler Leasing-Verbände geführt. So entstand im September 1983 auf der Leasing-Konferenz in Rio de Janeiro für die Länder Lateinamerikas die „Federacion Latino Americana de Leasing“ (Felaase), mit Sitz in der brasilianischen Wirtschaftsmetropole São Paulo.

Im asiatischen Verband Asialease (Hauptquartier in Singapur) sind Mitglieder von Indien bis Japan vertreten. In Europa haben sich die nationalen Gruppierungen in der LeasingEurope (Sekretariat in Brüssel) zusammengeschlossen. Sie reicht inzwischen bis nach Nordafrika, nachdem Tunesien vor kurzem aufgenommen wurde.

In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht die „American Association of Equipment Leasing“ (Sitz in Arlington im Bundesstaat Virginia, unweit von der Bundeshauptstadt Washington), daneben gibt es einige mit ihr konkurrierende regionale Vereinigungen.

Da das Leasing-Geschäft in den Ländern Afrikas und im Nahen Osten in den Kinderschuhen steckt, existieren auf diesem Kontinent noch keine Zusammenschlüsse der Leasing-Wirtschaft.

Weltkonferenz in London

Nun liegt ein Vorschlag zur Gründung eines Leasing-Verbandes vor, der als Schaltstelle zwischen den regionalen Vereinigungen fungieren soll. Die verschiedenen Regionen sind immerhin durch etliche Leasing-Firmen, hauptsächlich Tochterfirmen von Banken, miteinander verbunden.

Dieses Netz von nationalen und internationalen Zweigstellen und Niederlassungen spiegelt sich in den regionalen Vereinigungen wider: was immer noch fehlt, ist der globale Überbau.

Die erste Weltkonferenz der Leasing-Wirtschaft, die World Leasing

Ein Verband als Schaltstelle

Convention, fand Januar 1983 in Hongkong, ein zweites Treffen im Juni 1984 in der US-Hauptstadt Washington statt. Die nächste Leasing-Weltkonferenz soll 1985 in London sein.

Eine andere Form des internationalen Zusammenschlusses von Leasing-Unternehmen stellt der „Leasing-Club“ dar. Mittlerweile existieren fünf dieser Organisationen, der ein Unternehmen aus jedem Mitgliedsland angehört.

„Clubs“ zur Verkaufsförderung

Die „Clubs“ bestehen auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Denn es wäre schon irritierend, wenn aus einem Land mehrere Mitglieder aufgenommen würden - schließlich müssen Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

Hauptanliegen dieser „Clubs“ ist es, untereinander Abschlüsse in anderen Ländern zu vermitteln - als Freundschaftsdienst oder gegen Provision. So sind die „Clubs“ recht erfolgreich bei der Verkaufsförderung und mit Marketing-Strategien. Am umfangreichsten ist allerdings der Austausch von Ideen, technischen Informationen und auch von Mitarbeitern.

Um Leasing als Methode der Kapitalbindung nutzbar zu machen, haben zahlreiche Länder spezielle gesetzliche Bestimmungen erlassen, um die Eigentumsrechte des Vermieters an den Leasing-Objekten rechtlich klarzustellen und um zu vermeiden, daß der Mieter - also der Nutzer der Anlagen - für den Eigentümer gehalten wird.

ten wird. Auf diese Weise konnten Unklarheiten in rechtlicher Hinsicht und in der Buchhaltung (zum Beispiel Doppelbesteuerung) ausgeräumt werden.

Eine treibende Kraft bei den Bemühungen, die Regierungen von den Vorteilen des Leasing-Geschäftes zu überzeugen und zu besonderen gesetzgeberischen Schritten zu veranlassen, war die „International Finance Corporation“ (IFC), eine Tochterfirma der Weltbank. Die IFC wirkte beim Erlass der Rahmenbedingungen beratend mit und engagierte sich in einigen Unternehmen, die bereits in weniger entwickelten Ländern tätig sind.

Die Streitfrage, ob die Leasing-Anlage sowohl in den Büchern des Vermieters als auch des Mieters kapitalisiert werden kann, hat zu einer Debatte über die Profit-Ermittlung auf der Basis eines Leasing-Vertrages geführt.

Das „International Accounting Standards Committee“ (IASC) plädiert für die Kapitalisierung in den Büchern des Mieters. Seine Empfehlung (International Accounting Standard Nr. 17) liegt im großen und ganzen auf der Ebene der amerikanischen Richtlinie (FAS Nr. 13). So halten es auch die Briten, und nach ihnen richten sich viele Länder mit übernommenem britischen System.

Zahlreiche Länder - viele Ansichten

Lateinamerikanische Länder, nordeuropäische Staaten und Länder, in denen der Code Napoleon gilt, lehnen diese Ansicht entschieden ab. Sie halten die IAS-Nr. 17 für unbrauchbar, weil sie mit den Gesetzen in weiten Teilen der Welt nicht in Einklang zu bringen sei.

Um eine globale Auslegung zu erreichen, arbeitete das Internationale Institut für die Vereinheitlichung des Zivilrechtes (Unidroit) in Rom einen Entwurf aus, der allen Mitgliedsländern zur Ratifikation vorgelegt werden soll. DAVID FULLERHAM

Wissen Sie, daß wir für unsere 650 Mieter aus Gewerbe, Handel und Industrie über 1.200.000 m² Nutzflächen bereithalten?

4 gute Gründe sprechen für uns:

1. Service

● Wir vermieten Ihnen Nutzflächen jeder Größe, und an vielen Plätzen ● Wir planen, bauen und finanzieren Ihr Objekt - auch am Standort Ihrer Wahl - ● Wir betreuen dieses während der Mietzeit ● Wir tragen das volle Eigentümersisiko ● Wir übernehmen die gesamte Abwicklung substanzhaltender Maßnahmen.

2. Flexibilität

IVG berücksichtigt Ihre Wünsche bei der Raumgestaltung und der Mietdauer:

- uneingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten
- variable Flächen bezüglich Größe und Nutzung
- auch kurzfristige Vertragslaufzeiten

3. Erfahrung

- Wir besitzen seit 65 Jahren Erfahrung im Vermietgeschäft
- Wir beraten Sie in allen Fragen der Unternehmensansiedlung
- 650 Mieter auf ca. 1,2 Mio m² Gewerbeflächen nutzen bereits die Vorteile der IVG

4. Wirtschaftlichkeit

Vorteile für Sie, wenn Sie mieten:

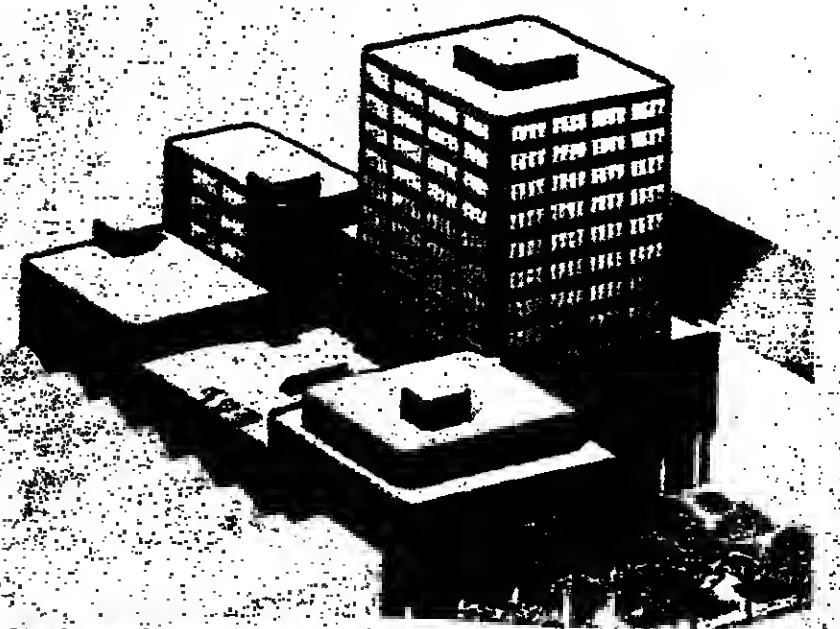
- keine Bindung von Eigenkapital
- Schonung der Liquidität
- Erhaltung des Kreditpielraums
- steuerlich voll absetzbarer Mietaufwand
- keine finanziellen Vorleistungen
- feste Kalkulationsbasis
- keine Investitionsbezogenen Steuern

Industrie
Verwaltungs
Gesellschaft mbH

IVG

Zanderstraße 5 · Postfach 20 08 86
5300 Bonn - Bad Godesberg
Telefon (02 28) 844-0 · Telex 08 85 435

Unser Objekt: München · Rosenheimer Str. 143 a (Nähe Ostbahnhof)



Leasing ist in erster Linie eine umfassende Finanzierungsdienstleistung. Mit Leasing sichert sich der Investor die hundertprozentige Finanzierung einer Investition. Er braucht kein teures Eigenkapital einzusetzen. Bei chronisch niedriger Eigenkapitalquote der deut-

schen Unternehmen – derzeit bei etwa 19 Prozent – wird jeder Unternehmer diesen Vorteil des Leasing schätzen: Er kann nun flüssiges Geld zur Finanzierung des Umlaufvermögens, der Vorratshaltung oder zur Ausnutzung von Skonti verwenden.

Leasing – eine Spekulation auf den fallenden Zins

Wer ein Objekt kauft, wird in der Regel immer Eigenkapital einsetzen müssen. Ob dieser Anteil 10 oder 30 Prozent beträgt, ist unerheblich. Nur in den seltensten Fällen wird man die Investition hundertprozentig fremdfinanzieren können. Bei einer Investition mit Leasing ist mit der Unterschrift unter den Leasingvertrag die Finanzierung in einem Zuge sichergestellt.

Mit Leasing bekommt man aber noch mehr. Nicht nur, daß eine verwaltungstechnisch einfache Lösung des Finanzierungsbedarfs erreicht ist, dank Leasing ist das Investitionsvorhaben jetzt durchfinanziert, und zwar kongruent zur Laufzeit des Vertrages. Es müßten nicht Vereinbarungen über verschiedene Darlehen mit der Bank geschlossen werden. Es müßten nicht möglicherweise mit verschiedenen Kreditgebern Verhandlungen geführt werden, um etwa doch eine hundertprozentige Fremdfinanzierung darzustellen.

All das erledigt Leasing und macht es damit zu einer umfassenden Finanzierungsdienstleistung. Mit der Leasinggesellschaft hat man einen weiteren unabhängigen Partner für die Finanzierung. Die stärkt die Position im Kreis der Finanziers.

Leasing bietet aber noch mehr. So läßt sich zum Beispiel der Leasingvertrag mit einem Bauservice-Paket kombinieren. Dadurch wird sichergestellt, daß ein Bauvorhaben zu den budgetierten Kosten und zu den vorgegebenen Terminen schlüsselfertig erstellt wird.

Diejenigen Unternehmer, die keine eigene Bauabteilung haben oder nicht über ausreichende Erfahrungen im Bauen verfügen, greifen auf diesen zusätzlichen Bauservice im Rahmen eines Immobilien-Leasingvertrages gerne zurück: Hierbei werden in

enger Abstimmung mit dem Mieter im wesentlichen folgende Leistungen erbracht:

Die Durchführung und Überwachung aller planerischen Aufgaben, die Vergabe der Bauleistungen, wirtschaftliche und fachtechnische Überwachung der Bauausführung, die Ermittlung und Beseitigung aller Gewährleistungsmängel, die Durchführung aller behördlichen Genehmigungen und Abnahmen, die kaufmännische und juristische Gestaltung aller erforderlichen Verträge sowie die Verwaltung des Objekts.

Flexibele Verträge

Die weiteren Vorteile des Leasing sollen nur schlagwortartig vorgestellt werden, obwohl diese – je nach betrieblicher Situation – unterschiedlich starkes Gewicht erlangen können. Zunächst: Weil Leasing juristisch eine Miete ist, ist die Leasingrate – wie übrigens auch die normale Miete – Betriebsausgabe und mindert damit die Gewerbe- und Körperschaftsteuerbelastung.

Aus demselben Grunde wird das Leasingobjekt nicht beim Mieter bilanziert; juristischer und im steuerlichen Sinne wirtschaftlicher Eigentümer ist die Leasinggesellschaft. Investition und Finanzierung bleiben bei Leasing außerhalb der Bilanz.

Die vertragliche Flexibilität des Leasingvertrages ermöglicht es – anders als bei einer konventionellen Finanzierung – auch auf besondere betriebliche Situationen einzugehen. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Objekt- bzw. Besitzgesellschaft sind dazu Ansatzpunkt. Gerade diese Möglichkeit macht Leasing zu einer umfassenden Dienstleistung, die weit über eine Finanzierung hinausgeht.

Eine Besonderheit, die nur Leasing bietet und die mittels einer konventionellen Finanzierung nicht darzustellen ist, ist das „sale-lease-back“.

Hierbei verkauft der Besitzer ein Gebäude, das seit mindestens sechs Jahren in der Bilanz stehen sollte, um die steuerfreie Wiederanlage im Rahmen des Paragraphen 6 b EStG zu erhalten, an die Leasinggesellschaft zum Verkehrswert und mietet es gleichzeitig zurück.

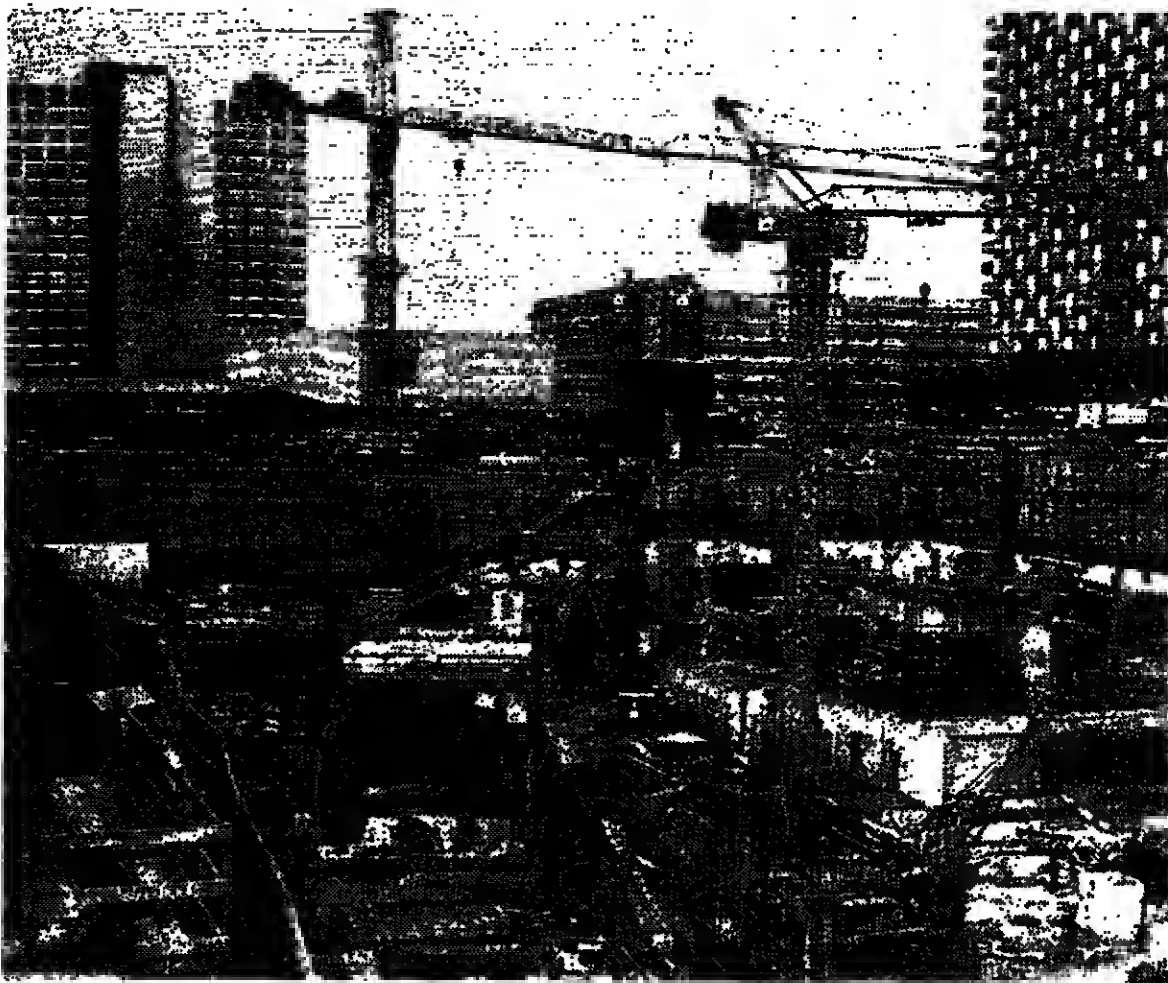
Damit erhält er zusätzliche Liquidität, und das „tote“ Kapital, das in den Anlagen bisher schlummerte, wird damit freigesetzt – und zwar in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert.

Dieses Konzept läßt sich aber nicht nur auf Gebäude und Maschinen anwenden. Überall dort, wo Kapital langfristig gebunden ist, in Vorräten, zum Beispiel in Kohle- und Erzlagern, bietet sich das Konzept des „sale-lease-back“ geradezu an.

Keine Frage, daß sich auch ein Beteiligungserwerb elegant über Leasing finanzieren und abwickeln läßt. Dieser Vorgang, bei dem die Leasinggesellschaft von einem Dritten erwirbt und dann an den Interessenten weitervermietet, heißt neudeutsch „buy-and-lease“.

Anders als bei normalen Mieten ist die Leasingrate eine fest vereinbarte Größe und steigt nicht von Jahr zu Jahr nach Maßgabe irgendeines Index. Leasing bietet damit eine klar kalkulierbare Kostenbasis und Kostentransparenz.

Um von vielleicht fallenden Zinsen zu profitieren, können auch Zinskonzessionen vereinbart werden. Während der Bauzeit sind kürzere, etwa halbjährliche Festsetzungen nach Maßgabe des jeweiligen Finanzie-



Auch größte Bauobjekte werden durch Leasing finanziert

FOTO: KARSTEN DE RIESE

rungssinnsatzes möglich. Man kann also mit Leasing auch auf einen fallenden Zins spekulieren und ist nicht an einen Zins für die gesamte Laufzeit des Vertrages gebunden.

Es ist auch auf einen Punkt einzugehen, der immer wieder Verwirrung stiftet. Dies sind die Kosten des Leasingvertrages. Zunächst ist festzustellen, daß bei einer konventionellen Finanzierung AfA (Abschreibungsrate), Zins und Gewerbesteuer die laufende Kostenbelastung der Finanzierung ausmachen. Dem steht beim Leasing nur die Miete gegenüber.

Da sowohl die Leasingmiete als auch AfA und Zins bei der konventionellen Finanzierung abzugsfähige Betriebsausgaben darstellen, mindern sie die Gewerbesteuer- und Körperschaftsteuer. Nur diese Nettokosten sollten miteinander verglichen werden.

Es ist immer eine Frage der Prämissen, zu welchen Ergebnissen man kommen will – oder anders ausgedrückt: Da jede betriebliche Situation sich von der anderen unterscheidet, der Leasingvertrag aber viele Gestaltungsmöglichkeiten zuläßt, ist es nicht möglich, zu der klaren Aussage zu gelangen, die besagt: Leasing ist grundsätzlich günstiger oder teurer als Kauf.

Finanzierungs-Alternative

Die meisten Kostenvergleiche, die veröffentlicht werden, sind unzuverlässige Verallgemeinerungen, die je nach Standort des Schreibers einmal für und einmal gegen Leasing sind. Grundsätzlich läßt sich die Vorteilhaftigkeit von Leasing nicht in einem rein quantitativen Vergleich erfassen. Der Dienstleistungscharakter des Leasing ist mit zu bewerten.

Totes, in Gebäuden gebundenes Kapital kann man nur über Leasing in Liquidität verwandeln. Nur eine Leasinggesellschaft bietet die Finanzierung und einen kompletten Bauservice in einem Paket an. Die Ziele, welche man vor einem gegebenen be-

trieblichen Hintergrund erreichen will, bestimmen, ob Leasing die kostengünstigste und zugleich vorteilhafteste Alternative ist.

Wer trotzdem mit Hilfe einer unersetzten Vergleichsrechnung die Nettokosten des Leasing mit denen einer hundertprozentigen konventionellen Finanzierung vergleicht, der sieht, daß Leasing – je nach Laufzeit des Mietvertrages – kostengünstiger ist, wenn auch nur relativ gering.

In der Regel werden aber weitere qualitative Aspekte, die nur Leasing bietet, hinzutreten, um eine Entscheidung zugunsten von Leasing zu fällen. Daß Leasing ein anerkanntes Investitions- und Finanzierungsinstrument ist, ist daran abzulesen, daß jährlich Leasingverträge in Höhe von rund 17 Milliarden Mark in der Bundesrepublik neu abgeschlossen werden.

Die Vorteilhaftigkeit eines Leasingvertrages ergibt sich auch aus den Vereinbarungen bei Vertragsschluss. Dies ist der Punkt, wo diejenigen,

die aus emotionalen Gründen für Eigentum und Kauf sind, mit Leasing versöhnt werden. Jeder Leasingvertrag ermöglicht es, nach Ablauf der Grundmietzeit Eigentümer zu werden. Man kann das Mietobjekt in der Regel zu einem Preis, der dem jeweiligen Restbuchwert entspricht, erwerben.

Man kann aber auch nach Ablauf des ersten Mietvertrages einen neuen Mietvertrag abschließen. Der Gewinn aus der Verwertung des alten Objektes kann dann auf den neuen Vertrag angerechnet werden. Man kann aber auch den Mietvertrag verlängern. Basis für die Berechnung der Verlängerungsmiete ist der jeweilige Restbuchwert.

Beim Immobilienleasing wird sogar ein notariell gesichertes Ankaufsrecht gewährt. Eine denkbare Wertsteigerung des Mietobjektes entgeht einem damit nicht. Beim Mobilienleasing wird die Kaufoption je nach Vertragstyp, nämlich Vollamortisations- oder Teilamortisationsvertrag, unterschiedlich definiert. Es gibt aber keinen von vornherein fest vereinbarten Ankaufspreis. Dann würde der Leasingvertrag zu einem Mietkaufvertrag.

Viele Vertragsvarianten

Beim Vollamortisationsvertrag kann man das Mietobjekt zum Restbuchwert oder Gemeinen Wert erwerben. Beim Teilamortisationsvertrag spricht man vom Andienrecht. Und wer keinen Anschlußmietvertrag wünscht, kann die Leasinggesellschaft auffordern, das Objekt mindestens zum Restbuchwert für ihn zu verwerthen oder selbst zu kaufen. Wichtig ist, daß gewährt bleibt, Eigentümer zu werden.

Zum Abschluß sei das Wesentliche noch einmal kurz zusammengefaßt: Die Entscheidung für Leasing ausschließlich von einem Vergleich der Kosten zwischen Leasing und konventioneller Finanzierung abhängig zu machen, heißt, die eigentlichen Vorteile des Leasing bewußt vergessen zu wollen. Leasing ist eine umfassende Finanzierungsdienstleistung, die auch auf besondere betriebliche Konstellationen Rücksicht nimmt.

Leasing hat den Effekt einer hundertprozentigen Fremdfinanzierung. Leasing schont damit Eigenkapital und Liquidität. Leasing bietet zusätzliche Servicevorteile, zum Beispiel den Bauservice oder eine allgemeine Investitionsberatung. DW.

Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Wilhelm-Theodor-Römhild-Straße 30, 6500 Mainz, 061-43040

DAL

Leasingberatung und Fachberatung sind für

uns ein Paar Schuhe. Ein Grund, warum Unternehmen auf uns bauen. DAL Leasing.

Ein Service-Paket schaltet Risiken und Zufälligkeiten am Bau aus

Immobilien-Leasing: Hilfe bei Konzeption, Planung, Vergabe und Abwicklung

KLAUS FEINEN, Düsseldorf

Eine leistungsstarke Immobilien-Leasing-Gesellschaft verfügt über ein spezielles Know-how bei Konzeption, Planung, Vergabe und Abwicklung von gewerblichen Bauprojekten. Während Großunternehmen mit eigenen Fachabteilungen in der Lage sind, die für ihre Zwecke erforderlichen Betriebsneubauten optimal zu planen und zu günstigen Kosten erstellen zu lassen, treten mittelständische Unternehmen über lange Perioden nur einmal als Bauherr auf und sind ausschließlich auf fremde Berater angewiesen. Ein Nachteil ergibt sich allein schon daraus, daß sie oft nur Einmalkunden der Baufirmen sind.

Dieser Nachteil kann durch die Investitionsnutzung im Immobilien-Leasing-Verfahren vermieden werden. Namhafte Leasingunternehmen setzen für die Abwicklung der Leasingobjekte besondere Tochtergesellschaften ein, die als qualifizierte Baumanager auftreten.

Dabei wird im einzelnen dazu beigetragen, daß Bauprogramme gelenkt, Baustermine gesichert, Baukosten reduziert, Bauabläufe optimiert, die zur Vermietung bestimmten Objekte drittwertungsfähig und damit langfristig wertbeständig gestaltet werden. Dies liegt insbesondere auch im Interesse des Mieters, weil beispielsweise aufgrund der schnellen strukturellen Veränderungen auch ein handelsübliches Unternehmen vielleicht in wenigen Jahren ein Bauprogramm einer Umstrukturierung unterziehen muß. In diesem Fall ist es günstig, auch bei einem angemieteten Objekt hierfür zusätzliche Kosten vermeiden zu können.

Immobilien-Leasing-Gesellschaften sind als professionelle Dauerauftraggeber der Bauwirtschaft in der Lage, Risiken und Zufälligkeiten im Zusammenhang mit den Bauinvestitionen weitgehend auszuschalten. Die ständige Marktübersicht verschafft einem sachverständigen Team von Bauprozessisten aktuelle Kenntnisse nicht nur über die Preis-

und Kostenverhältnisse des Baumarcktes, sondern auch über die Entwicklung neuer Technologien und Baustoffe.

Trotzdem kann der Leasingnehmer aktiv bei der Objektentwicklung mitwirken. Hierbei entscheidet er selbst, inwieweit er sich entlasten möchte. Beispielsweise kann der Baumanager der Leasing-Gesellschaft die Zielsetzung definieren und gemeinsam mit dem Leasingnehmer festlegen, welche Architekten und Ingenieure herangezogen werden sollen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, daß das Baumanagement der Leasing-Gesellschaft bereits vor Unterzeichnung eines Leasingvertrages zur Überprüfung von Planungsgrundlagen und Ansiedlungsstandort eingeschaltet wird. Die hierfür anfallenden Kosten sind im Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen minimal.

Übersichtliche Kosten

Vom Leasingnehmer ist zu berücksichtigen, daß die Leasing-Gesellschaft als Baumanager eine ausführliche Stellungnahme mit klaren Hinweisen und Vorschlägen für Verbesserungen, Veränderungen und Kosteneinsparungen des Objektes vorlegt. Mit Hilfe eines zunächst zu erstellenden Vorentwurfs können die Kosten eingegrenzt und das Bauprogramm festgeschrieben werden.

Unter Einbeziehung der Bedingungen des Standortes läßt sich dann ein Kostengerüst erarbeiten, das einem durchschnittlichen Qualitäts- und Baustandard entspricht. Zweckmäßigweise werden Einzelwerte für das konkrete Objekt mit der Folge ausgearbeitet, daß eine spätere Gesamtkorrektur durch Veränderungen von Einzelansätzen für jeden transparent und überprüfbar ist. Hierbei kommt selbstverständlich wiederum der überregional tätigen Immobilien-Leasing-Gesellschaft zugute, daß sie beinahe einen lückenlosen Informationsstand über den Baumarkt hat.

Das gilt auch für die Einschätzung der Leistungsstärke von Baufirmen, unabhängig, ob örtlich, regional oder überregional tätig. In jedem Fall wird ermöglicht, daß der Leasingnehmer über alle getroffenen Maßnahmen, die zu Kosteneinsparungen für die vereinbarte Bemessungsgrundlage der Miete führen, informiert ist und danach seine Anmietungsansprüche ausrichten kann.

Der umfangreiche Katalog von Dienstleistungen, die für den Mieter beim Immobilien-Leasing nutzbar werden, setzt sich fort, indem die folgenden kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen im Unterschied zur Eigeninvestition von fremden Dritten, nämlich der Leasing-Gesellschaft als Vermieter, übernommen werden:

- Abschluß von Grundstückskauf- und Erbbaurechtsverträgen sowie deren Durchführung gemeinsam mit dem Notar einschließlich Vermessung des Grundstücks.
- Beschaffung der Teilungsgenehmigung und der Bodenverkehrs-genehmigung.
- Beschaffung des Veränderungsnachweises und sonstiger Katasterunterlagen.
- Beschaffung der Bescheinigung nach § 1026 BGB zur Beseitigung von Belastungen.
- Wahrung der gebührenfreien Eintragung von Vereinigungen und Zuschüssen von Grundstücken nach § 69 Grundordnung.
- Sammeln und Anfertigen von Unterlagen für Einheitsbewertung der Grundstücke und Erbbaurechte.
- Prüfung der Steuerbescheide.
- Abschluß aller notwendigen Versicherungen.
- Regelmäßige Prüfung und Überwachung der Versicherungspolice und Prämienanforderungen.
- Ermittlung des Wertes der Jahresbruttomieten für die Haftpflichtversicherung.
- Prüfung von Wertgutachten der Monopolversicherungsanstalten.

„Sale and lease back“ wurde ein Klassiker

WR Miami

So verwirrend die Sprache des Leasing manchmal auch klingen mag, so brillant einfach sind oft die Geschäftszüge. Ein Klassiker unter ihnen ist das Sale and lease back (wobei neuerdings das „and“ gern weggelassen wird). Es ist das einfachste Mittel, gebundenes Kapital zu „entfesseln“ und für andere Aufgaben im Betrieb freizumachen.

Beispiel: Vor fünf Jahren wurde eine Lagerhalle für eine Million Mark gebaut bei 5 Prozent Abschreibung per anno. Ohne Grundstück steht sie heute mit 850 000 Mark zu Buch. Nach verlässlicher Schätzung beträgt der Verkehrswert 1,3 Millionen Mark. Zur Finanzierung der Halle wurde das Grundstück mit 600 000 Mark belastet. Also sind 250 000 Mark Eigenkapital langfristig gebunden. Zudem ist die Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert (Verkaufswert) von 450 000 Mark eine hübsche stille Reserve. Die Frage lautet: Wie kann man die 250 000 und die 450 000 Mark „looses“ Kapital zu neuem Leben erwecken?

Die Antwort ist einfach: Man verkauft die Lagerhalle an eine Leasinggesellschaft zum Verkehrswert von 1,3 Millionen. Gleichzeitig mietet der Verkäufer „seiner“ Halle langfristig vom Leasing zurück. Er behält dabei die uneingeschränkte Nutzung der Halle, und nach Ablauf der Mietzeit kann er durchaus wieder Eigentümer werden.

Der Vorteil gegenüber dem Kauf der Halle oder gegenüber der Beibehaltung des Besitzes liegt auf der Hand: Mittel werden frei, um sie in andere Bereiche des Betriebes zu stecken, zu diversifizieren oder aber, um Flauten zu überwinden. Der Nebeneffekt ist nicht zu unterschätzen: Die Bilanz wird im Anlagevermögen entlastet, sie wird „freundlicher“.

Das folgende Beispiel zeigt, wie ein Sale-and-lease-back-Geschäft in der Praxis durchgeführt wird:

Nahzu abgeschlossen ist die Leasing-Finanzierung eines 30-Millionen-Dollar-Projektes in Miami, Flo-

rida. Das Dade-County-Werk soll so wohl die Stromversorgung als auch die Klimatisierung eines Verwaltungsgebäudekomplexes in Miami übernehmen.

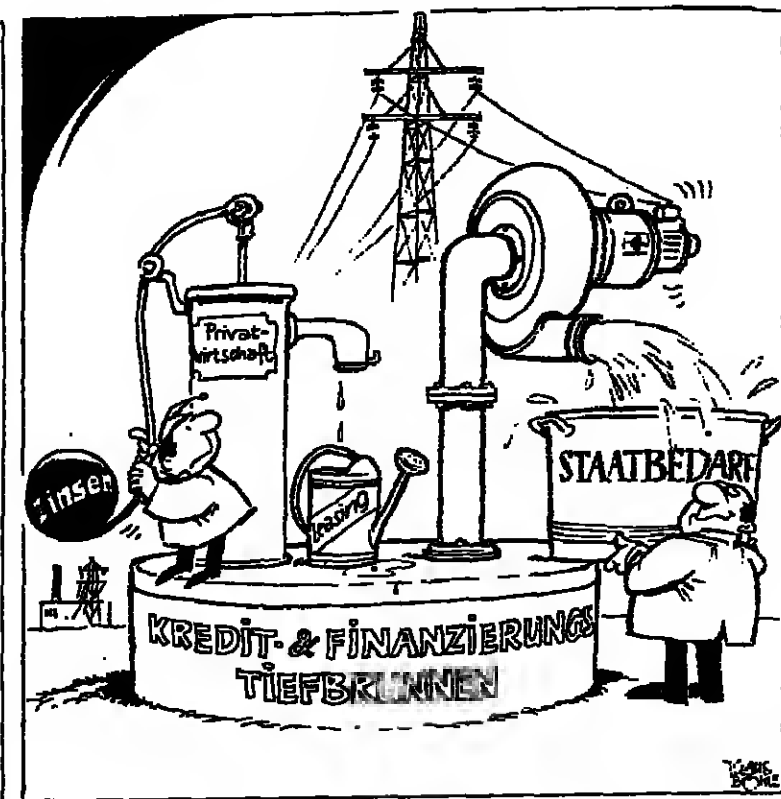
Das Kernstück dieser doppel-funktionalen Anlage ist der von Rolls-Royce gebaute gasbeheizte Turbogenerator Olympus SK30, ein Abieger des Flugzeugmotors der Concorde. Der Generator beinhaltet Dampfmaschinen und einen Rückgewinnungsdampfessel für Abwärme und ist mit einer Kühleinheit gekoppelt, um eine Stromkapazität von 30 Megawatt und eine Kühleistung von 5200 Tonnen zu erreichen.

Das Projekt wird zu gleichen Teilen von der Thermo Electron Corporation aus Waltham, Mass., und der Rolls-Royce Inc. betrieben. Stephen J. Remen, der zuständige Manager bei Thermo Electron, charakterisiert die gemeinsame Unternehmung als ein Projekt, bei dem sich die spezifischen technischen Kenntnisse und Fähigkeiten von Rolls-Royce und Thermo Electron ideal ergänzen.

Mit Ausnahme des Kühlturms wird die gesamte Anlage im Rahmen eines Sale-lease-back-Geschäftes finanziert, bei dem der Käufer direkt an den Verkäufer zurückvermietet. Die Winthrop Financial Corporation in Boston wird das Werk kaufen und dann an die gemeinsamen Betreiber Thermo Electron und Rolls-Royce rückvermieten.

Ein Sprecher von Winthrop sagt, daß ein großer Teil der Kredite für den Kauf bereits platziert worden ist. Was die Kapitalbeteiligungen angeht, so tritt in Zukunft Winthrop als unbeschränkt haftender Gesellschafter oder eine Tochter als Kommanditgesellschaft auf.

Remen bestätigt, daß dies das erste Gemeinschaftsprojekt von Thermo Electron und Rolls-Royce ist. Zwar sind noch keine konkreten Pläne für eine weitere Zusammenarbeit gefaßt, aber Thermo Electron hofft auf eine baldige Fortsetzung der Partnerschaft mit Rolls.



ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Bei langfristigen Anleihen entscheidet die Inflationsrate

Perspektiven im US-Leasing-Geschäft nicht rosig

G. C. DONOVAN, New York

Soll man sich um die Verfügbarkeit von langfristigen Anleihen für Leasing-Geschäfte mit Fremdkapital nun Sorgen machen? Wenn man die außergewöhnlich hohen Zinssätze und Haushaltsdefizite in den USA berücksichtigt, wird der Grund für diese Frage deutlich. Um die künftige Entwicklung abschätzen zu können, muß man sich die Faktoren vor Augen führen, die die Versorgung mit langfristigen Effekten entscheidend beeinflussen.

Zu diesen Faktoren zählen die Inflationserwartungen, die relative Stabilität der Geldmärkte, der Konjunkturverlauf, die Nachfrage nach verfügbaren Effekten und die jüngsten Erfahrungen der Bereitsteller von Kapitalmitteln. Die Inflationserwartungen haben einen besonders großen Einfluß auf die Verfügbarkeit von langfristigen Anleihen. Während der ersten fünf Monate dieses Jahres betrug die aufs Jahr umgerechnete Inflationsrate nur 4,6 Prozent. Dennoch bleiben die Inflationserwartungen hoch, wie man an den zur Zeit hohen Zinssätzen ablesen kann.

Dabei ist es weniger die Erwartung hoher Inflationsraten, die sich negativ auf die Versorgung mit langfristigen Anleihen auswirkt. Der Drehpunkt ist vielmehr der relative Grad der Sicherheit über die künftige Entwicklung der Inflationsraten. Heute herrscht eine weitgehende Unsicherheit aus, die auf die gerade erst überstandene Hyperinflation und die drohenden Defizite im Bundeshaushalt zurückzuführen ist. Dieses Gefühl trägt erheblich dazu bei, die Verfügbarkeit langfristiger Effekte in Grenzen zu halten.

Der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung hat die Nachfrage der Privatwirtschaft nach Anleihen in die Höhe schnellen lassen. Glücklicherweise wurde dieser Trend teilweise von der hohen Liquidität der Gesellschaften zu Beginn der Erholungsphase aufgefangen. Daher haben innerbetriebliche Fonds viel zur Finanzierung beigetragen und die Nachfrage nach verfügbaren langfristigen Anleihen abgeschwächt.

Die hohe Staatsverschuldung, mit der das Haushaltsdefizit ausgeglichen

werden soll, wird sich auch weiterhin ungünstig auf die Verfügbarkeit von langfristigen Effekten auswirken. Die Menge der für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehenden Anleihen wird dadurch gemindert. Staatsanleihen haben sich vor allem bei der Verfügbarkeit zwischen zwei und sieben Jahren bemerkbar gemacht.

Handelsbanken und Finanzierungsgesellschaften, die traditionellen Geldgeber beim Fremdkapital-Leasing, konnten in der Vergangenheit auch zu Hochzinssätzen niedrigere Zinssätze anbieten, da sie ein Absinken der eigenen Kreditkosten erwarteten, das die Ausleih-Geschäfte ertragreicher zu machen versprach. Nun, da auf dem Höhepunkt des Zinszyklus eine solche Praxis nicht mehr möglich ist, werden auch die Kosten für langfristige Anleihen wieder steigen.

Traditionsgemäß sind Versicherungsgesellschaften eine der Hauptgaranten für die Bereitstellung von langfristigen Geldmitteln. Seit 1980 ist jedoch auch das Wachstum in dieser Branche nur gering. Aufgrund der hohen Inflation scheuten viele Kunden davor zurück, in Versicherungspolice zu investieren. Während dieser Zeit lagen die Zinssätze der Versicherungen unterhalb der Inflationsrate und die Inhaber von Policen verloren an Kaufkraft. Daher konnten die Versicherungsgesellschaften ihren Anteil an der Versorgung mit langfristigen Effekten nicht erhöhen.

Obwohl viele der relevanten Faktoren derzeit ein negatives Vorzeichen haben, besteht doch kein Mangel an Effekten. Vielmehr erleben wir trotz dieser schon seit einiger Zeit ungünstigen Rahmenbedingungen eine Periode spürbaren wirtschaftlichen Wachstums mit einer ausreichenden Versorgung an langfristigen Anleihen. In naher Zukunft wird sich daran wohl nicht viel ändern. Die relevanten Faktoren werden negativ bleiben und es steht dennoch zu erwarten, daß die Verfügbarkeit von Anleihen für das Fremdkapital-Leasing sichergestellt ist. Relativ hohe Zinssätze müssen dabei natürlich in Kauf genommen werden.

Leasing in USA: Zusammenarbeit oder Unabhängigkeit?

WR New York

Ob man sich nun nach Partnern am Markt umsehen oder lieber unabhängig bleiben soll, war schon immer die Gretchenfrage der amerikanischen Leasing-Industrie. Der Shearson-Lehman-American-Express-Konzern (vormals Lehman Brothers Kuhn Loeb), ein Spezialist für bewegliche Wirtschaftsgüter, hat sie in zwei verschiedenen Fällen auf ganz unterschiedliche Weise beantwortet. Mit der Commercial Union Capital Corporation hat der Konzern mit großem Erfolg ein gemeinsames Leasing-Programm aufgelegt, während mit der Leasing-Tochtergesellschaft von Lehman's neuen Besitzer, der American Express Company, keine engen geschäftlichen Verbindungen geplant sind.

Lehman hat sich im letzten Jahr mit Commercial Union auf ein gemeinsames Programm geeinigt, um im Namen künftiger neuer Lessoren zu handeln, denen die traditionelle Rolle des Vermieters beim Leasing-Geschäft mit festverzinslichem Leihkapital wegen der zahlreichen administrativen und personellen Probleme wenig behagt.

Das Motiv der Commercial Union,

eine solche Partnerschaft einzugehen, liegt auf der Hand: Ihre Muttergesellschaft erlaubt keine Abschlüsse, bei der sie eine Beteiligung von über 50 Prozent am Eigenkapital hat. Die Verbindung mit Lehman erleichtert das Auffinden von Co-Lessoren, wobei Commercial als fünfzigprozentiger Hauptpartner auftritt, und bringt alle Vorteile der Zusammenarbeit mit einer großen Effektenbank.

Paul Marini, Vizepräsident der Gesellschaft und für dieses Programm zuständig, kann schon jetzt auf eine Reihe von Geschäften verweisen, die abgeschlossen oder doch zumindest zugesagt worden sind. Drei „passive Lessoren“ arbeiten bereits regelmäßig mit Lehman zusammen. Einer von ihnen, General Foods, wird sich an dem gefeierten Leasing-Geschäft mit der US Navy beteiligen, in dem zwei Schiffe mit einem Maschinenwert von je 180 Millionen Dollar vermietet werden. Die Auslieferung ist für Anfang nächsten Jahres beziehungsweise das Frühjahr 1986 vorgesehen.

Sechs der von PSA Inc. bestellten BAe 146-Flugzeuge werden über das Shearson-Lehman/Commercial Union Programm finanziert. Als Les-

sor tritt dabei mehrfach die Electronic Data Systems, Dallas, auf. Bei einem anderen Geschäft – mit Restwertversicherung – wurde eine Autoflotte finanziert, und im letzten Jahr hat MCI über das Gemeinschaftsprojekt Satelliten-Relaisstationen geleast.

Der Erwerb von Lehman Brothers Kuhn Loeb durch Shearson/American Express hat zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei den unterschiedlichen Leasing-Aktivitäten der größeren Gesellschaft eröffnet. So hat sich Bruce Clark, leitender Leasing-Sachverständiger bei Shearson/American Express, dem Lehman-Konzern angeschlossen. Darüber hinaus aber scheint die Unabhängigkeit absoluten Vorrang zu haben. Lehman-Leasing hat nicht ein einziges gemeinsames Projekt mit dem Shearson-Konzern unternommen, der – unter der Leitung von James Carthaus – für individuelle Anleger die ganze Palette der Leasing-Angebote bereithält. Vielleicht ergeben sich in Zukunft Gelegenheiten.

Henry Miller glaubt jedoch nicht an eine engere Verbindung mit der Leasing-Tochter der American Express

International Bank. Diese hat sich in der Vergangenheit vor allem um steuerfreie Geschäfte auf dem internationalen Markt gekümmert. An der Wall Street mehren sich die Gerüchte, daß diese Leasing-Tochter von der Bank abgekoppelt wird, um innerhalb der American-Express-Holding-Gesellschaft eigenständig zu agieren. Dies gäbe ihr juristisch die Möglichkeit, auch auf dem amerikanischen Binnenmarkt aktiv zu werden.

Für Miller macht das jedoch keinen großen Unterschied. Schließlich wird der American-Express-Leasing-Konzern auch weiterhin steuerfrei orientiert bleiben, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die Holding-Gesellschaft von ihrer Politik abrückt, die Unabhängigkeit ihrer Töchter zu bewahren. Miller schließt nicht aus, daß American Express von Fall zu Fall die Haftung für ein Shearson-Lehman-Projekt übernehmen könnte, dies aber ist im Moment noch kein Thema.

Seit seiner Gründung mit drei Leasing-Fachleuten Mitte 1981 hat Millers Konzern über hundert Geschäfte mit einem Gesamt-Maschinenwert von 6,5 Milliarden Dollar abgeschlossen, bei einem Übergang von einer weiteren Milliarde Dollar. Rund

vier Milliarden Dollar der Gesamtsumme stecken in 55 TBT-Abschlüssen; demgegenüber stehen 45 Leasing-Geschäfte mit Leihkapital und einem Wert von 2,5 Milliarden Dollar. Miller ist stolz darauf, für diese 38 verschiedene Kapitalbeteiligungen erschlossen zu haben; dies verdeutlicht, wie sehr sich Lehman für die Leasingnehmer-Seite engagiert.

Ein Spezialgebiet von Lehman ist das Flugzeug-Leasing, das nichts von seiner Aktualität verloren hat. Der Vizepräsident Karen Oleson bestätigt, daß Verhandlungen über drei neue MD-80 für Aeromexico und die Refinanzierung von zwei DC10-15 für Mexicana im Gange sind. Auch für Airbus Industrie ist Lehman als Berater beim Flugzeug-Leasing tätig geworden.

Auch die künftige Entwicklung schätzt Henry Miller positiv ein. Er ist überzeugt, daß sich immer mehr Leasinggeber an seinem Gemeinschaftsprogramm beteiligen werden. Dies – und sein profundes Sachverständnis – wird Lehman-Leasing gut zustatten kommen, wenn in den nächsten Jahren die Nachfrage der Mieter wieder steigt.

Immobilien-Leasing durch „Maßarbeit“

dil hat den passenden Zuschnitt

für unternehmerischen Erfolg

Immobilien-Leasing ist eine komplexe Dienstleistung:

- maßgeschneiderte Vertragsgestaltungen: verlangen erfahrene Gesprächspartner
- langfristige Vertragsbindungen: verlangen Service und Sicherheit.
- kostengünstige Investitions- und Leasingkonzepte: verlangen Finanzkraft; Minimierung der Baukosten und Optimierung der betriebswirtschaftlichen Wirkungen.

Diese wichtigen Punkte erfüllt besonders die dil, da sie jahrzehntelange Erfahrung besitzt, ein kundennahes Geschäftsstellennetz hat, Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG und Commerzbank AG ist und die anspruchsvollsten Leasingnehmer seit Jahren ihre Kunden sind.

Düsseldorf: (02 11) 35 09 51
Dortmund: (02 31) 43 79 51
Frankfurt: (06 11) 7 68 10 71

Hamburg: (0 40) 33 17 71
München: (0 89) 7 25 50 91
Stuttgart: (07 11) 73 20 47

Deutsche Gesellschaft für Immobilien- und Anlagen-Leasing mbH

Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG und Commerzbank AG

Immermannstraße 50/52, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/16910, Telex 8587363

Handwritten note: *Handwritten note: 10/1/84*